

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Wochensatz 25 Pf. frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Post-Abonnement: 1,50 Mark pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für das erste Wort frei. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Donnerstag, den 20. September 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

Die Kolonialpolitik.

Einer der Punkte auf der Tagesordnung des internationalen
Kongresses ist die Kolonialpolitik. Sie wird wohl den
Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses bilden, denn sie steht
heute in allen modernen Staaten im Vordergrund des Interesses,
sie ist es, die allenthalben die Bevölkerung aufs tiefste erregt, sie ist
die internationale Frage par excellence.

Dah wir die Kolonialpolitik der heutigen Regierungen ver-
urteilen, darüber sind wohl alle Parteigenossen einig. Aber bedeutet
das die Verurteilung jeder Kolonialpolitik? Sollen wir Kolonial-
nihilismus treiben oder der kapitalistischen Kolonialpolitik eine
socialistische entgegensetzen? Oder mit anderen Worten: muß die
Socialdemokratie im Interesse der sozialen Entwicklung eine über-
seesische Eroberungspolitik beschwören?

Das ist die Frage. Man mag eine noch so humane Kolonial-
politik wollen, auf jeden Fall ist die Erwerbung einer Kolonie gleich-
bedeutend mit der Eroberung eines überseeischen Landstrichs, dessen
bisherigen Einwohnern man ihre Unabhängigkeit raubt. Eine Kolonie
gründen, heißt nicht, einige wenige zu Gunsten der Volksmasse,
sondern ein Volk zu Gunsten einiger Eindringlinge zu expropriieren.
Die Kolonialpolitik rangiert in einer Linie mit der Expropriation
des Landvolks durch den Grundbesitz in Europa am Ausgang des
Mittelalters. Sie war, wie diese, ein kraftvolles Mittel zur Ent-
wicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Kann es Aufgabe
eines Socialisten sein, eine derartige Expropriation zu verlangen und
nur die Bedingung zu stellen, daß sie in humanen Formen vollzogen
werde?

Aber, wird man entgegnen, sagen wir nicht selbst, daß man
den sozialen Entwicklungsprozeß nicht hemmen dürfe? Expropriiert
nicht das Kapital vor unsren Augen tagtäglich keine Handwerker
und Händler, und wenden wir uns nicht gegen jeden Versuch, dieser
Expropriation Einhalt zu thun? Erklären wir nicht vielmehr, sei sie
eine Vorbedingung des Socialismus?

Sehr richtig, aber wir würden entschieden gegen jeden Versuch
auftreten, die Staatsgewalt zu Gunsten des Kapitals
gegen das Handwerk mobil zu machen. Darum aber handelt es
sich bei der Kolonialpolitik. Nicht um die Frage, ob die kapitalistischen
Nationen mit den ökonomisch rückständigen Verkehr und Handel
treiben, sie mit neuen Bedürfnissen und Produktionsmethoden bekannt
machen, sondern ob die kapitalistischen Staaten in diesen Prozeß
gewaltsam eingreifen sollen, indem sie die rückständigen Nationen
ihrer Selbstständigkeit unterwerfen.

Man darf jedoch nicht alle Kolonien über einen Kamm scheren.
Man kann sie in zwei große Gruppen teilen: Arbeitskolonien
und Ausbeutungskolonien.

Von vornherein sind alle Kolonien Ausbeutungskolonien.
Kein einziger Staat hat jemals einen überseeischen
Landstrich besetzt, um dortin seine Zivilisation zu tragen, sondern
nur um von dortin dessen Schätze zu holen — seien dies nun
Produkte eines entwickelten Gewerbes, wie in Indien, oder
Bodenschätze, etwa Gold und Silber, wie in Amerika.

Nur unter besonderen Umständen werden überseeische Besitzungen aus
Ausbeutungskolonien zu Arbeitskolonien. Es sind solche, die in
einem gemäßigten Klima liegen, in dem der Europäer ohne Schaden
für seine Gesundheit arbeiten und sich fortpflanzen kann. In sie
wandern europäische Bauern und Handwerker, allerdings auch nicht,
um dem neuen Land eine höhere Kultur zu bringen, sondern
um der Kultur des Mutterlands zu entspringen, die sie
niederdrückt. Sie suchen die Wildnis, weil sie ihnen die Freiheit
bietet und einen Boden, der noch nicht zum Privat-
eigentum geworden ist. Den Ureinwohnern bringen sie nicht ihre
eigene Kultur, sondern den Untergang, denn das Land, das diese be-
wohnten, brauchen sie selbst.

Aber auf diesen Grundlagen haben die Auswanderer allerdings
Staatswesen mit einer neuen und höheren Kultur entwickelt, von
denen das glänzendste Beispiel die Vereinigten Staaten.

Man geht jedoch völlig irre, wenn man auf diese Art Kolonien
hinweist, um daraus den Nutzen der Kolonialpolitik für die Kultur
abzuleiten. Denn es ist heute ganz unmöglich geworden, Kolonien
dieser Art zu gründen. Die ganze gemäßigte Zone ist bereits in
festen Händen, aus den Kolonien selbst sind selbständige Staaten
geworden — auch Kanada, Australien und die Kapkolonie sind es
tatsächlich. Für eine Kolonialpolitik nach dem Muster der Arbeits-
kolonien ist kein Raum mehr und es ist eine große Täuschung, wenn
man auf ihre Resultate hinweist, um die civilisatorische Mission der
Kolonialpolitik darzutun.

Aber freilich, die Verbreitung der Zivilisation, das ist die große
Lebensfrage des Kapitalismus, und diese findet allzuwenig Nahrung
in der Kolonialpolitik der Ausbeutungskolonien, der
einzigen, die heute noch möglich ist.

Diese Art Kolonien finden sich hauptsächlich in den Tropen, wo
zahlreiche ökonomisch und politisch rückständige und daher wechsele
Landstriche vorhanden, die zu anneklieren und festzuhalten für einen
europäischen Großstaat keine Mühe macht. Es ist für die Europäer
dort unmöglich, zu arbeiten und sich fortzupflanzen; die Europäer
gehen nicht hin, um in der Kolonie zu bleiben, sondern um möglichst
rasch reich zu werden und mit dem zusammengegrasteten Reichthum in die
Heimat zurückzukehren. Die Ausplünderung des Landes und seiner Be-
wohner ist also von vornherein der einzige Zweck der Erwerbung der Kolonie,
und die Elemente, die hinströmen, sind in der Mehrzahl jene, denen
der europäische Boden zu heiß geworden ist, Abenteurer, Glücks-
ritter, Tagelöhner aller Art, die von Europa nur die Laster und
die Nachtmittel der Zivilisation mitbringen, durch erstere die Ein-
geborenen korrumpieren, durch letztere sie niederhalten und aus-
rauben. In den Ausbeutungskolonien sucht man freilich nicht die

Eingeborenen zu vernichten, wie das in den Arbeitskolonien der Fall;
man braucht sie ja als Arbeiter und Plünderungsobjekte, aber man
setzt dort auch nicht eine höhere Kultur an Stelle der vorgefundenen,
sondern degradiert nur die naive, unwürdige Barbarei, indem man
sie mit den Elementen einer Eingeltangel-, Vordell-, Schnapsbuden-
und Kosmetikkolonisation versetzt.

Wirklich die koloniale Eroberungspolitik entwirft sich auf Europäer
und Eingeborene in den Kolonien, so bewirkt sie keineswegs im
Mutterland eine Hebung der demokratischen Schichten; sie kommt nur
den herrschenden Klassen zu gut. Die Ausdehnung des Handels, die
Förderung der Industrie durch das moderne Kolonialsystem sind
sehr problematisch geworden und könnten durch friedlichen Handel
und Verkehr viel sicherer und billiger erreicht werden.

Diejenigen Klassen, die von der Kolonialpolitik am meisten
profitieren, sind Militär und Bureaucratie, die nach neuen Gelegen-
heiten zu Avancements und neuen Pöstchen suchen, und vor allem
die hohe Finanz. Neben den Kaufleuten waren diese Klassen stets
im höchsten Maße an der Kolonialpolitik interessiert; der ökonomisch
überflüssig gewordene Adel zog an ihr neue Kraft; ihr ist zum
größten Teil die beherrschende Stellung zu danken, die der Adel in
England noch heute besitzt, während der Bankrott der französischen
Kolonialpolitik in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts auch
den Bankrott des französischen Adels beschleunigte und damit einer
der Faktoren wurde, die zu der großen Revolution führten.

Neben dem Militär-Adel war auch stets die hohe Finanz eine
der Haupttriebfedern der Kolonialpolitik. In den ersten riesenhaften
Afrikenschwindelen, dem englischen Südseechwandel wie dem fran-
zösischen Mississippichwandel des Jean Law (anfangs des 18. Jahr-
hunderts) tritt bereits die Ausbeutung der Kolonialpolitik durch das
höhere und niedere Jochertum klar zu Tage.

Heute, wo die Welt fast verteilt und China die einzige nennens-
werte Beute ist, die noch zu zerstückeln bleibt, wird die Chinapolitik
der entscheidende Teil der Kolonialpolitik. Gerade hier aber zeigt
sich wieder deutlich, welche Klassen durch die koloniale Eroberungs-
politik am meisten gestärkt werden. Export, Industrie und Handel
werden durch die Konzesse, welche die Aufteilung Chinas mit sich
bringt, nicht im geringsten gefördert; im Gegenteil, sie werden gestört
und belastet. Aber für Offiziere und Beamte giebt diese Politik
zahlreiche neue Chancen, vorwärts zu kommen. Und die hohe
Finanz? Sie erntet neue Anleihen — deutsche, russische, vielleicht
auch japanische Anleihen hier, und bald einen neuen chinesischen
Pump dort, und dazu noch zahlreiche neue Konzessionen in China.

Und die sind die Hauptsache. Um europäische und amerikanische
Waren nach China zu exportieren, dazu bedarf es keiner
Aufteilung des Landes in Interessensphären. Wohl aber ist dies
sehr vorteilhaft, um deutsches, englisches, französisches und ameri-
kanisches Kapital drüben zu placieren, das heißt, um die Chinesen
zu zwingen, sich der Ausbeutung durch das Kapital zu unterwerfen
und um dem Kapital jeder Nation einen privilegierten Bezirk zu
sichern.

Wir fürchteten ebendies, die chinesischen Skulis würden auf dem
Seewege nach Europa kommen und den europäischen Arbeitern
Konkurrenz machen. Aber die europäischen Kapitalisten finden es
billiger, ihre Kapitalien nach China, als die Skulis nach Europa zu
transportieren. Und die deutsche Staatsgewalt soll den deutschen
Finanziers helfen, in China eine kapitalistische Industrie zu ent-
wickeln, die der deutschen zunächst auf dem chinesischen Markt, dann
auf dem Weltmarkt Konkurrenz macht. Das ist der Kern der China-
politik. Nicht um deutsche Textilwaren nach China zu bringen, war
es notwendig, Schantung zu anneklieren und nach Peking zu gehen.
Wohl aber um deutschen Kapitalisten die Vorbereitungen zu schaffen,
in China Bergwerke und Eisenhütten zu eröffnen und zu betreiben,
was ohne Eisenbahnen unmöglich. Daß sich an Eisenbahnen,
Kohlenbergwerken und Eisenhütten dann von selbst alle übrigen
Zweige der kapitalistischen Industrie anschließen, ist selbstverständlich.

Uebrigens, nebenbei bemerkt, ist damit die Gefahr noch nicht
geschwunden, daß der chinesische Skul in Person nach Europa kommt.
Der Seeweg ist freilich zu lang und kostspielig dazu, aber die
russische Chinapolitik eröffnet ihm den Landweg. Je weiter der
Kofal in China vordringt, desto weiter der Skul in Sibirien; je
mehr russische Produkte nach China kommen, desto mehr chinesische
Arbeiter nach Rußland. Heute schon soll Sibirien von Chinesen
wimmeln. Wer weiß, wie lange es noch dauert und sie erfüllen den
Traum unsrer Agrarier und tauchen an der preussischen Grenze auf.

Es ist klar, eine Kolonialpolitik, die derartige Resultate zeitigt,
die Eingeborenen degradiert, statt sie zu heben, die argsten Feinde
des Proletariats stützt und diesem selbst Lasten auflegt, ohne eine
Notwendigkeit für den ökonomischen Fortschritt zu sein — eine solche
Kolonialpolitik widerspricht den Grundsätzen der Socialdemokratie
wie den Interessen der Arbeiterklasse und muß von uns entschieden
zurückgewiesen werden.

Eine andre Kolonialpolitik ist aber gar nicht mehr möglich,
da alle Gebiete bereits selbständig sind, in denen der erobernde
Europäer anders denn als Ausbeuter auftreten könnte.

Wenn wir aber jede Eroberungspolitik jenseits des Meeres wie zu
Hause entschieden verurteilen, wie sollen wir uns gegenüber den
bereits erworbenen Kolonien verhalten? Für die Deutsch-
lands, der Vereinigten Staaten, Italiens, selbst für den größten Teil der
Kolonien Frankreichs, dürfte die Antwort nicht schwer fallen: man
verliert nichts als eine Last, wenn man sie aufgibt. Deutschland
ist ja in dieser Beziehung noch am besten dran; seine Last ist die
am wenigsten drückende, weil sein Kolonialbesitz im Verhältnis zu
seiner Kraft noch unbedeutend. Für Italien und Frankreich ist er
ein wahrer Krebschaden wie er es für Spanien war.

Schwieriger liegt die Sache dort, wo es sich um langjährigen
Besitz handelt, der auf einer höheren Kulturstufe steht. Für Eng-
land und die Niederlande in Ostindien, Frankreich in Algerien liegt

deshalb die Kolonialfrage weniger einfach, wie für die andern
Kolonialstaaten. Namentlich für England bedeutet die einfache Auf-
gebung des indischen Reichs eine Katastrophe, aber auch dieses selbst
würde wahrscheinlich schwer dadurch getroffen. Jedoch muß man auch
da verlangen, daß England alles aufbietet, seine eigene Verwaltung
mit der Zeit überflüssig zu machen; daß es die Ausbeutung
Indiens aufhebt, parlamentarische Institutionen schafft und den Ein-
geborenen das Recht einräumt, in die höchsten Staatsstellen ernannt zu
werden. Aber freilich, dagegen sprechen zu viele Augenblicks- und Sonder-
interessen, es ist daher zu erwarten, daß die herrschenden Klassen
Englands nicht eine Politik einschlagen, die jaherlos, ohne Kata-
strophe Indien befreit, sondern an der bisherigen festhalten, die
früher oder später unweigerlich mit einer Katastrophe enden muß, je
unentbehrlicher durch sie der Besitz und die Ausbeutung Indiens für
den Bestand der englischen Gesellschaft geworden sind.

Sollen wir aber in der Weltpolitik uns auf bloßes Nichtstun,
auf den Nihilismus beschränken und uns mit der Politik innerhalb
unserer vier Wände genügen lassen? Mit nichten. Dem modernen
gesellschaftlichen und politischen Leben ist die ganze Welt eröffnet,
für den Weltmarkt produzieren wir, auf dem Weltmarkt wird über
Prosperität und Krise entschieden, vom Gang der Weltpolitik hängt
der Gang unsrer inneren Politik ab. Weltpolitik muß jede moderne
Partei treiben, aber unsre Weltpolitik muß eine andre sein, als die
der kolonialen Eroberer.

Wir müssen mitarbeiten an der Kulturentwicklung der ganzen
Welt, aber nicht dadurch, daß wir an der Eroberung der Welt,
sondern an der Befreiung der Welt mitarbeiten. Jede Be-
wegung, die dem sozialen Fortschritt, die der Hebung und Befreiung
der Massen dient, muß von uns unterstützt werden, soweit unsre
Kräfte dazu ausreichen, auch wenn sie außerhalb der deutschen Grenz-
sphäre vor sich geht.

Ist die deutsche Socialdemokratie einmal stark genug, ent-
scheidend in die Weltpolitik einzugreifen, wird sie es auch thun, dessen
sich wir sicher. Allerdings dürfte sie nicht im äußersten Osten an-
setzen. Sie wird zunächst alle Volksbewegungen unterstützen, die
sich gegen den orientalischen Despotismus in Europa richten;
sie wird es nicht für ihre Aufgabe halten, die Kultur nach China
zu tragen, so lange noch Sultane und Jar die europäische Kultur
schänden.

Am allerwenigsten aber wird sie jemals ihre Hand dazu legen,
daß die Unabhängigkeit eines fremden Volks angetastet wird.

Die Socialdemokratie, heißt es in unserem Programm, bekämpft
in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und
Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung
und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein
Geschlecht oder eine Rasse.

Dies muß unser Programm sein auch für die Weltpolitik.

China.

Wie voraussehen, vereinen sich die Pressediplomaten so ziemlich
aller Länder in der Verherrlichung der neuesten Chinahat des
Grafen Bülow. Wenigstens die Pressenherren, welche das amt-
lich geachtete Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitet, überhäufen
sich in Lobsprüchen der Bülow-Politik, die nun endlich die chinesische
Frage aus der Verdrängung ziehe und kraftvolle Bewegung an-
fange. Von den Wiener und den Römischen Offiziösen ist nicht zu
reden; sie machen alle Bülowlieden mit, sie haben dabei nichts zu
verlieren. Aber auch französische und englische Blätter überhäufen
den Verfasser des Circulartelegramms mit reichlicher Zustimmung.
Graf Bülow hat also wieder ein Meisterstück vollbracht.

Leider ist das Lob insbesondere der englischen Presse unter den
jetzigen Umständen keineswegs unverdächtig. Die noch immer in
Südafrika festgehaltenen Engländer sehen mit Vergnügen, daß
Deutschland sich in China freis weiter vorwagt und zum Preisbott
gegenüber dem großen Rivalen Englands in Ostasien wird.

Aus Rußland und Japan liegen noch keinerlei Nachrichten
vor, wie man dort das späte Verlangen des Grafen Bülow auffaßt,
daß die Gesandten in Peking die Leiter der Aufstandsbewegung be-
hufß Anlieferung und Abstrafung bezeichnen sollen. Wie man in
Japan denkt, dafür dürfte eine Mitteilung des „Daily Chronicle“
aus japanischer Quelle belehrend sein. Diefes Blatt sagt:

In Japan mißt man dem Kaiser, den Wandschu-Prinzen und
Edeln, sowie den hohen Mandarinen in Peking Mißgunst an den
Unruhen, sowie an den Angriffen auf die Gesandtschaften zu. Wer
die Verhältnisse kenne, würde eine Bestrafung oder Ab-
setzung der Kaiserin-Witwe jedoch nicht be-
fürworten, falls nicht die Aufteilung Chinas
gewünscht werde. Rußland jedoch, dem die Ent-
wicklung der Dinge zu schnell gekommen sei, wolle eine
konservative Macht, wie es die Kaiserin sei, unterstützen, damit
diese den status quo ante aufrecht erhalte. Japan wolle eine
Aufteilung nicht, da das seinen Handel mit China vernichten
würde. Der Vertrag müsse mit der Kaiserin ge-
macht werden. Neben die drei Punkte: Vergeltung, Ent-
schädigung und Garantien, herrsche in Japan die Ansicht,
daß eine Zerstörung der Paläste und Tempel mytlos
sei. Die Zerstörung des Sommerpalastes
1860 hätte den Chinesen nur als Beispiel der
Schlechtigkeit und des Vandalismus der fremden
Teufel, aber nicht als Zeichen ihrer Macht gebient. Ferner
sehe Japan Peking mit ähnlichen Gefühlen an, wie Europa
Griechenland und Rom. Japan danke China seine
Schrift, Literatur und alte Zivilisation, und die Gebäude,
die der Korrespondent der Times in Peking zu zerstören
vorschlägt, hätten dasselbe Interesse für Japan, wie
die Akropolis oder das Pantheon für die westliche
Welt. Auf die Vorstellungen Japans hin seien die Paläste und
Tempel in Peking nicht zerstört worden. Ebenso sei Prinz

Zuan nach japanischer Ansicht sakrosankt. Die Mächte könnten darauf dringen, das fortschrittliche Verbot der Kaiserin an Stelle der alten Mandshu-Clique zu setzen. Was die Frage der Entschädigung anbelangt, so werde Japan sehr froh sein, wenn kein Zoll chinesischen Gebiets genommen werde.

Und die „Deutsche Tageszeitung“, der die agrarische Abneigung gegen die Weltpolitik das Auge schärft, führt im allgemeinen zutreffend aus:

„Aber nun kommt die Hauptsache: Welchen praktischen Erfolg wird der Vorschlag des Grafen Bülow haben? Zunächst werden die Vertreter der Mächte in Peking schwerlich ihrer eigenen Meinung gemäß antworten, sondern zuvor bei ihren Regierungen anfragen, welche leitenden chinesischen Persönlichkeiten sie für die Schuldigen halten dürfen oder gar halten sollen. Da wird man es denn erleben, daß englischerseits vor allem die Kaiserin, Witwe, Johann Prinz Tuan, Junglu, Tzungfuhjan und wohl sämtliche Stützen der herrschenden Dynastie für „notorisch“ schuldig erklärt werden, während der russische, der französische, der amerikanische Vertreter von einer Mitschuld der Kaiserin-Regentin nichts wissen und wohl auch auf der Schuld der meisten andern Gewaltthäter zweifeln werden. Doch das wäre so schlimm noch nicht. Wenn auch nur an einigen wenigen der schuldigen Mächte ein Exempel statuirt würde, so würde auch das schon Eindruck machen. Doch nun kommt der gefährliche Punkt in dem Bülow'schen Rundschreiben, an dem alles scheitern kann. Wie will Graf Bülow die Auslieferung der Schuldigen erlangen, wenn er diese Auslieferung zur Vorbedingung für den Eintritt in diplomatischen Verkehr mit der chinesischen Regierung macht? Zu dieser Haltung wird er die andern Mächte schwerlich bewegen können, und so laufen wir Gefahr, daß die Verhandlungen mit China ohne uns angeknüpft und zu Ende geführt werden, und daß wir dann mit unserer Sühneforderung allein bleiben, vielleicht zum Scheitern noch selbsterklärt von England, das ein Interesse daran hat, uns auf diese Weise von den andern Mächten zu trennen. Für sich selbst wird es schon durch geheime Abmachungen mit den andern Parteien ausreichend Sorge tragen. Und was dann? Sollen wir, nachdem alle übrigen Verbündeten mit China schon so gut wie handelseinig geworden sind, den Krieg allein noch fortführen oder wohl oder übel uns den von anderer Seite festgestellten Friedensbedingungen nachträglich noch anschließen? Vor diese Alternative können wir gestellt werden. Wir machen uns daher darauf gefaßt, daß die Note Bülow's in England mit ungetheiltem Beifall begrüßt werden wird. Dieser Beifall würde freilich noch begehrt werden, wenn die deutsche Note als diejenige Person, deren Auslieferung vor allem verlangt wird, die Kaiserin-Regentin bezeichnete. Daß das nicht geschieht, ist das einzige, was man in London vermessen wird.“

Ja selbst die Münchener „Allgem. Ztg.“, die ihre Chinaweißheit von eingeweihten Berliner Gewährsmännern bezieht, schrieb noch wenige Stunden vor dem Bekanntwerden des Bülow-Cirkulars:

„Was die Bestrafung der Uebelthäter betrifft, so wird man hier nicht viel erreichen können. Das Naturgemäße wäre, die Forderung der Auslieferung oder Hinrichtung des Prinzen Tuan, der Seele des Kampfes wider die Europäer; aber man täuscht sich nicht darüber, daß China den Vater seines Thronfolgers und künftigen Regenten Chinan schätzen und der Bestrafung entziehen werde.“

Eine große Zahl der Mächte erkennt übrigens an, daß durch die Bülow-Rede die erhoffte endliche Anknüpfung von Unterhandlungen zwischen den Mächten und China von neuem verzögert und ins Ungewisse gestellt worden. Indem Deutschland die Erfüllung einer Forderung, die bestenfalls im Laufe von Unterhandlungen beraten und erledigt werden kann, zur Vorbedingung jeder Unterhandlung macht, zerstreut es vollends das „Konzert“ der Mächte, dessen „Kapellmeister“ zu werden es sich einbildete.

Aber Graf Waldersee ist ja bereits auf dem „Kriegsschauplatz“ angelangt. Graf Bülow hier zu Haus und Graf Waldersee dort draußen — da kann es nicht fehlen.

Sonst liegt aus China und über die Chinapolitik der Mächte keinerlei Nachricht von Bedeutung vor. Abgesehen allerdings von dem Telegramm aus Kordorner, das der Welt verkündet, „Staatsminister Graf von Bülow hat heute Kordorner verlassen, um sich für einige Tage nach Flottbek in Holstein zu begeben. Anfangs nächster Woche wird Graf von Bülow nach Berlin zurückkehren.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

### Die verfassungstreue Regierung.

In einer Auseinandersetzung über den neuen 80 Millionen-Rump des Reichs entdeckt der Offiziosus der „Berl. Pol. Nachr.“ auch die Verfassungstreue der Regierung:

„Soweit Ausgaben über den Rahmen der etatsmäßig bewilligten erfolgen, sei es, daß die etatsmäßigen Mittel für ihre Zweckbestimmung nicht ausreichen, sei es, daß neue in den Etats nicht vorgesehene Ausgaben zu erfüllen wären, bedürfen sie nachträglicher Genehmigung des Reichstags, gleichviel, aus welcher Einnahmequelle die dazu verwendeten Gelder gestossen sind. Diese nachträgliche Genehmigung wird bezüglich der ostasiatischen Expedition in der bevorstehenden Reichstagsession sicherlich nachgefragt und so den Anforderungen des Verfassungsrechts genügt werden. Bei dieser Gelegenheit werden naturgemäß die nötigen Mittelungen über den vorausgesetzlichen Gesamtbedarf für den bezeichneten Zweck gemacht werden können.“

Das Exemplar der Reichsverfassung, aus dem Herr Schweinburg schöpft, möchten wir sehen. Wir haben den Paragraphen der Verfassung noch nicht kennen gelernt, der vorschreibt: Erst giebt die Regierung das Geld aus, dann sucht sie Genehmigung nach. —

### Bedeutende Erfolge

erzielen unsere Parteigenossen bei den Landtagswahlen in Gotha. Wie uns ein Privat-Telegramm von dort meldet, sind die Wahlkreise Ruhlra und Zella gewonnen worden, so daß wir nunmehr bereits neun Wahlkreise besitzen. Da der ganze Landtag nur 19 Abgeordnete zählt, so fehlt nur noch ein Mandat an der Majorität. Die Wahlen sind noch nicht beendet. —

Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. Das „Arztliche Vereinsblatt“ polemisiert in seiner neuesten Nummer gegen die „Kölnische Zeitung“, welche die „freie Arztwahl“ bekämpft hatte, weil dieselbe das Grab der für sie (die Industrie) unentbehrlichen sozialpolitisch so überaus wichtigen Betriebs-Krankenkassen bedeute. Das von sozialdemokratischen Reigungen völlig freie Blatt schreibt dazu:

„Wir unsterblich wüßten in der That auch nicht, was der Verbindung von Betriebs-Krankenkassen und freier Arztwahl hindernd im Wege stehen sollte, zumal wenn man die letztere in diesen Klassen mit dem System der Vertrauens- und event. auch Fabrik-ärzte verbindet, auf welchem Wege dem Betriebsinhaber jeglicher Einfluß gesichert bleibt, soweit derselbe überhaupt gelegentlich zulässig ist. — Eine Gefährdung freilich würde durch

die freie Arztwahl wesentlich erschwert werden, nämlich die vielbeliebte Errichtung von Betriebs-Krankenkassen (mit Zwangsarzt-System) zu privaten Protektions- und Gönnerzwecken. Daß eine derartige Aenderung aber von den Versicherern als Unglück empfunden oder den Intentionen des Gesetzgebers widersprechend wäre, dürfte sich schwerlich beweisen lassen. Im Gegentheil, was bei dem sozialdemokratischen Arbeiter als Uebergriff getadelt wird, kann bei dessen Arbeitgeber bei gleichen Gesetzesvorschriften nicht füglich in der Ordnung befunden werden. In verwandtschaftlichen Unterführungen von jungen Schwägern, Vettern u. dgl. m., die zufällig neugeborene Väter sind, ist der Kassenzwang unseres Erachtens nicht eingeführt worden.“

Was sagt der Herr Handelsminister oder der Herr Regierungs-Rat Hoffmann zu einem solchen Mißbrauch der Verwaltung, wie er in diesen Zeilen durchaus zutreffend geschildert wird? Vielleicht nimmt man einmal Veranlassung, sich auch über den Umfang dieses Mißbrauchs durch eine Umfrage zu unterrichten. Wenn dabei nicht bloß die Herren Betriebsinhaber, sondern auch die Arbeiter ihre Erfahrungen mitteilen könnten, so würde eine solche Umfrage zweifellos recht nette Ergebnisse zu Tage fördern. —

### Herr Democh.

Der weltpolitisch wandlungsfähige Herr Professor Sombart hat unter dem Titel „Democh“ seine Vredlander Vorträge über die Gewerkschaften in Form einer Broschüre veröffentlicht. Im Vorwort kurzgefaßt er seine Ansicht dahin, daß es ihm darum zu thun sei, durch Klärung des Urteils Stimmung zu Gunsten der Gewerkschaften zu machen, und zwar sowohl bei den Arbeitern, „soweit es noch nötig ist“, als bei den Gebildeten. Diesem Streben, es allen Seiten recht zu machen, ist es offenbar zuzuschreiben, wenn er auf der einen Seite den Arbeitern, die er sich als gläubiges Publikum denkt, sagt, daß es sehr wohl möglich sei, den Lohnanteil zu erhöhen, auf Kosten anderer Teile am Rationaleinkommen, also auf Kosten des „Reichtums“ im weiteren Sinne“ (Seite 70 der Broschüre) und einige Seiten weiter den Unternehmern die beruhigende Zusicherung giebt, daß ihr Profit trotz gesteigerter Löhne keine Verringerung zu erfahren braucht; sie könnten ja z. B. die Preise erhöhen. (Seite 80.) Diesem Streben ist auch wohl die weltpolitische Schwärmerei von dem jahrhundertelangen Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Sozialismus anzuschreiben; die Kapitalisten könnten ja in jahrhundertlangem Umgestaltungsprozeß China kapitalistisch machen und die Arbeiter in Europa könnten sich indessen am Sozialismus vergnügen. (Seite 82 und 83.) Ihm ist es wohl auch zuzuschreiben, daß er die Gewerkschaften für berufen hält:

„Die Arbeiterschaft zu befreien von den schlechten, himmlischen Schwägern, die jetzt noch in der Presse, in Volksversammlungen und Vereinen vielfach den Ton angeben, von jenen faulen Kerls, die zu nichts gut sind, als ein paar unzuverlässig gelernt, unverständende Phrasen aus der Parteiliteratur programmäßig nachzuplappern oder stermäßig in die Menge hineinzubrüllen, die zu jeder Arbeit außer der „Partei-Agitation“ verdoeben sind.“

Herr Sombart hat nämlich, wie er diesmal im Vorwort selbst sagt, seine Vorträge so verändert, daß „es sich formell um eine im wesentlichen neue Bearbeitung des Themas handelt“. Aus welchem Grunde, sagt er nicht. Daher mit dieser merkwürdigen Neubearbeitung und namentlich mit der letzten Verschärfung vieler agitatorisch thätigen Arbeiter, die ihr Bestes daran setzen, nicht die Zustimmung bei der Masse seiner Vredlander Zuhörer gefunden hätte, die er anfangs fand, das wird ihm nun nicht mehr zweifelhaft sein. Denn es haben unterdes die Breslauer Arbeiter zu seiner Neubearbeitung Stellung genommen. Sie haben im sozialdemokratischen Verein in Breslau über die Broschüre gesprochen und nachdem sich eine große Anzahl Redner mit großer Entzückung darüber geäußert, wurde eine Erklärung zu Protokoll beschlossen, daß die Vredlander Arbeiter solche Behauptungen Sombarts, wie sie jetzt in seiner Broschüre zu finden sind, mit Entzückung zurückgewiesen hätten, hätte er sie in seinen Vorträgen gemacht. Es wurde auch von verschiedenen Rednern der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man danach überhaupt an der ehrlichen Absicht Sombarts zweifeln müsse. Auch unser Vredlander Parteilblatt, das den Vorträgen Sombarts seiner Zeit große Sympathien bezeugte, hat dem Herrn bereits gesagt, daß es ihm danach nicht mehr über den Weg trant.

Das Urteil aber, das Herr Sombarts Arbeiter-sympathien von vornherein zweifelnd gegenübertraten, wird durch seine neuesten Wandlungen nur befestigt: Ein fottent- und chinapolitischschwärmender Arbeiterfreund ist und bleibt zweifelhaft. Democh! —

Waldersee beginnt seine China-Laufbahn. Aus Hongkong wird durch das Reutersche Bureau die erste That des Generalissimus also telegraphisch der erwartungsvollen Welt übermittelt:

„Der deutsche Konsul äußert, Generalfeldmarschall Graf Waldersee hat, bevor er Hongkong verließ, sich dahin ausgesprochen, daß er von dem kaiserlichen Empfang, den ihm sowohl die Kolonialregierung wie die Bevölkerung von Hongkong bereite, höchst angenehm berührt gewesen sei.“

Bürgerliche Götterdämmerung. Der Mitbegründer des „Goethe-Bunds“, Professor Theodor Mommsen, schrieb vor einiger Zeit an den Herausgeber der „Neuen Hamb. Ztg.“, als die Hamburger Zweigvereinigung des Bundes sich öffentlich dagegen verwahrte, als ob der Goethe-Bund Politik treiben wolle:

„Meine Ueberszeugung ist, daß der Goethe-Bund nicht mehr vorhanden ist. — — — Aber es ist auch nicht zu ändern, daß die Deutschen keinen Bürgerbund haben, daß sie sich bereitwillig regieren lassen, auch auf Verlangen Steuern und Steuern, daß ihnen aber der Militarismus und die Diktatur die Selbstbestimmung gründlich angetrieben haben. Allerdings reagieren sie noch am ersten auf dem formell unpolitischen Gebiet des freien Geisteslebens, und Goethe, der Befreier, hat bessere Chancen, als Männer wie Twesten haben würden, auch wenn wir sie hätten; eben wie im 16. Jahrhundert Luther Erfolg hatte und Gullten nicht.“

Entsagungsvoll bemerkt dazu die „Voll. Ztg.“, ein fährrendes Blatt des liberalen Bürgertums:

„Die Wahrnehmung, der Mommsen Ausdruck giebt, haben auch andre liberale Männer gemacht. Daß ein Bund oder Verein nicht Wandel schaffen kann, ist begreiflich. Die Ereignisse haben zu immer größerer Macht der Konservativen geführt, das Centrum zur „regierenden Partei“ gemacht, das liberale Bürgertum immer mehr enträftet und es, von Ausnahmefällen abgesehen, mit der hoffnungslosen Ueberszeugung erfüllt, daß heutzutage doch alle Mühe verloren sei. Und das natürliche Gegenstück zu diesem Wilde ist das stetige, ungeheure Wachstum der Sozialdemokratie. Wir haben nichts hinzuzufügen.“

Die „unzufriedenen“ Arbeiter. Das Organ des Kanonen-Strupp macht den Versuch, mit Hilfe der Berichte der Gewerbe-Inspektoren den Arbeitern ein zu versehen. Wohl muß das Blatt nach den gewöhnlich nicht arbeiterfreundlich gehaltenen Berichten der preussischen Gewerbeämter selbst angeben, daß die Lohnerhöhungen, die im Laufe des Jahres 1896 Platz gegriffen haben, fast durchweg durch Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten wieder aufgehoben worden sind. Aber viele Arbeiterschichten verdienen doch so reichlich, daß es ihnen nicht schwer fallen könnte, einen „Spargroßchen“ beiseite zu legen. Das geschieht nicht, sondern die

Arbeiter verjubeln das Geld. Mit Freuden greift das Unternehmer-Blatt aus dem Bericht des Koblenzer Beamten die Stelle heraus, wo es heißt: „Nicht selten hört man jedoch die Klage, daß der Mehrerwerb nur zum geringen Teil der Familie wirklich zu gute käme, der Hauptteil würde vielmehr für Getränke und Lustbarkeiten (Vereinsbälle) ausgegeben und fliehe in die Taschen der Weiber.“ Die Lage der Industrie-Arbeiter sei eine gute und habe sich weiter gebessert, dagegen — so schließt das Blatt — entspricht „ihre Zufriedenheit und ihr Verhalten dieser Besserung vielfach nicht.“

Mit diesen Ausführungen bezweckt das Blatt natürlich, den Klassenbewußten Arbeitern ein auszuweisen, trifft aber daneben. Was zunächst die Bemerkung des Koblenzer Beamten anlangt, so trifft sie die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht. Bei den Reichstagswahlen von 1898 entfielen im Wahlkreis Koblenz-St. Goar von 18081 abgegebenen gültigen Stimmen nur 777 Stimmen auf die Sozialdemokratie; das Centrum siegte mit 13007 Stimmen. Noch viel ungünstiger für die Sozialdemokratie waren die Resultate in den Nachbarreisen. Die „Vereinsbälle“ können also wohl nur solche katholischer Vereine sein. Damit wollen wir natürlich nicht in der Art der Unternehmerpresse den Arbeitern das Recht abprechen, ihr Leben zu genießen, nach schwerer Arbeit Erholung zu suchen. Für die Unternehmer freilich sind die Arbeiter nur Arbeitsmaschinen, denen nur die aller-notwendigsten Lebensmittel zukommen, welche zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Kräfte unbedingt erforderlich sind. Darüber hinaus haben sie keinen Anspruch an die Güter des Lebens.

Deutsche Kulturträger. Zwischen dem Oberrichter für Deutsch-Ostafrika Ebermaier und dem Apotheker Wilhelm in Dar-es-Salaam hat ein Duell stattgefunden. Nach der „Täglichen Rundschau“ ist der Streit bei einem Gelage entstanden und „macht in seiner Entwicklung den häufigsten Eindruck“. — Man kann also auf weitere Entfaltungen recht pikanter Art gefaßt sein. —

Ministerwechsel in Baden. Der badische Minister des Innern Dr. Eisenlohr ist von seinem Amte, das er seit einigen Jahren bekleidet, zurückgetreten. Die Süddeutsche Reichs-Korrespondenz teilt mit, der Großherzog habe dem scheidenden Minister versichert, daß die von ihm (dem Minister) gestifteten Grundstücke aus gezeigter Gewissen seien. Einen Schritt mehr wies die Bedeutung der Rücktritt nicht. — Diese letztere Versicherung der „R.“ ist zum mindesten überflüssig, man ist von deutschen Ministern so schon gewohnt, daß sie nur den Willen ihrer Souveräne, nicht den der parlamentarischen Mehrheiten als Richtschnur ihrer Regierungspolitik nehmen. Daher ist ein Ministerwechsel bei uns auch kein Systemwechsel; dafür haben wir aber den unaufrichtigen Zid-jad-Aurs. —

Spionenerheuer. In Mey wurden dieser Tage auf dem im Bau begriffenen Fort „Feste Kaiserin“ von den Wachposten zwei Personen wegen Spionageverdachts verhaftet, als sie einige Momentaufnahmen von den Befestigungsanlagen machten. Nach Mey transportiert, gaben sie an, Vater und Sohn, nämlich der Advokat Pierre de la Gorze und der Student Charles de la Gorze aus Biele zu sein, die, auf einer Bergnigungsreise begriffen, die Schlachtfelder besichtigt und photographische Aufnahmen gemacht hätten. Am nächsten Tage wurde eine dritte Verhaftung vorgenommen. —

## Ausland.

### Frankreich.

Der Anarchistkongreß, der in der nächsten Zeit in Paris stattfinden sollte, ist von der französischen Regierung auf Grund der seiner Zeit erlassenen Anarchistengesetze verboten worden. — Von der Regierung der französischen Republik hätte man füglich erwarten dürfen, daß sie etwas weniger Furcht und etwas mehr Toleranz an den Tag legen würde. —

Treffs will, wie der „Petit Soir“ aus Genf meldet, noch einige Monate in der Schweiz bleiben, um seinen Gesundheitszustand noch mehr zu befestigen. Sodann wolle er nach Paris kommen, um mit Hilfe seiner Freunde seine Rehabilitation aufzunehmen. —

### Belgien.

Der „Attentäter“ Sipido, der sich mit einem alten Revolver versucht und auf den Prinz von Wales geschossen hatte, wurde bekanntlich von dem Brüsseler Gericht freigesprochen. Die belgischen Richter hatten seine That richtig als Dummengestrichel reich bewertet, aber unter Polizeiaufsicht sollte er gestellt werden. Sipido war nach der Schweiz gegangen. Jetzt soll er, wie die „Vossische Zeitung“ zu melden weiß, demnächst doch noch ausgeliefert werden. Die belgische Regierung habe dem mit der Schweiz bestehenden Auslieferungsvertrag nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft einen Zusatzartikel angehängt, und zwar mit rückwirkender Kraft, wonach Minderjährige, die zur Zwangs-erziehung verurteilt sind, ausgeliefert werden müssen. Die belgische Presse befreit der Regierung das Recht, solche Verträge mit rückwirkender Kraft abzuschließen.

### Serbien.

Milan und Genossen. Dem „Berl. Tagebl.“ geht aus Budapest folgende Depesche zu: Laut einer neuerlichen serbischen Publikation hat die frühere Regierung zehn Millionen von der serbischen Nationalbank und über zwölf Millionen von der serbischen Nationalbank aus verschiedenen Fonds unrechtmäßig verausgabt. Die Untersuchung ergab, daß die Staatskasse selbst auf einfache Bittensarten der Minister große Summen auszahlte. Der Erlkönig Milan erhielt auf diese Weise in den letzten drei Jahren etwa zehn Millionen und soll überdies selbst die Kriegskasse angegriffen haben. —

### Afrika.

#### Vom Transvaal-Kriegsschauplatz

liegen nur wenige Nachrichten vor; aus ihnen ist ersichtlich, daß die Boeren, zurückgedrängt in die Berge, noch immer verzweifelt Widerstand leisten. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird aus Laurence Marques gemeldet: Zwischen Raampuden und Hektorspuit hat eine regelrechte Schlacht stattgefunden. Der Verlust der Boeren ist schwer. Laurence Marques ist überlaufen von Boeren. Die holländische Ambulanz traf von Komatipoort hier ein und kehrt nach Europa zurück. An der Grenze wurde ein portugiesischer Pflanzler der Boeren getötet. Eine portugiesische Batterie ist gestern an die Grenze abgegangen, wurde jedoch bei Kilometer 63 von Kaffern überrumpelt. Das Gescheh mit denselben dauert noch an.

Spätere Nachrichten melden, daß der General Pole Carew Raampuden eingenommen und 56 Lokomotiven, sowie viel rollendes Material in Besitz genommen habe. In Laurence Marques treffen jetzt täglich Rüge mit Verwundeten und Boerenflüchtlingen ein. Von hier aus verkehren die Rüge jetzt nur bis zur Grenzstation Messono Garcia, wo portugiesische Patrouillen die Grenze scharf bewachen. Niemand erhält die Erlaubnis, die Grenze zu überschreiten, welche Gründe auch vorgebracht werden.

#### Präsident Krüger

will, wie es jetzt heißt, zunächst nach Brüssel gehen, von wo er die Intervention der Mächte anrufen wolle. Dies sei der einzige Grund seiner Abreise; die Intervention sei die letzte Hoffnung. Krüger bringe den Plan einer autonomen Verwaltung des Transvaals und des Orange-Staats unter der Oberhoheit Englands mit.

Daß die Engländer auf diesen Plan eingehen werden, ist nicht anzunehmen. Nachdem England seinen Gegner niedergeworfen hat, wird es auch den vollen Preis seiner blutigen Arbeit einheimen wollen. Es richtet sich bereits vollkommen heimlich in Transvaal ein. Nach der vollständigen Auflösung oder Gefangennahme der Hauptbestandteile der Boerenarmee soll ein unabhängiges Corps von 20 000 Mann berittener Infanterie unter dem Befehl Baden's

Wohls in den beiden vormaligen Boerenstaaten gehalten werden, während ein Heer von 60 000 Mann die Garnisonen aller bedeutenden Plätze besetzt halten soll. Hieron werden Pretoria, Johannesburg und Bloemfontein je 10 000 Mann erhalten, während in die übrigen Plätze Besatzungen von 50—300 Mann gelegt werden sollen. Dieses militärische Aufgebot von 80 000 Mann ist für die Zeit von Oktober 1900 bis Oktober 1901 berechnet, wozu noch eine ständige Besatzung von 20 000 Mann in der Kapkolonie und Natal kommen werden.

Darans ist ersichtlich, daß England nicht gewillt ist, den Krieg anders als mit einer Annexion der beiden Republiken zum Abschluß zu bringen.

Die brutale Herrschaft, welche die englischen „Kulturträger“ zur Zeit in Südafrika ausüben, wird wieder durch einen Protest einiger Hundert aus Südafrika verbannter Ausländer erwiesen, der in der holländischen „Deutschen Zeitung“ zum Ausdruck gelangt. Diese kamen am Sonntag auf dem englischen Dampfer „Manhattan“ in Bliffingen an. Der Protest lautet:

„Unterzeichnete, Untertanen verschiedener Staaten, von der englischen Regierung als mißliebige Personen aus Transvaal entfernt, veröffentlichen hiermit ihren Einspruch gegen die Behandlung, die sie sich gefallen lassen mußten. 1. Viele wurden, ohne jegliche vorherige Warnung, mit Zurücklassung von allem, was sie besaßen, darunter einige, die nicht einmal von Frauen und Kindern Abschied nehmen durften, verhaftet und wie die Schlimmsten Verbrecher weggebracht. 2. Die Reise von Pretoria nach East London mußte beinahe ohne Ausnahme in offenen oder Viehwagen gemacht werden, und in diesen war noch nicht einmal immer genügend Raum. 3. a. saßen in einem Wagen 18 Frauen mit 42 Kindern. Alle Reisenden waren der scharfen Nachfälle ausgesetzt, und viele konnten sich nicht einmal gegen den heftigen Regen schützen. Die Eisenbahnreise dauerte durchschnittlich 4—5 Tage, und da die englische Regierung keine Nahrungsmittel verabreicht hatte, wollten einige am Bahnhof von Bloemfontein Eßwaren kaufen, wurden aber von Soldaten mit der Drohung zurückgejagt, daß jeder, der den Zug verlasse, niedergeschossen werde. 3. Ueber die Behandlung an Bord des Transportschiffes „Manhattan“. Die Gelegenheit, sich zu reinigen, war sehr mangelhaft. Seife wurde niemals verabreicht; etwa 5 Liter heißes Wasser diente zum Waschen der Zeller, Köpfe, Gabeln und Schüsseln für etwa 500 Köpfe; jeder Reisende mußte dies für sich selbst thun. Eine Ede, in der sich der Abort befand, war in so schrecklichem Zustande, daß man sich schente, Gebrauch davon zu machen. Die Zubereitung des Essens ließ alles zu wünschen übrig; Kaffee, Thee und Suppe wurden in Eimern, aus denen man am Morgen die Dede abgewaschen hatte, gereicht, das andre Essen in eisernen Behältern, die früher für die Soldaten als Spudwäpfe gedient hatten. Am Sonntag, 26. August, war das Fleisch in einem derartigen Zustand der Verwesung, daß man auf 50 Meter Entfernung den Gestank nicht ertragen konnte. Die ärztliche Behandlung war fäglich. Sie war einem Herrn Adams anvertraut, dessen Abneigung gegen die Ausländer so stark war, daß er sie nicht einmal während der Ausübung seines Berufs verbergen konnte. Einer Frau, die ihr krankes Kind zu ihm brachte, sagte er: „Kun ja, es kommt nicht darauf an, wenn von diesen Holländern einige Kinder sterben, den Engländern sind auch schon genug gestorben.“ Während 14 Tagen wurden wir von 100 Soldaten bewacht, die jedenfallig zum Abschamm der englischen Nation gehörten. Sie waren voll Ungeziefere, und häufig sahen wir, wie sie sich in demselben Haume, in dem wir aßen, vollständig nach des Ungeziefers entledigten und es von ihren Kleidern auf den Boden schüttelten. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, müssen wir vermelden, daß nach Madaira das Essen etwas besser geworden ist. Als dem Kapitän deutlich gemacht wurde, daß das Ärgste zu befürchten wäre und daß er dafür verantwortlich gemacht werden würde, wurde auf genannter Insel einiges Schmalbrot für uns gekauft. Wenn man aber fünf Wochen Hunger gelitten hätte, so half das ordentliche Essen, das man in den letzten sieben Tagen erhielt, auch nicht mehr viel.“

Das charakteristische Schriftstück, das von 23 Deutschen, 95 Niederländern, 46 Italienern und 10 Amerikanern unterzeichnet ist, schließt mit den Worten: „Wir erlassen diesen Protest, um zu zeigen, wie das humane England, das den Krieg in Südafrika begonnen hat, um die Unterdrückten zu beschützen, seine Kultur den Unterthanen anderer Mächte gegenüber behält.“ In einer Anmerkung ist noch erwähnt, daß sich der Kapitän von den Reisenden erster Klasse ein Zufriedenheitszeugnis ausstellen ließ und dabei auch die Unterschrift von Kindern nicht verschmäht hat!

## Partei-Nachrichten.

Ein Parteitag der südslavischen Sozialdemokratie fand Sonntag und Montag in Triest statt. Aus dem Bericht über die Parteifähigkeit ist zu entnehmen, daß die Partei dauernd Fortschritte mache, besonders in Oberkain und im Aisienlande. Eine vielbesprechende Frauenorganisation hat sich in Idra gebildet. Gewerkschaftlich organisiert sind die Schuhmacher, die Gerber, die Schneider, die Buchdrucker, die Bergarbeiter, Holzarbeiter, die Eisenbahner. Auf der Südbahn, insbesondere in Laibach, verjuchte man durch Terrorismus der Bewegung entgegenzutreten. Auch auf der Staatsbahn verjuchte man vergebens, durch Maßregelungen einzuschüchtern. Auf dem Lande erhebt sich die Thätigkeit der Bildungsvereine für die Verhältnisse am besten passend.

Nach einem Referat über die politische Lage wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Rechtslosigkeit der Arbeiter protestiert.

Zur Organisation wurde beschlossen, die Parteileitung provisorisch nach Triest zu verlegen, wo auch das Parteiblatt „Bocci Prapor“ erscheint; ferner einen Parteisekretär anzustellen und ein Parteiarhiv einzurichten. Jede Lokalorganisation soll monatlich pro Mitglied 2 Heller (Pfennige) an die Parteileitung abliefern. Das Parteiblatt soll zu einem Wochenblatt ausgestaltet werden. Die Parteileitung soll ein Kommunalprogramm entwerfen und einen Plan zur Erlämpfung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Gemeinde und Landtag ausarbeiten.

Die Genossen Steiermarks haben sich in einer außerordentlichen Landeskonferenz in Graz mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Sie haben die Kandidaten aufgestellt, über die Aufbringung der Wahlkosten Beschlüsse gefaßt und außerdem beschlossen, daß das Grazer Parteiblatt „Arbeiterwille“ vom 1. November bis zur Beendigung der Wahlkampagne täglich erscheint.

## Politikliches, Gerichtliches u. d. v.

Ein Jahr Gefängnis. Der verantwortliche Redakteur der „Erfurter Tribüne“, Genosse Levy, wurde am Dienstag von der Strafkammer in Erfurt wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Näheres wird noch nicht darüber mitgeteilt.

Ein sozialdemokratischer und ein anderer Verhinderer. Vom Schöffengericht in Wiesbaden war seinerzeit der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse W. Schmidt, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er durch einen Artikel seines Blattes einen Gutspächer beleidigt haben sollte. Gleichzeitig mit ihm verhandelte dasselbe Gericht gegen den Redakteur des „Wiesbadener Generalanzeigers“, v. Reckern, der in der gleichen Angelegenheit gegen den Pächter einen viel schärferen Artikel gedruckt hatte. Gegen diesen lautete das Urteil nur auf 100 M. Geldstrafe.

Beide legten gegen ihre Verurteilung Berufung ein; die Strafe gegen Reckern wurde auf 30 M. herabgesetzt, die Berufung Schmidts verworfen.

— Eine Freisprechung und eine Verurteilung wurden dem Genossen Haupt in Magdeburg, verantwortlicher Redakteur der „Volksstimme“, zu teil. Freigesprochen wurde er von der Anklage der Gotteslästerung, begangen durch Abdruck des Dehmischen Gedichts „Die Magd“. In dieser Sache war Haupt schon einmal zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, das Reichsgericht hatte jedoch das Urteil wegen eines Formfehlers aufgehoben. Hätte die Strafkammer in der ersten Verhandlung diesen Formfehler nicht begangen, dann konnte ihn kein Gericht von der Strafe für eine nicht strafbare Handlung befreien, denn eine Verurteilung in Straf-sachen haben wir leider nicht.

Dagegen wurde Haupt zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung der Polizeibehörde in Halle.

— Genosse Suth in Brandenburg wurde in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ wegen Beleidigung eines Fabrikanten zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Auf Grund des liegenden Gerichtsstands fand die Verhandlung in Ludenwalde statt.

## Gewerkschaftliches.

### Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Gestern vormittag fand eine sehr stark besuchte Versammlung der ausgepörrten und streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Bräuner gab den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Danach haben bis jetzt 51 Firmen mit 250 männlichen und 610 weiblichen Arbeitern die Forderungen bewilligt. Die Zahl der Ausständigen wird auf 1250 angegeben. Es haben sich bis jetzt nur wenige Arbeitswillige gefunden. Welche Mühe die Unternehmer sich geben, um solche heranzuziehen, sagt der Redner, sehe man daraus, daß man fünf arbeitswillige Kollegen aus Bayern vertrieben habe. Diese hätten aber, sobald sie von der hiesigen Lohnbewegung unterrichtet worden seien, die Arbeit sofort wieder niedergelegt. — In den bürgerlichen Zeitungen, sagt der Redner weiter, würde heute geschrieben, daß auf der Konferenz in Leipzig eine völlige Einigung erzielt worden sei. Das sei jedoch nicht der Fall und müsse man erst nähere Nachrichten abwarten.

Inzwischen sind die Vertreter von der Leipziger Konferenz eingetroffen und Bergmann gibt bekannt, daß die Verhandlungen mit den Prinzipalen für Berlin als gescheitert zu betrachten sind. Wohl seien für Leipzig und Stuttgart Abmachungen getroffen worden, diese seien jedoch für die Berliner unannehmbar. Er ersucht die Versammelten, die Arbeit trotz der seitens der Prinzipale an sie gelangenden Aufforderungen nicht anzunehmen und die Beschlüsse der Donnerstagabend stattfindenden öffentlichen Versammlung abzuwarten.

Die sehr lebhaft diskutierte ergibt, daß die Versammlung mit dem Vorschlag einverstanden ist und es wird dementsprechend beschlossen.

Es wird in den Zeitungen von Leipzig und berichtet, daß die dortigen Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat geführt haben. Dem gegenüber ist zu bemerken: Für Leipzig und Stuttgart sind allerdings bindende Beschlüsse gefaßt, die Berliner Vertreter haben jedoch den Beschlüssen nicht zugestimmt. Es sollte für Arbeiterinnen der Minimallohn auf 13,50 M. festgesetzt werden; für Maschinenarbeiterinnen auf 16,74 M. 31 Pf. Stundenlohn. Die Vertreter der Berliner glaubten solche Abmachungen nicht verantworten zu können und erklärten, daß sie keine Garantie dafür übernehmen könnten, daß die Arbeit in Berlin am Montag wieder aufgenommen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner Abendausgabe vom Montag einen längeren Artikel über die Buchbinderbewegung, der zwar mehrere Irrtümer enthält, sich aber im allgemeinen durch eine gewisse Neutralität auszeichnet. Im Zentrum ist das Blatt, wenn es schreibt, daß in sämtlichen Betrieben in den drei Städten die Arbeit eingestellt sei. In Berlin wird thatsächlich nur bei solchen Firmen gestreikt, die die Forderungen nicht bewilligt haben. Die beabsichtigte Verkürzung der Arbeitszeit beschränkt sich auf eine halbe Stunde an Sonnabenden und den Vorabenden der Feiertage. Dann sind die Gehältern nicht plötzlich mit der Forderung einer fünfprozentigen Erhöhung der Accordpreise hervorgetreten, sondern es wurde das nur als ein Nothelf bis zur Neubearbeitung des Tarifs vorge schlagen. Zum Schluß heißt es: „Die Arbeitgeber wollen sich, wie ausdrücklich betont wird, dem Veruch der Arbeiter, Einwirkung auf die Betriebsbedingungen und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, energisch widersetzen.“ Jeder ausständige Mensch wird es als ein unbilliges Verlangen ansehen, wenn der Käufer der Arbeitskraft einseitig dem Verkäufer derselben die Bedingungen vorschreibt.

Turch besondere Unkenntnis des Sachverhalts zeichnet sich die „Tägliche Rundschau“ aus. Diese letzte die bekannte Erklärung der Buchbinderbesitzer mit der Behauptung ein, der Streik wäre von den Arbeitern „frevol vom Jam gebrochen“.

Die Lohnkommission der Buchbinder hat ein Circular an die Tageszeitungen versandt, in dem die vielen Vorwürfe und falschen Behauptungen widerlegt werden. Es wird darin auch jedem freigestellt, sich durch persönliche Einsichtnahme in den Tarif v. von der Wahrheit der gegebenen Darstellung des Sachverhalts zu überzeugen. Man wird nun abwarten müssen, ob die bürgerliche Presse, die bisher unbefehle die Zuschriften der Unternehmer abdruckte, von diesem Circular entsprechende Notiz nimmt.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Einigungsverhandlungen der Buchbinder, die am Dienstag, den 18. d. M. auf Veranlassung des Tarifamts der Buchdrucker im Buchgewerbehaus zu Leipzig stattgefunden haben, haben zu einem befriedigenden Resultat geführt. Es ist zunächst eine Einigung über die allgemeinen Bestimmungen herbeigeführt worden, wonach der Minimalstundenlohn auf 45 Pf. und für Gehältern im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit auf 88 Pf. festgesetzt ist, mit 5 Proz. Zuschlag in Berlin und Leipzig. Außer der Bezahlung der Früh- und Vesperpausen ist die Frauenarbeit geregelt worden. Der Tarif tritt am 15. Oktober in Kraft und wird voraussichtlich 3 Jahre Gültigkeit haben. Heute, am 19. d. M. beginnen die eigentlichen Tarifverhandlungen. Nachdem die Gehältern die jegliche Festlegung der allgemeinen Bestimmungen gebilligt haben, nachdem nach Ansicht der Prinzipale weiterhin größere Differenzpunkte in den Tarifverhandlungen ausgeschlossen seien, ist somit berechtigte Hoffnung vorhanden, daß es zu einer Einigung kommt. Wie die Leser sehen, verhalten sich die Berliner Buchbinder ablehnend zu den Tarifverhandlungen.

### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militäreffekten-Sattler beschäftigte am Mittwoch wieder das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Nachdem Sassenbach die Forderungen der Streikenden kurz vorgetragen hatte, erklärte Prägel namens der Fabrikanten: Auf die Bewilligung des Reumfundtags und die Abschaffung der Heimarbeit könnten die Arbeitgeber nicht eingehen. Dagegen seien sie bereit, über die Löhne in Verhandlungen einzutreten. Sie geben ohne weiteres zu, daß die Löhne der Militäreffekten-Sattler keine glänzenden seien, und daß sie bei weitem nicht heranziehen an die Löhne, welche in Berlin in anderen Berufszweigen gezahlt werden. Die Fabrikanten seien deshalb geneigt, den Arbeitern hinsichtlich der Löhne entgegen zu kommen, aber nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland müßte mit Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz eine Lohnerhöhung eintreten. Von einer unveränderten Annahme des von den Arbeitern aufgestellten Tarifs könne vorerst noch keine Rede sein, denn dazu würden sich die auswärtigen Fabrikanten nicht verstehen. Es werde deshalb vorge schlagen, die Tarifverhandlungen an dem Punkte wieder aufzunehmen, wo sie vor dem Streik in der Zwangs-Kommission ab-

gebrochen worden sind, und einsteilen den Tarif vom 9. Juni anzuerkennen. Die Fabrikanten versprechen, sobald der Streik beendet ist, sich mit ihren auswärtigen Kollegen in Verbindung zu setzen, und sie zur Einführung dieses Tarifs zu bewegen. Wenn erst einmal für ganz Deutschland ein einheitlicher Tarif bestünde, dann sei auch Aussicht vorhanden, daß später der jetzt von den Arbeitern aufgestellte Tarif durchgesetzt werde.

Hierauf zog sich das Einigungsamt zurück. Nach einer 2 1/2stündigen Beratung veränderte der Vorsitzende v. Schulz, daß die Versuche, eine Einigung zu Stande zu bringen, zum Bedauern des Einigungsamts gescheitert seien. — Der nächste Termin, in dem Beweis erhoben, beziehungsweise ein Schiedsgericht gefaßt werden soll, findet am Donnerstag, den 27. September, 9 Uhr statt. Nunmehr entstand eine Besprechung über das herzubringende Beweismaterial. Seitens der Arbeiter wurde zur Begründung ihrer Forderungen angeführt, daß verschiedene auswärtige Firmen schon jetzt höhere Löhne zahlen, wie sie in Berlin üblich sind, weiter werden als Beweismaterial die von der Organisation veranstalteten Erhebungen über die Löhne in Berlin angeführt. Die Vertreter der Fabrikanten wollten die Beweishebungen beschränkt sehen auf die Arbeitsverhältnisse, welche auf Grund des neuen Tarifs der Fabrikanten vom 9. Juni erzielt worden sind, und alles, was sich auf die Zeit vor dem 9. Juni bezieht, ausgeschlossen wissen.

Die Möbeltransport-Arbeiter und Antiker waren gestern in den Armirehallen versammelt, um den Bericht über den Stand ihrer Bewegung entgegenzunehmen. Danach haben am Montag 40-fort bewilligt die Firmen: Barg u. Co., Bloch und Brode u. Co., dagegen kam es bei den Firmen: Jul. Schumacher-Friedenau, Gust. Stauer und A. Schäfer zum Ausstand, der zu Gunsten der Arbeiter verlief. Es wurden Lohnerhöhungen zwischen 4 bis 6 M. pro Woche erzielt.

Die Verammelten erklärten sich mit den erreichten Vorteilen für diesmal einverstanden, verpflichteten sich aber, fest zur Organisation, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, zu halten, um das Erzingene zu sichern und auch in Zukunft den Unternehmern gegenüber gewappnet zu sein.

Die Lohnbewegung der Berliner Glaser beschäftigte gestern abend eine zahlreich besuchte Versammlung dieser Arbeitergruppe. Der Gesellenansatz, der die gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Forderungen der Juning unterbreitet hat, erstarrte Bericht. Danach hat die Juning in ihrer Versammlung vom 18. September einstimmig beschlossen, diese Forderungen nicht zu bewilligen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Hartnäckigkeit der Meister wurde allgemein mißbilligt und der Vorschlag, mit dem Streik zu antworten, fand lebhaften Beifall. Die Versammlung beschloß, am Donnerstag früh, d. h. heute, in den Streik einzutreten. Wo bewilligt wird, ist weiter zu arbeiten. Die Lohnkommission ist verpflichtet, dort wegen der Unterschrift vorstellig zu werden.

Von den Hauptforderungen ist in der gestrigen Veröffentlichung eine nicht genannt. Sie sei deshalb nachgetragen: 50 Pfennige Stundenlohn für schwächere Arbeiter. Betreffs dieser hat der von den Kollegen gewählte Vertrauensmann in den Werkstätten mit dem Arbeitgeber zu verhandeln.

Als Streikbureau wurde das Lokal von Stramm, Mittelstr. 128, gewählt.

### Deutsches Reich.

Die Verhandlung zwischen den Werstbesitzern und ausgepörrten Hausberger Werstarbeiter ergab: Die Werstbesitzer verlangen Wiederaufnahme der Arbeit ohne Lohnerhöhung; sie versprechen dagegen, alle Arbeiter, von einigen Ausnahmen abgesehen, wieder einzustellen. Die Zustimmung der Arbeiter-Versammlungen ist noch erforderlich.

Der Verband der Handschuhmacher beschloß durch Abstimmung mit 1475 gegen 691 Stimmen die Erhöhung der Beiträge auf 45 Pf. pro Woche.

Die Münchener Tischlermeister lassen jetzt ihrer Nachsicht gegen die streikenden Gesellen freien Lauf. In einer Versammlung, wo über die Aufhebung des Streiks seitens der Gesellen Stellung genommen wurde, beschloß man, den Streik nur dann als beendet anzusehen, wenn erstens von der Lohnkommission die schriftliche Erklärung abgegeben wird, daß der Streik beendet ist, wenn zweitens die Beendigung des Zugangs nach München aufgehoben und die gesamte sozialdemokratische Presse durch die Lohnkommission davon benachrichtigt wird und wenn drittens ausnahmslos die vom Arbeitgeberverband ausgearbeitete Arbeitsordnung unterschrieben anerkannt wird. Im Laufe der Diskussion wurde von einzelnen Schriftmachern das Vorgehen des Bürgermeisters von Voricht, der sich ungern in den Kampf eingewischt habe, scharf getadelt und bedauert, daß er sich von der Lohnkommission habe „einleiten“ lassen.

Der ausfordernde konnte sich das Münchener Prozentum nicht benehmen; es scheint, als ob ein paar Pfennige nachgeholt haben. Der Verlangen ist dann und dort und wenn die Arbeiter wirklich angeblich in der Zwangslage wären, diesem Verlangen zu willfahren, dann steht eine solche Zusage auf dem Papier und niemand würde sich daran halten. Wohl aber wäre für eine gelegener Zeit ein mächtiger Anreiz für neue Kämpfe geschaffen.

### Ausland.

In Barcelona befinden sich 18 000 Textilarbeiter im Ausstand.

Ueber den Ausstand der Bergarbeiter in Pennsylvanien wird der „Frank. Ztg.“ aus New York gemeldet: Die Streiter erzielten gestern Zuwachs. Indessen behaupten sowohl die „Pennsylvania“ wie die „Philadelphia“ und „Reading“-Kohlen-gesellschaften, daß der Betrieb nur wenig beeinträchtigt werde. Die Wälder schätzen die Streikerzahl zwischen der Hälfte und 2/3 aller Arbeiter.

Infolge des Ausstands im Kohlengebiet hat die „Philadelphia“ und „Reading“-Kohlen- und Eisengesellschaft die Preise um 25 Cents für die Tonne erhöht.

## Sociales.

Zur Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Nach einer Statistik, welche die Filiale des Textilarbeiter-Verbands in Ostb u s veranstaltet hat, sind dort 519 Weber, 107 Spinner, 17 Stoperinnen, 84 Stepperinnen, Anstreuerinnen und Zwirnerinnen, 72 Spinner und Fadenmacher und 95 Färberei-Arbeiter, zusammen 834 Personen arbeitslos. Dazu kommen noch diejenigen, die tage- und wochenlang auslegen müssen und deren Zahl auch nicht gering ist. In den meisten Betrieben wird 11 Stunden gearbeitet.

Vom gewerblichen Mittelstand. Auf dem dieser Tage in Freiburg stattgehabten Verbandstag der badischen Gewerbevereine wurde ein Beschlus Antrag angenommen, der die Schaffung von den ganzen Verband umfassenden Volkshilfs-einrichtungen, wie Kranken-, Unterstüßungs- und Sterbefällen, sowie die Einrichtung eines einheitlich organisierten Arbeitsnachweises verlangt. Dergleichen sollen Regierung und Kommunen zur Einrichtung von Meisterkursen und Fachschulen sowie zur ausgedehnten Ausbildung der Lehrlinge und Weiterbildung der Gesellen und Meister auch in Winterwerkstätten auf allgemeine Landeskosten veranlaßt werden. — In den Verband der deutschen Gewerbevereine und dessen Unterverbände wurde das Ersuchen gerichtet, beim Bundesrat bezug. den Regierungern der Einzelstaaten dahin vorstellig zu werden, daß Privatarchitekten und sonstige Techniker, die sich neben ihrem eigentlichen Berufe noch mit der Lieferung von Baubedarfsartikeln befassen, für diesen besonderen Teil ihrer Gewerbsthätigkeit auch zur Steuerleistung herangezogen, demgemäß als Kaufleute im Sinne des Handels-Gesetzbuchs betrachtet werden und gleich den Baunnternehmern ihre Anmeldung zu den Handelskammern sowie ihre Eintragung in Firmenregister zu bewirken haben; ebenso solle den staatlichen Baubehörden der Bezug von Bauartikeln auf eigene Rechnung nur in besonderen, von der vorgelegten Dienst-

bedürfte zu genehmigenden Ausnahmefällen gestattet werden. Die Prinzipien der Gewerbefreiheit will der Verband hochgehalten, aber deren „Auswüchse“ energisch bekämpft wissen.

## Veranstaltungen.

**Im Wahlverein des 4. Kreises (Süd-Ost)** fand am Dienstagabend die Brüder, Waldemarstraße, eine gut besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Andenken der verstorbenen Parteigenossen Grube und Oelrich die übliche Ehrenbezeugung erwiesen. Die Versammlung befaßte sich zunächst mit einem Artikel des „Korrespondent“, des Organs der Buchdrucker, in welchem unter der Überschrift: „Ein Buchdrucker-Fachmetzger“ in tendenziöser Weise über den Vortrag des Genossen Ströbel die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in der vorigen Mitgliederversammlung berichtet wurde. Dem Genossen Böhmer wurde eine Resolution eingebracht und einstimmig angenommen, welche sich gegen diese Art Berichterstattung wendet.

Resolution. „Die heutige Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem gegen den Genossen Ströbel gerichteten gehässigen Artikel in Nummer 102 des „Korrespondent“. — Die Versammlung erklärt den Bericht über den vom Genossen Ströbel in unserm Wahlverein gehaltenen Vortrag wegen des Verschweigens des Hauptinhalts und der libertären Entstellung einiger Lebensschicksale für eine bewusste Unwahrheit.“

Sie beauftragt ferner, daß der „Korrespondent“ derartige Berichte aufnimmt in der Absicht, die Verbandsmitglieder gegen die sozialdemokratische Partei aufzuheizen. Ueber das Vorgehen des Verfassers des Berichtes, der nicht den Rat befolgt, in der Versammlung sich zum Wort zu melden, auch jetzt noch nicht den Rat befolgt, seinen Namen öffentlich zu nennen, spricht die Versammlung ihre tiefste Mißachtung aus.“

Alsdann erhielt Genosse Dr. Wehl das Wort zu seinem Vortrage über das Reichs-Sozialgesetz und die Mißstände in den Krankenhäusern. Der Vortragende führte aus: Durch dieses Gesetz, das die Anzeigepflicht für verschiedene ansteckende Krankheiten eingeführt habe, sei den Behörden eine weitgehende Vollmacht bezüglich der Ueberführung in ein Krankenhaus und der Isolierung kranker oder krankheitsverdächtig Personen eingeräumt worden. Wenn der Staat aber verlange, daß das Individuum den Gesamtinteressen sich unterordne, so habe er auch die Verpflichtung, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Zustände in den Krankenhäusern menschenwürdige seien. Das dies heute nicht der Fall ist, bewies der Redner an der Hand des steno-graphischen Berichtes der Reichstags-Sitzung, in welcher Abg. Antrich die Mißstände im Noabiter Krankenhaus öffentlich kennzeichnete. Es sei kein Wunder, wenn angesichts derartigen elenderen Zustände eine allgemeine Antipathie gegen die Krankenhäuser aufzutreten sei. Jeder Arbeiter, der in einem Krankenhaus liege, solle den Rat haben, Besuchen an der kompetenten Stelle anzubringen und zu vertreten. Tuberkulose und Syphilis, diese beiden Volksleiden, die jährlich zehntausende dahintraffen, seien in dem Gesetz nicht behandelt, weil deren ernsthafte Bekämpfung Reformen erfordere, zu denen sich unsere kapitalistischen Regierungen nicht verstehen werden. Die Beseitigung dieser Leiden sei nur in einer sozialistischen Ordnung zu erreichen; für diese letztere zu streben müsse also das vornehmste Ziel bleiben. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion bemerkte Stadtv. Tollsdorf, daß die Fraktion im Rosten Hause von den Dingen im Krankenhauswesen nicht viel erfährt, weil kein Sozialdemokrat Mitglied der Krankenhaus-Deputation ist. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten würden sich aber bemühen, Remedur zu schaffen.

Stadtv. Dr. Freudenberger sagt, er hätte die Mißstände betreffs des Noabiter Krankenhauses im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht, wenn ihm nicht Antrich bedeutet hätte, daß er (Antrich) nicht genannt sein wolle, da er ja persönlich sehr vorwurfslos behandelt sei und vielleicht deshalb als Querulant erscheinen würde.

Rede richtet heftige Vorwürfe gegen den „Vorwärts“, weil er nach des Redners Ansicht den Bericht über die Reichstags-Sitzung, in welcher Antrich sprach, nicht ausführlich genug gebracht hat.

Andre Diskussionsredner wußten von gleichen Mißständen in Krankenhäusern zu berichten. Man war allgemein darin einig, daß krankengedehnte Verbesserungen nur eingeführt werden, wenn einmal die sozialdemokratische Fraktion in achtinggebender Stärke in das Rathaus einzieht, da von der freisinnigen Clique „Wirtschaftsreformen“ nicht zu erwarten seien.

Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde ein Antrag eingebracht, zu beschließen, daß in einem Flugblatt, das sich besonders an die Frauen wendet, die Ursachen der Kohlenveruerung klargestellt werden. Der Antrag wurde zurückgezogen; dafür wurde dem Vertrauensmann anbeimgelassen, mehrere Versammlungen einzuberufen, in welchen sozialdemokratische Stadtverordnete über die Ursachen der Coals- und Kohlenveruerung und über die Mißstände referieren sollen. — Der Vorstand wurde darüber interpelliert, daß er zu der am 20. Oktober stattfindenden künstlerischen Abendunterhaltung einen Verein engagiert hat, der nicht zum Arbeiter-Sängerbund gehört. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß wirklich einmal ein genügender Abend arrangiert werden solle, und daß es nicht angängig gewesen sei, ein leistungsfähiges Künstler-Ensemble zu zerreihen, nur weil Einzelne nicht Mitglieder eines Arbeiter-Sängerevereins seien. Die Mitglieder des Arbeiter-Sängerevereins hätten überhaupt keine Ursache, sich auf hohe Pferde zu setzen, denn nur ein ganz kleiner Prozentsatz von ihnen sei Mitglied eines Wahlvereins. Nach einer Aufforderung, die nächste Versammlung, in welcher Paul Singer referieren wird, recht zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Die Bühnenarbeiter** hielten am 15. d. M. eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. An Stelle des nach anherhalb gegangenen Mitglieds Ransfeldowatz wurde ein anderer Kollege in die Agitationskommission gewählt. Mehel erstattete Bericht über die letzte Versammlung der Gewerkschaftskommission. Dem im neuen Regulator vorgesehene Passus, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder im Fall eines Ausstands vierzehn Tage selbst zu unterstützen haben, stimmte die Versammlung zu. Hierauf berichtete die Agitationskommission über ihre bisherige Tätigkeit; unter anderem wurde mitgeteilt, daß die Direktion des Berliner Theaters ihrem gesamten Personal eine 10prozentige Lohnerhöhung zugesagt hat. Die Versammlung nahm den Bericht mit Befriedigung entgegen. Wie angegeben wurde, erhält das technische Personal bei der Seccionsbühne keine Nachmittagsvorstellung bezahlt, es wird aber eine diesbezügliche Forderung an die Direktion gestellt werden. Aufgenommen wurden 20 Kollegen.

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** hielt am 16. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst gab Oberbeck als Delegierter des Gewerkschaftskartells einen Bericht über die Organisation, worauf bei der Renwahl Krüger als Delegierter in das Kartell delegiert wurde. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten. Unter anderem wurde beschlossen, daß in Zukunft Unterstützungen für Vereinsmitglieder nicht mehr aus der Vereinskasse gezahlt werden, sondern durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden sollen. Zum Schluß wurde an den Arbeitsverhältnissen auf einigen Plätzen Kritik geübt.

**Die Steinarbeiter** hielten am Dienstag eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Jahn über den Weltmarkt im 19. Jahrhundert, unter lebhaftem Beifall der Anwesenden referierte. Auf Anregung des Vertrauensmanns Walfert wurden den ausländischen Sattlern 50 M. bewilligt. Für die Ausländer im Wandergewerbe wurden vorläufig Geldsammlungen empfohlen, bis weitere Unterstützungen notwendig sind. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Bischof, Wilhelm und Heldenberg ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Für deren Hinterbliebenen wurden, wie auch einem hilfsbedürftigen Kollegen die üblichen Unterstützungen bewilligt. Alle Steinarbeiter wurden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß zu dem in der verflochten Lohnbewegung vereinbarten Tarife vom

1. Oktober d. J. ab ein Lohnzuschlag von 5 Proz. erfolgt; Tarifformulare sind jederzeit vom Vertrauensmann Walfert erhältlich. Im übrigen wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß eine regere Beteiligung durch Entnahme von Beitragsmarken erfolgen möge.

Die Jahrestellen der Steinarbeiter befinden sich wie bisher in den Lokalen von Fiedelkow, Horkstraße 37, und Faber, Stephansstraße 11, ferner wurden alle Steinarbeiter ersucht, sich vollzählig an dem am Freitag, den 21. September, stattfindenden Gewerbesgerichtswahl zu beteiligen.

**Eine Malerverversammlung** am 18. September im Lokal von Obft in der Brunnenwalstraße zu Schöneberg. Einberufen war die Agitationskommission der „Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend“. Genosse Kater wies in einem längeren Vortrage die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nach und empfahl den Anschluß an die genannte Lokalarbeitervereinigung. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Geny sprach dann über die augenblickliche Tarifbewegung und erklärte es für selbstverständlich, daß auch die Anhänger der Lokalarbeitervereinigung im geeigneten Moment ihre Schuldbiligkeit thun würden. Notwendig wäre, daß die Kollegen beider Organisationsrichtungen zusammen voringen. Das schiene aber der Centralverein deutscher Maler nicht zu wollen. Dieser habe durch die Wahl des Tags und durch die Art der Einberufung von einer Versammlung, die sich mit der Tarifangelegenheit beschäftigte, die Lokolisten gestrichelt ferngehalten. Ferner beabsichtige er mit der Forderung, daß die Meister nur den paritätischen Arbeitsnachweis benutzen sollten, einen Schlag gegen die „Gewerkschaft“, die einen gut funktionierenden Arbeitsnachweis habe. Mit den andren Punkten des Tarifentwurfs der Anhänger der Centralisation ist Redner vollständig einverstanden. In seinem Sinne äußerten sich noch mehrere Kollegen, von denen einer jedoch an dem Tarifentwurf verschiedene auszufügen hatte. Kater, als Vertreter der Centralisation, bestritt entschieden, daß man die Mitglieder der Lokalarbeitervereinigung von der durch Geny erwähnten Versammlung habe fernhalten wollen. Schließlich wurde das Bureau beauftragt, zum nächsten Sonntag nach dem Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Unser neuer Tarif“, einzuberufen und dazu die Verwaltungen beider Organisationen, sowie den Vertrauensmann der Berliner Maler und den Gesellenauschuß einzuladen.

## Parteitag.

Mainz, 19. September.

### Nachmittags-Sitzung.

Der Antrag, die Alkoholverträge auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen, führt noch zu einer lebhaften Debatte, an der sich Adler-Kiel, der den Alkohol für Privatsache erklärt, Fiedelmann-München, Braun-Königsberg und Wurm beteiligen. Dieser betont: es wäre ein Armutsergebnis für den Parteitag, wenn wir meinten, wir könnten die Alkoholverträge herausgreifen aus den übrigen sozialen Fragen. Der beste Kampf gegen den Alkoholismus ist der Kampf gegen das Volkseleid, keine Kurpfuscherei! Der Antrag wird schließlich abgelehnt; dagegen wird beschlossen, über die Wohnungsfrage auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln.

Reich erledigte sich die Revision des Organisationsstatuts durch die en bloc-Akzeptanz der Vorschläge der Kommission. (Referent Auer.) Danach wird der Fraktionsentwurf in folgenden Punkten geändert: Absatz 2 des § 2, der vom Ausschluß handelt, wird durch folgende Fassung ersetzt: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht und, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von demjenigen bezeichnet, die den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.“ Der Vorstand soll künftig durch zwei Beisitzer verstärkt werden, die die Kontrollkommission wählt. Den Delegierten wird das Recht gelassen, während der Tagung des Parteitags Einsicht in die Bücher zu nehmen. Von den Frauenanträgen wird Resolution 72 acceptiert.

Alsdann wendet sich der Parteitag der Verlehrs- und Handelspolitik zu. Zu der Calwerischen Resolution (siehe unten) liegen zwei Abänderungsanträge vor. Vollmar beantragt, im Schlusssatz unter a Ziffer 1 die Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich“ und in Ziffer 3 die Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittelland-Kanals“ zu streichen.

Luxemburg beantragt: 1. Hinter a 3 folgenden Punkt zu setzen: „4. für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel von den Seefahrern und den Grenzstationen ins Innere des Landes.“ 2. dem Punkt b 1 folgende Fassung zu geben: „für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel usw.“ 3. hinter b 3 folgenden Zusatz zu machen: „4. für das Prinzip der offenen Thür und gegen das der „Interessensphären“ in Bezug auf China und alle außer-europäischen Gebiete.“

Calwer verweist als Referent auf die in einer Resolution des Vergarbeiter-Verbands zum Ausdruck gekommenen Prohibitivbestrebungen gegen ausländische Arbeiter hin: das wäre der Tod der Arbeiterbewegung. Er fordert daher zum Ausgleich der Löhne in den verschiedenen Gegenden eine wirksame Freizügigkeit und dazu möglichst billige Fahrtarife. Die Forderung einer Uebernahme aller Eisenbahnen durch das Reich will er nur akademisch behandelt wissen, da sie vorläufig noch nicht zu erreichen ist. Ebenso legt er auf den Passus vom Mittellandkanal keinen Wert. Die Handelspolitik will er dagegen ausschließlich darauf basieren, wie das Verhältnis von Lohn zu den Preisen der Lebensbedürfnisse für die Arbeiter sich stellt. Er kommt zu der Forderung der Kündigung der Meißbegünstigung gegen Amerika, da die einseitige amerikanische Zollgesetzgebung einen bleiernen Druck auf die deutschen Löhne übt. Aus der amerikanischen Statistik schließt er auf eine hohe Lebenshaltung in dem schutzlosen Amerika. Das Gelpent des Zollkriegs fürchtet er nicht. Weshalb hat man Amerika nicht schon längst die Zähne gezeigt? Wird die Meißbegünstigung nicht aufgehoben, so bekommen wir einen autonomen Zolltarif mit unerhörten Positionen. Bei dem bevorstehenden Kampf müssen wir vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus unsere Forderungen formulieren, ganz ohne Rücksicht auf die Liberalen. Unsere Lösung bei den Handelsverträgen ist nicht allein: gegen Lebensmittelerhöhung, sondern auch für höhere Löhne. Haben die Arbeiter höhere Löhne, so können sie auch höhere Preise für Lebensmittel zahlen.

Diese Anschauungen Calwers finden in lebhafter Diskussion starken Widerspruch, während sich mit dem Inhalt der Resolution sämtliche Redner im großen und ganzen einverstanden erklären, da hierin der Schutzartiger Standpunkt festgehalten sei. Rosa Luxemburg, die zweimal das Wort nahm, und Ledebour wandten sich mit scharfem Spott gegen den „eine eigne Resolution belämpfenden“ Referenten und warfen ihm vor, daß er sich geradezu zum Führer der Hochschützölner anbiete; bei einem Zollkrieg würde nicht Amerika, sondern Deutschland auf die Knie niedergerungen werden. Mollenburg lehnte, in der Form milder, gleichfalls den Standpunkt Calwers ab, indem er besonders die Calwerischen Darlegungen der Wirkungen des amerikanischen Schutzollsystems auf die Lebenshaltung der Arbeiter kritisierte. Auf die ganze Streitfrage ließ sich Vollmar nur mit der Be-

merkung ein, daß der reine Freihändlerstandpunkt von der Partei schon seit 20 Jahren aufgegeben sei. Dagegen wandten er und Stolle sich entschieden im Interesse der außerpreussischen Staaten gegen die Uebernahme auf das Reich. Morgen wird die Diskussion mit David und Webel als ersten Rednern fortgesetzt werden.

### Resolution zum Referat über Verlehrs- und Handelspolitik.

In dem Ausglick der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale und politische Erstarlung der Arbeiterklasse. Das Tempo dieses Ausgleichs wird durch die Verlehrs- und Handelspolitik eines Landes in weitgehendem Maße bestimmt.

Die gegenwärtige Verlehrs- und Handelspolitik im Deutschen Reich, der einheitlichen Organisation entbehrend, ohne maßgebende Beeinflussung seitens der Volksvertretung, überwiegend nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet, steht nicht nur jeder wesentlichen Erleichterung des Verlehrs im Wege, sie verhindert namentlich den Arbeiter, die Chancen des Arbeitsmarktes auszunutzen; sie verfolgt ferner, gehemmt durch parlamentarischen Widerstand, auf dem Gebiete des Wasserstraßenverlehrs eine weitgehende Verbilligung des Gütertransports und gleichzeitig die Erschließung weiterer Gebiete für die Industrie, woraus der Arbeiter gleichzeitig als Produzent wie als Verbraucher Vorteile zu erwarten hätte.

Hält die herrschende Verlehrs- und Handelspolitik den Ausgleich der Produktions- und Arbeitsbedingungen auf dem inneren Markt zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft hinten, so steuert die gegenwärtig durch ihre Schutzölle für das Volk schon schädliche Handelspolitik Zielen zu, die für Deutschland in seinen Beziehungen zum Weltmarkt die gleichen Folgen zeitigen müssen, wie die Verlehrs- und Handelspolitik innerhalb der nationalen Volkswirtschaft. Die Großgrundbesitzer und der überwiegende Teil der Industriellen, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kartelle streben unter nicht zu verkennender Begünstigung seitens der Regierung eine Schutzölpolitik an, die Deutschland von der Weltwirtschaft in hohem Grade abschließen müßte, den Interessenten aber den inneren Markt, ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes, zur Ausbeutung preisgeben würde. Unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“ soll der Verbraucher, vornehmlich die Arbeiterklasse, der Preisbilligung des vereinigten Unternehmertums macht- und hilflos überliefert werden. Da die deutsche Einfuhr zu vier Fünfteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, verleiht diese Schutzölpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die im Vergleich zum konkurrierenden Ausland schon bisher schlechter gestellt ist, mindert dadurch in absehbarer Zeit deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und beeinträchtigt daher nicht nur das Streben der deutschen Arbeiterklasse nach besserer Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch die Stellung der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und mit einer gut gelohnten und gut situierten Arbeiterklasse seinen Platz dauernd behaupten kann. Die Annäherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Länder der Weltwirtschaft wird gehemmt und damit die Herbeiführung der internationalen Gleichheit der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiete aufgehalten.

Von diesen Erwägungen ausgehend tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen und Aufgaben der Verlehrs- und Handelspolitik ein:

- A) 1. Für eine innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Verlehrs- und Handelspolitik durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich unter Verwerfung des vornehmlich in Preußen groß gezogenen fiskalischen Verwaltungsprinzips;
2. für weitgehende Ermäßigung der Personentaxen zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter;
3. für den Ausbau eines deutschen Wasserstraßensystems, hauptsächlich für den Bau des Mittelland-Kanals, im Notfalle durch das Reich.
- B. 1. Für Ablehnung aller Zölle und aller Zollerhöhungen auf Lebensmittel. Für möglichst Beseitigung event. Zolltarifs der bisherigen Zollsätze bei der Reorganisation des Zolltarifs;
2. für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern;
3. für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Moglimal- und Minimaltarif, Wertölle etc.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andre Staaten erschweren.

### Resolution zu Punkt „Landtagswahlen“.

Der Parteitag wolle beschließen: In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahltagung einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbeteiligung unmöglich machen.

Inwieweit die Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen. Webel.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Frankfurt a. M., 19. September.** (W. S.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Shanghai telegraphiert: Graf Waldersee, der auf der „Hertha“ Hongkong verlassen hat, wird am Freitag in Wafung erwartet. Der Kampf der beiden deutschen Seebataillone bei Lianghsianghsien, 20 Kilometer südwestlich von Peking beweist, daß in der Umgebung von Peking sich noch immer feindliche Streitkräfte befinden, es waren jedoch nicht reguläre. Von diesen wird kein Ueberstand befürchtet.

**Brügge, 19. September.** (W. S. B.) In der „Früh-Beche“ der Brügger Kohlenbergbau-Gesellschaft bei Duz explodierten heute früh bei der Bewältigung eines Grubenbruchs in einer Kohlenflut Brandgase. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurden dabei 12 Personen schwer verletzt. Um etwaige weitere Opfer zu bergen, wurden alsbald die erforderlichen Arbeiten begonnen.

**Amsterdam, 19. September.** (W. S.) Präsident Krüger hat das Anerbieten der holländischen Regierung, zur Reise nach Europa sich auf ein holländisches Kriegsschiff einzuschiffen, angenommen.

**Roubaix, 19. September.** (W. S. B.) In vergangener Nacht sind die im öffentlichen Lagerhaus aufgeschapelten großen Schafwoll- und Baumwollvorräte verbrannt. Der Schaden wird auf 4 1/2 Millionen geschätzt.

**London, 19. September.** (W. S. B.) Nach einer bei Lloyds aus Athen eingegangenen Meldung ist der der Abdivial S. S. Administration in Alexandria gehörige Dampfer „Charistik“ bei Andros gestrandet. Ein Teil der Passagiere ist ertrunken.

**Manchester, 19. September.** (W. S. B.) Durch eine Feuersbrunst wurde heute nachmittag das Telegraphen- und Telephonamt zerstört. Der direkte Verkehr mit London wurde fast ganz unterbrochen.

**Lourenço Marques, 19. September.** (W. S.) Man erwartet hier nämlich das Eintreffen von Meldungen über Kämpfe, die gestern bei Komatipoort zwischen Engländern und Boeren stattgefunden haben. Nach den letzten Meldungen hatten die Boeren schwere Verluste.

Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen

Statt der Unterhaltungsbeilage der heutigen Nummer wird der Sonnabendnummer eine solche beigegeben werden.

Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstagnachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Ulrich.

Mainz, Berlin

erstattet den Bericht der Mandatprüfungs-Kommission: Anwesend sind 198 Delegierte mit 226 Mandaten. Hinzukommen 5 Mitglieder vom Parteivorstand, die Mitglieder der Kontrollkommission, 30 Mitglieder der Reichstagsfraktion (ohne Mandate), der Vertreter des Hamburger Parteigebiets, der Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“, sowie die vom Ausland erschienenen Gäste. Ferner: Dr. Flöbgen und Remé aus Oesterreich und B. Klein vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London. Die Kommission beantragt, sämtliche Mandate, mit Ausnahme von zweien, gegen die Protest eingelegt ist, für gültig zu erklären.

Der Mandatprüfungs-Kommission ist ein Schreiben von Mainz, Delegierten des zweiten Münchener Wahlkreises zugegangen, in dem er mitteilt, daß er wegen der Lage des Schreibereinstreiks in München nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben. Das Schreiben wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Gegen die Art der Wahl von Ewers (Hildesheim-Alfeld) ist ein Protest eingegangen; diese Wahl soll in einer Vereinssitzung erfolgt sein, deren Tagesordnung nicht einmal öffentlich bekannt gewesen sei. Die Mandatprüfungs-Kommission beantragt, diesen Protest für erledigt zu erklären, da Ewers seine Wahl durch eine nachträgliche öffentliche Wahl hat bestätigen lassen. Indessen macht die Mandatprüfungs-Kommission darauf aufmerksam, daß ein Beschluß des Dresdener Parteitag die den Genossen ausdrücklich zur Pflicht macht, ihre Delegierten zum Parteitag in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Wegen dieses Beschlusses ist in einer Anzahl von Fällen verstoßen worden. Die Kommission scheidet trotzdem von einem Antrag auf Ungültigkeitserklärung dieser Mandate ab, da sie es in Betracht der durch die Aenderung der Vereinssitzung veränderten Sachlage, also weil die Grundlage für jenen Dresdener Beschluß fortgefallen ist, diesmal ausnahmsweise für statthaft hält, um dem Wunsch des Parteitagbeschlusses abzuweichen. In Zukunft wird durch das neue Organisationsstatut diese Angelegenheit aus der Welt geschafft sein.

Ein zweiter Protest richtet sich gegen die Wahl von Grünwald-Hamburg I, der gleichfalls in einer Vereinsversammlung gewählt ist, was aber nicht beanstandet ist, und der als Vorsitzender des Vereins mit Unterstützung der übrigen Bureaumitglieder das Wahlergebnis festgestellt haben soll. Der Protest wendet sich hiergegen und zweifelt die Richtigkeit der Wahl an. Die Kommission beantragt, da niemand in Organisationsstatut die Feststellung eines Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden unterlagert ist und wegen der völligen Unsubstantiiertheit des Protestes, denselben abzuweisen. Will man etwa eine Falschung vorwerfen? Dann müßte man doch wenigstens versuchen, Beweise zu erbringen.

Grünwald-Hamburg I: Wir haben die Wahl in einer Mitgliederversammlung vorgenommen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß sich sonst eine ganze Reihe von Personen an der Wahl beteiligen, die gar nicht im Wahlkreis wohnen und die wir zum Teil auch gar nicht als Parteigenossen betrachten können. Ich habe in jener Sitzung nicht den Vorsitz geführt und erkläre es aus für eine Unwahrheit, daß ich das Resultat festgestellt hätte. Auf das thörichte Gerücht von einer Unrichtigkeit des Wahlergebnisses lasse ich mich nicht ein; jeder blamiert sich so gut, wie er kann.

Frau Bleh: Wir, als der durchgefallenen Gegenkandidatin, ist es gewiß unangenehm, hierzu zu sprechen; ich bin aber beauftragt worden und habe die Pflicht, Irrtümer richtigzustellen. An dem Resultat der Wahl wird ja nichts mehr geändert werden; aber wenn ich auch im Prinzip nichts gegen Mitgliederversammlungen hätte, ist es doch ein Unrecht, eine ganze Reihe von Personen, die wohl zur Partei gehören, wenn sie auch nicht Mitglieder eines Wahlvereins sind, von der Wahl auszuschließen. (Jurat: Mit vollem Recht!)

Schöpslin-Chemnitz: Ich bitte, der Vorrednerin nicht zu folgen, sonst müßten mein Mitdelegierter Niemann und ich auch meine Mandate niederlegen. Bei uns kommt auch niemand herein, der sich nicht an der Thür als Parteigenosse ausweisen kann. Wir haben es nämlich so, daß Leute zu einer ganz bestimmten Sache kommen, die man sonst jahrelang nicht zu sehen bekommt. (Sehr gut!) Den Chemnitz ist es nicht eingefallen, das für unzulässig zu erklären. Solche Dinge sind doch ganz merkwürdig; es scheinen mir das gewisse spezifische Francimoranten zu sein. (Weiterkeit und Beifall.)

Grünwald-Hamburg: Wir machen es den Frauen sehr bequem, sich als Parteigenossinnen zu betätigen; sie brauchen nur 10 Pf. monatlich zu zahlen und haben dann alle Rechte. Wir sind in Hamburg an eine strenge feste Organisation gewöhnt, wir machen den Anspruch, daß, wenn einer sich Genosse schimpft, er es auch zu beweisen hat. Wenn unsere Frauen nicht Opfer bringen, dann sollen sie auch nichts zu sagen haben.

Ewers-Hannover 10: Um das Interesse an der Agitation zu wecken, haben wir beschlossen, die Wahl in einer Mitglieder-Versammlung vorzunehmen und eine Kreis-Konferenz hat unsern Beschluß genehmigt. Als mir dann mitgeteilt wurde, daß ein Protest eingelegt worden sei, haben wir nachträglich die Wahl durch eine öffentliche Versammlung bestätigen lassen.

Frau Bleh: Es ist unrettbar, jeden, der seinen Obolus nicht beibringt, nicht als Parteigenossen zuzulassen. Wir weisen sie doch nicht zurück, wenn sie uns bei den Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. (Lachen.) Ich weise es entschieden zurück, daß es sich hier um eine Frauenmarotte handelte. Ich habe meinen Einfluß im außerordentlichen Auftrage zahlreicher Hamburger Genossen erhoben.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Anträge der Mandatprüfungs-Kommission werden angenommen.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung:

Die Matfeier.

Hierzu liegt die folgende Resolution Nr. 63 vor:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Jülich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Kämpfern und Opfern des Proletariats, der Verbannung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitstage. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Anordnungen für die allgemeine Arbeitstage am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeit vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Referent Meyer-Berlin:

Genossinnen und Genossen! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Anträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Ich will nur einen kurzen Rückblick darauf werfen, wie die Matfeier bisher begangen wurde, und da kann ich nur sagen, daß ein Teil der Arbeiter den 1. Mai feiert, während ein anderer Teil ihn unbeachtet läßt. Wenn das, was in meiner Resolution ausgedrückt ist

und was sich vollständig mit unsern früheren Beschlüssen deckt, zur Ausführung gelangen soll, so muß es doch in erster Linie Pflicht jedes Arbeiters sein, soweit es in seiner Macht steht, den Inhalt der Resolution auch durch die That zu befolgen. Ich empfehle Ihnen einfach die Annahme der Resolution und bitte dafür zu sorgen, daß ihr Inhalt nicht als leeres Wort in letzter Zeit beachtet wird. (Beifall.) Der Parteitag nimmt die Resolution debattelos und einstimmig an.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die Weltpolitik.

Hierzu liegt die Resolution 64 vor.

Referent Singer-Berlin:

Parteigenossen! So ehrenvoll es für mich auch ist, vor dem Parteitag zu referieren und so sehr ich der Meinung bin, daß jeder Parteigenosse die Pflicht hat, die Aufgaben, die ihm im Interesse der Partei gestellt werden, zu erfüllen, so werden Sie es doch begreifen, wie schwer es mir wird, gerade heute über dieses Thema vor Ihnen zu sprechen, wenn ich daran denke, wer eigentlich an dieser Stelle stehen sollte. Die Parteileitung hat die Weltpolitik auf die Tagesordnung gesetzt auf Anregung, jedenfalls unter lebhafter Zustimmung unseres großen Vordenkers Wilhelm Liebknecht. Es war eine seiner letzten Arbeiten im Dienste der Partei, als er mit uns gemeinsam die Gründe besprach, die es uns zur Pflicht machen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es hieß: Gehen nach Asien tragen, wollte ich vor Ihnen ausmündigen, wie geeignet gerade Liebknecht zur Erörterung der Weltpolitik gewesen wäre. Das Geschick, welches ihn und uns betroffen, hat es anders gefügt und ich kann Sie nur bitten, mit dem Vorleser zu nehmen, was ich an Liebknechts Stelle bieten kann, in dem der Widerspruch gegen die Weltpolitik ja seinen kraftvollsten Vertreter gefunden hat.

Gegenüber der Gutmütigkeit, mit der die gesamte Parteipresse und alle Parteiverfassungen sich gegen die abenteuerliche, gewaltsame und die Volkskraft verheerende Weltpolitik ausgesprochen haben, wäre es über angebracht, wollte ich den Parteitag mit laugen Ausführungen behelligen. In der von der herrschenden Klasse betriebenen Weltpolitik wird der Gegensatz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt offenbar. Im Kampf gegen den Militarismus, welcher der Träger der europäischen Weltpolitik ist, findet die Socialdemokratie ihren Beruf, und ich glaube recht zu haben, wenn ich behaupte, daß die Weltpolitik, die jetzt betrieben wird, wesentlich durch diejenigen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft verurteilt wird, welche die Socialdemokratie am allerenergigsten zu bekämpfen hat.

Ich habe Ihnen eine Resolution unterbreitet, und ich möchte an der Hand derselben nachweisen, wie notwendig es ist, daß der Parteitag Stellung zur Weltpolitik nimmt. Während wir uns bisher mehr oder weniger mit der Regelung unserer Partei-Angelegenheiten beschäftigt haben, während wir damit angefangen haben, unsere Organisation zu einer thatkräftigeren zu gestalten, befassen sich die nächsten Gegenstände der Tagesordnung mit der allgemeinen Lage: Es sind das Gegenstände, die die Arbeiterklasse auf das tiefste berühren; das gilt sowohl von der Weltpolitik, als auch von der Verkehrs- und Handelspolitik.

Meine Resolution legt einleitend den Zweck der Weltpolitik dar und führt aus, worauf sich diese Politik stützt. Es heißt da zu Anfang: Der Parteitag erklärt: Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterdrückung des stets anwachsenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu unterjochen trachtet.

Ich bitte Sie, diesen Sätzen zuzustimmen. Es entspricht ja der Auffassung der Socialdemokraten, nach den Gründen zu forschen, welche in der Welt- in der Kolonialpolitik, und es kann nach meiner Meinung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir die Gründe dieser abenteuerlichen, chauvinistischen, kapitalistischen Weltpolitik in denjenigen Erscheinungen zu suchen haben, die in der heutigen Gesellschaft zu Tage treten. Die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt, daß durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Öier nach Vermehrung nicht mehr im Inlande Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu benutzen, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentrieren.

Diese Politik beruht, wie ich weiter in meiner Resolution sage, auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkern; sie führt aber auch notwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Handhabe durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu betriebligen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorbringen.

Wer die Entwicklung dieser Weltpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat, der weiß, daß die Folgen dieser Politik in diesen Sätzen richtig gekennzeichnet worden sind. Im Namen der Civilisation, im Namen der Kultur wird sie angedacht betrieben, die Mittel aber, welche für sie aufgewendet werden, sind der blutigste Hohn auf Civilisation, auf Kultur. Diese Weltpolitik ist eine Raubpolitik, eine Eroberungspolitik, die unbekümmert um die Gelebe der Moral und Sittlichkeit einfach auf den Geheiß der brutalen Gewalt basiert und mit den Machtmitteln, welche die Entwicklung der Bourgeoisie geschaffen hat, sich fremde Länder aneignet und die dort wohnenden Völkern unterdrückt.

Die übertriebene Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisierenden Mächte, und infolgedessen zu unerträglichen Kämpfen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen. Auch diese Sätze entsprechen den Thatsachen, wie sie uns die Weltpolitik, die Kolonialpolitik gezeigt hat. Ich werde nachher vielleicht des näheren noch darauf kommen müssen; ich will an dieser Stelle nur betonen: die Entwicklung, welche die Chinapolitik genommen hat, zeigt deutlich, daß diese übertriebene Eroberungs- und Raubpolitik zu Reibungen der Mächte unter einander führt und daß aus dem angeblichen gemeinsamem Interesse der Civilisation, der Kultur unternommenen Eroberungszug leicht ein Schlachten zwischen den Völkern werden kann, welche durch ihre Regierung, durch die Bourgeoisie ihrer Länder in jene Verhältnisse hineingetrieben worden sind. In Bezug auf diesen Teil der Frage können wir uns ja auf die Stellung berufen, welche die Socialdemokratie von jeher eingenommen hat. Wir sind der Meinung, daß Kultur und Civilisation nicht gefördert werden können durch Militarismus zu Wasser und zu Lande. Man scheint in den regierenden, in den herrschenden Klassen der Meinung zu sein, Deutschland müsse seine Rufe überall hineinreden, wo auf der Welt etwas los ist. Wir betrachten das nicht als die Aufgabe des deutschen Volkes; wir meinen, daß das deutsche Volk die Lasten, die ihm durch die Weltpolitik auferlegt werden, auf viel bessere, die Kultur und die Civilisation fördernde Weise im Inlande verwenden kann.

Wenn wir die Verhältnisse bei uns berücksichtigen, wenn wir

\*) Die Resolution wurde im Depeschenteil unserer gestrigen Nummer bereits vollständig abgedruckt. D. Red.

sehen, wie die übertriebene Mehrheit des Volkes in allen Ländern in Rot und Glend leben muß, und wenn wir auf der andern Seite sehen, daß der Nutzen aus dieser Weltpolitik nur in der Vergrößerung militärischen Ruhmes und möglicherweise der Dividende einer Anzahl von Kapitalisten besteht, die ganzen Kosten an Gut und Blut aber von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müssen, dann haben wir ein Recht, dieser Politik einen entschiedenen Widerspruch entgegenzusetzen und der herrschenden Gesellschaft zu rufen: wenn sie der Kultur und Civilisation dienen will, dann soll sie im Lande diejenigen Einrichtungen schaffen, die notwendig und geboten sind, um die breite Masse der Bevölkerung, um die Arbeiterklasse in bessere, in menschenwürdige Verhältnisse zu bringen.

Weiter sagt die Resolution:

Die Socialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wirtschaftlichen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerstaaten gewahrt und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Civilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Civilisation.

Wir können als socialdemokratische Partei selbstverständlich keinen andern Standpunkt einnehmen, als daß wir uns gegen eine Politik erklären, welche nur durch Unterdrückung und Unterjochung anderer Völker geführt werden kann. Wohl wollen wir Handels- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde, wohl haben auch wir den Wunsch, daß die Arbeit des Volkes in Industrie und Handel Gelegenheit bekommt, auch über den Bedarf des eignen Landes hinaus andre Länder mit den Erzeugnissen unserer Produktion zu versorgen. Wohl sind auch wir entschlossen unserem Programm der Meinung, daß eine Annäherung aller Völker der Erde versucht und gefördert werden muß; aber wir verwerfen die Mittel, welche die herrschende Gesellschaft anwendet, weil sie der Ausfluß des brutalen Egoismus sind und der Ausfluß einer Politik, die mit der Kultur und Civilisation nicht das geringste zu thun haben. Wir brauchen ja die Kolonialpolitik, wie sie nicht zum wenigsten in Deutschland geführt wird, nur einen Augenblick ins Auge zu fassen. Steigt nicht jedem Deutschen die Schamröthe ins Gesicht, wenn wir von den Thaten eines Leif, eines Peter, eines Krenberg in unseren Kolonien lesen? Die Kolonialpolitik, welche Deutschland treibt, ist, ganz abgesehen davon, daß sie in den Kolonien, die sich Deutschland angeeignet hat, keine Rücksicht auf Erfüllung ihrer Wünsche giebt, eine Politik des beschränktesten Affektorismus, eines beschränkten Bureaucratismus und des brutalen Militarismus. Im Namen der Civilisation geht man in der einen Hand die Bibel, in der andern die Plüte, nach fernem Ländern; im Namen der Civilisation raubt man den Völkern ihr Land, und wenn sie sich dagegen wehren, schlägt man sie wie die Hunde nieder; im Namen der Civilisation zwingt man sie in die ökonomische Sklaverei der Eroberer, und das nennt man dann Kulturpolitik, das nennt man Civilisation! Das Volk hat dabei keinen Nutzen davon und kann keinen haben.

Das neueste Kind der kolonialen Abenteuer, Kiautschou — wir haben ja gesehen, zu welchen Verhältnissen diese famose Pachtung auf 99 Jahre, dieser „Blay an der Sonne“ geführt hat. Da sprach man auch von dem Nutzen für Handel und Industrie und damit auch für die Arbeiterklasse; — ich habe schon früher ausgesprochen: weit entfernt, der deutschen Arbeiterklasse irgend einen Nutzen zu schaffen, werden im Gegenteil diese kolonialen Erwerbungen und namentlich auch die neue chinesische Erwerbung für die deutsche Arbeiterklasse, ganz abgesehen von den Kosten finanzieller und persönlicher Natur, auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse erheblichen Schaden stiften. Da behauptet man, daß durch die deutsche Industrie der Bedarf der chinesischen Bevölkerung gedeckt und damit dem deutschen Arbeiter Arbeit und Brot geschaffen werden soll. Man müßte doch die kapitalistische Weltanschauung nicht kennen, wenn man nicht von vornherein darüber klar wäre, daß, weit entfernt, die Produkte, die drüben Absatz finden können, in Deutschland herzustellen und damit der deutschen Arbeiterklasse Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu geben, der internationalen Kapitalismus in China selbst Fabriken errichten wird; in China selbst werden die Schornsteine rauchen und die Produkte angefertigt werden, unter Benutzung der billigen Arbeitskräfte der Kulis, um dann im Inlande abgesetzt zu werden; also gerade das Gegenteil von Vorteil für die Arbeiter. Die Mittel der Arbeiter, mit denen die chinesische Politik betrieben wird — denn sie stammen aus den indirekten Steuern und Zöllen — dienen nur dazu, dem Kapital die Möglichkeit zu geben, in China zu produzieren und chinesische Arbeiter als Lohnrücker zu benutzen. Schon jetzt werden, wie wir erst gestern wieder gehört haben, chinesische Heizer auf deutschen Handelsschiffen verwendet. Vor einigen Jahren wurde schon versucht, in der Landwirtschaft auswärtige Arbeiter den deutschen Arbeitern als Lohnrücker auf die Kasse zu setzen. So werden durch die Kolonialpolitik die materiellen, von den Arbeitern in der Hauptsache aufzubringen Mittel zum Schaden der Arbeiter verwendet. Man möge sich nicht etwa einbilden, daß wir Socialdemokraten, die wir auf unser internationales Bekenntnis stolz sind, den auswärtigen Arbeitern nicht gönnen, sich lohnende Arbeit in Deutschland zu suchen. Der große Gedanke der Internationalität ist eben der, daß überall bessere Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter geschaffen werden. Es ist nicht die Zuwanderung auswärtiger Arbeiter, wogegen wir uns wenden. Wir wollen nur nicht, daß auswärtige Arbeiter dazu benutzt werden, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzudrücken. (Sehr richtig.) Wohl aber wollen wir, daß die auswärtigen Arbeiter in den Organisations Schülern an Schülern mit den Deutschen für die Verbesserung auch ihrer Lage kämpfen.

Der zweite Teil der Resolution beschäftigt sich mit der deutschen Chinapolitik. Im Einverständnis mit Freunden habe ich den fünften Absatz meiner Resolution geändert, so daß der ganze zweite Teil also lautet:

Der Parteitag erklärt im besondern: Die deutsche imperialistische Weltpolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Proftit der Bourgeoisie auf militärischer Ruhmsucht und auf der chauvinistischen Lebensanschauung, ein „größeres Deutschland“ zu schaffen.

Die socialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche, gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppenentsendungen nach China sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammenschluß des Reichstags für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung, sowie die völkerverhetzende Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regimente Vorschub leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die völkerverhetzende Chinapolitik zu bekämpfen.

Parteigenossen! Wir müssen uns klar darüber sein, daß es im



Verpackung nur 3.50 M. kosten, bei uns **Wohl** für 7 M. herzustellen wären. Nehmen Sie einstimmig die Resolution an.

**Adler - Kiel:**

Wir, die wir den neuen Rolo-Maximismus aus allerhöchster Nähe ansehen konnten, können die Lügen- und Interessensmährchen über die Hurra-Stimmung der Bevölkerung gründlich lägen-straßen. Von dieser weltpolitischen Freudenstimmung war nicht viel zu merken. Es waren erst die Gesichter, die hinauszogen, zum Teil mit Thränen in den Augen. Die Mobilmachung, von der so viel Redens in den Zeitungen zu lesen war, hat für das eine Seebataillon doppelt so lange gedauert, als 1870 die Mobilmachung eines Armeecorps. Das gibt zu denken. Die Flotte, die angeblich notwendig war für den Schutz unserer Häfen und Küsten — notabene fühlten wir uns in Kiel nicht schuldig — schied man nach China hinaus. Als Gunnen sollen sie dort auftreten, aber als die ersten, die das gelernt haben, nach Deutschland zurückkehren, hat man ihnen verboten, zu erzählen, wie sie es gemacht haben. Wir haben gegen diese ganze Politik nicht nur zu protestieren, sondern es agitatorisch auszunutzen. Selten haben wir so günstige Gelegenheit gehabt zu zeigen, wie den Kapitalisten zu Liebe das Volk zu arbeiten und zu bluten hat; und wenn eine Partei das Recht dazu hat, dagegen zu protestieren, so ist es die internationale Sozialdemokratie. Ich hoffe, daß die Stimme, die wir erheben, wirkungsvoll in die Lande hinaushallen wird. (Beifall.)

**Dr. Rosa Luxemburg:**

Ich habe allseitig Bestätigung gefunden für die Bemerkungen, die ich gestern zu dem Agitationsbericht Singers gemacht habe. (Hendrich ruft: Sogar von mir!) Die Antwort Brammich hat mich belehrt, daß ich mich in meinem unverbesslichen Optimismus bei dem Parteivorstand bitter getäuelt habe; denn was Brammich gesagt hat, das war wirklich unter aller Kritik. Mit dem alten Ladebehälter, daß wir nicht ein Duzend Nebels wippen haben, ist er wieder gekommen. Das ist immer die Antwort auf alle möglichen Beschwerden und Kritiken, so wie der Arzt bei Kollere für alle Krankheiten nur ein Mittel kennt: Abführen und Küstern! (Hellerkeit.) Ich werde Ihnen zeigen, wie wir auch ohne die Dervielstaltung unserer agitatorischen Primadomen Nüchternes hätten machen können. 1. Hätte man aus Anlaß des chinesischen Kriegs ein Manifest herausgeben sollen, welches die weitere Kritik über die Ungehörlichkeit dieser Politik aufklären möchte. 2. Hätten wir die mündliche Agitation einheitlich durch Direktiven seitens der Parteileitung und im Voraus gestalten können. Aber das ist es nicht allein. Der chinesische Krieg ist das einzige Ereignis der weltpolitischen Ära, in das alle Kulturstaaten verwickelt sind; und dieser erste Vorstoß der internationalen Reaktion der heiligen Allianz hätte sofort durch einen Protest der vereinigten Arbeiterparteien Europas beantwortet werden müssen. Die Initiative darin hätte gewiß die Partei nehmen müssen, deren Land im Kriege gegen China die führende Rolle hat. (Zuruf: Paris!) Ich weiß, in einer Woche wird in Paris ein Protest beschlossen werden; aber es kommt doch nicht darauf an, daß die vereinigten sozialistischen Vertreter protestieren — von denen hat kein Mensch bezweifelt, daß sie geschworene Gegner des Kriegs mit China sind —, sondern es kam darauf an, in allen Ländern die noch nicht sozialistischen Volksmassen aufzurütteln, und in dieser Beziehung fürchte ich sehr, daß unsere Parteileitung nicht nur im eigenen Land sich eine Unterlassung hat zu Schulden kommen lassen, sondern auch in Bezug auf die internationale Solidarität. Wir möchten uns wirklich in weiten Kreisen der Bevölkerung lächerlich machen. Wir wüßten jeden Tag gegen die Weltpolitik, wir donnern gegen den Militarismus in Friedenszeiten; wo es aber einmal wirklich zum Krieg kommt, unterlassen wir es, das Facit zu ziehen und zu ziehen, daß unsere jahrelange Agitation auch wirklich in die Salme geschossen ist. Es ist wahr, die wichtigsten Ereignisse des chinesischen Kriegs, die kaiserlichen Reden, die Abfertigung der Kriegsschiffe nach dem Orient, sind in die Fertigkeit gefallen. Aber um sich während eines solchschweren Kriegs, den Deutschland führt, Ferien zu gönnen, dazu muß man mindestens Reichsanzler sein; wir sind eine Oppositionspartei und als solche muß man auf dem Posten sein. Ich bringe das vor, nicht um an Vergangenes Kritik zu üben, sondern weil wir aus der weltpolitischen Ära jetzt nicht mehr heraus kommen; solche Ereignisse können jeden Tag geschehen und da wollen wir uns in Zukunft auf der Höhe finden. Wir werden in den nächsten Tagen über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen beraten und sie, wenn nicht alles trägt, beschließen. Der wenigste Grund, wenigstens für mich, der einzig sympathische, der für die Beteiligung vorgebracht wird, ist doch der, daß wir neue Gebiete für unsere Agitation suchen müssen. Wie würde um die Jagd nach neuen Agitationsgebieten anzuheben, wenn wir unsere alten unbedeckt lassen. Wo finden Sie eine bessere Gelegenheit zur Agitation als den Krieg, wo eine bessere Gelegenheit, die Massen aufzurütteln, als die neuesten Ereignisse? Hören Sie aber endlich einmal auf, mit den mangelnden Agitationsrednern aufzuwarten; wir haben sie, auch wenn sich unsere Volkswärter nicht wie die Kaninchen vermehren.

**Ditell - Essen:**

Ich mache auf eine ganz besonders häßliche Begleiterscheinung der Weltpolitik aufmerksam. Als die Sammlungen für die Voeren in Blüth waren, als auf dem Welt des Oberpatrioten Krupp die Listen auslagen, da stellte es sich heraus, daß Krupp Granaten gegen die Voeren zu liefern im Begriff war. Jetzt werden aber sogar deutsche Soldaten durch Kruppische Kanonen und Granaten zerschmettert. Sie werden mit mir die Scheußlichkeit, die darin liegt, empfinden. Es wird angebracht sein, überall in den Protestversammlungen darauf hinzuweisen.

**Hoffmann - Berlin:**

Ich werde Ihnen keine Rede über Weltpolitik halten, weil ich der Meinung bin, daß diese viel besser angebracht ist in Volksversammlungen. (Sehr richtig!) Ich stehe auf dem Standpunkt der Genossen Luxemburg und nehme nur das Wort, damit es nicht wieder heißt, es sei nur von einer Seite gesagt worden. An Versammlungsrednern fehlt es uns und wachlich nicht, wie die heutige Debatte gezeigt hat. Ich wünsche, daß der Parteitag den Beschluß faßt, daß das, was veräußert ist, nachgeholt wird.

Von Ledebour ist folgender Zusatzantrag zur Resolution Müller eingegangen: Hinter „Arbeiterklasse“ im letzten Absatz die Worte einzufügen: „deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Selbständigkeit und Freiheit kämpfenden Völker, auch bei dieser Gelegenheit.“

**Hendrich - Karlsruhe:**

Sie werden mir zugestehen, daß, wenn ich einmal Zel. Luxemburg zustimme, sie auch wirklich recht gehabt haben muß (weiterer), und hauptsächlich habe ich schon gestern zugestimmt. Gerade die Süddeutschen, wie Müller, die im Geruch des Opportunismus stehen, und auch wir in Baden hatten die Empfindung, daß vom Norden her mehr Initiative gegen diesen weltpolitischen Kurs hätte gezeigt werden sollen. Dem Schlagwort in der bürgerlichen Gesellschaft: „Die Initiative eines einzelnen Manns“, sollten wir entgegensetzen: „die Individualität“. Ich bin nicht der Meinung, und da komme ich auf den eigentlichen Punkt der Genossen Luxemburg, daß wir, wie sie sagt, vor einer Reaktion stehen. Nein, wir stehen vor einer, vielleicht der letzten Entwicklungsstufe des Kapitalismus; das müssen wir einsehen, und daß wir noch zu schwach sind, dagegen wirksam aufzukommen. Das ist aber für uns kein Grund, jetzt nicht mit größter Energie dagegen loszugehen. Plannende Proteste müssen wir von dieser Stelle aus gegen die Weltpolitik schleudern. Mit seiner Sympathie-Erklärung für die Voeren hat mir Müller aus dem Herzen gesprochen. Die ganze

Welt hat darauf gesehen, wie wir jetzt im Gegensatz zu einer andren Stelle über die Voerenpolitik denken, und da sind kräftige Worte gut; in solchen Dingen ist nichts selbstverständlich.

**Emmel - Mülhausen** beantragt Schluß der Debatte. **Lebedour** spricht dagegen; der Schlußantrag wird abgelehnt.

**Lebedour - Dresden (Land):**

Was mich veranlaßt, in die Debatte einzugreifen, ist ein Wort in der sonst vorzüglichen Rede Schoenlank: „Der Kernpunkt in dem Kampf gegen die Weltpolitik für uns ist der Absolutismus.“ Ich meine, das ist nicht der Kernpunkt der Sache. Der Kernpunkt ist das Aufwachen des gesamten Kapitalismus in allen Ländern zu einer Raubpolitik, die den europäischen, den amerikanischen Kapitalismus in die fernsten Weltteile führt. Gewiß erleichtern uns die Overtoneffekte die Agitation außerordentlich, denn sie erregen selbst das Ehr- und Schamgefühl unserer bürgerlichen Gegner zu Entstellungskampfen in der Presse. Aber im Wesen der Sache sympathisiert die Mehrheit der kapitalistischen Welt mit einer solchen Eroberungslustern Weltpolitik. Man braucht doch nur darauf hinzuweisen, daß dieselbe imperialistische Raubpolitik von den verschiedensten Staaten des bürgerlichen Kapitalismus geführt wird. Wenn unsere Politik von einem Chamberlain oder Mac Kinley geleitet würde, dann würden Sie sehen, daß die Leute, die jetzt ein Unbehagen über die Weltpolitik fühlen, Hotannah jauchzen würden über die neue Ära der Raub- und Völkermordpolitik; genau so wie in England, wie in Amerika. So sehr uns also jetzt die Agitation erleichtert wird, dürfen wir nicht vergessen, darin stimme ich mit Hendrich überein, daß wir es mit welthistorischen Erscheinungen im letzten Stadium des Kapitalismus zu thun haben, die je nach den Entwicklungsstadien der einzelnen Länder bald diese bald jene Form annehmen, aber im Wesen überall gleich sind, im absolutistischen England wie im konstitutionellen England, im republikanischen England und Amerika wie in Deutschland mit seiner undefinierten Regierungsform, die hauptsächlich sogar noch unter Oesterreich hinuntergezinkt ist. Und gerade weil wir als internationale Sozialdemokraten mit den Sozialdemokraten der andren Länder einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Erscheinungen zu führen haben, halte ich es auch für erforderlich, daß wir uns Sympathie für die kämpfenden Voeren ausdrücken, die wohl jeder von uns mit den heißesten Wünschen von Anfang an begleitet hat.

Wir haben leider bei dieser Bekämpfung der imperialistischen Suche in der bürgerlichen Gesellschaft sogar damit zu rechnen, daß bereits einzelne Leute in unsern Reihen davon angekränkt sind. Wir haben es erlebt, daß in einer Zeitschrift, die hier verteilt worden ist, den „Sozialistischen Monatsheften“, von dem Genossen Bernstein dieser imperialistischen Kolonialpolitik das Wort geredet ist. (Lachen.) Sie lachen, Genossen! Ich glaube, es ist kein Grund zu lachen, daß wir genötigt sind, hauptsächlich halb und halbe Verschwörer solcher Imperialismus in unsern Reihen zu bekämpfen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat mit großem Behagen diese und Ausführungen des Genossen Schippel über Handelspolitik citiert und darauf hingewiesen, wie jetzt auch selbst für Kolonialpolitik in den sozialistischen Reihen Stimmen sich erheben: sie citiert da den Satz: „Unter sonst gleichen Umständen hat die höhere Kultur gegenüber der niederen stets das größte Recht auf ihrer Seite, sie hat gegebenenfalls das geschichtliche Recht, ja die Pflicht, sich jene zu unterwerfen.“ Die „Frankfurter Zeitung“ fügt hinzu: „Und dieser Mann lebt in Verbannung in London, während er doch nahezu reif ist, in unser deutsches Auswärtiges Amt einzutreten!“ Das ist nur eine indirekte Bestätigung dessen, was ich vorher gesagt habe. Wenn wirklich unsere Weltpolitik von Leuten von der Intelligenz und Taikraft der Chamberlain oder Mac Kinley und auch Bernsteins, will ich sagen, geleitet würde, dann würde unser Kampf ein sehr viel schwererer sein. Von den bürgerlichen Parteien haben wir nichts zu hoffen. (Beifall.)

**Kloth - Leipzig** beantragt, der Resolution Singer nach dem dritten Absatz einzufügen:

Als weitere Wirkung dieser Politik zeigt sich das Bestreben der Unternehmer und ihrer Verbände, unterstützt von der Regierung und ihren Organen, die nach außen betriebene Politik der Vergewaltigung auf das wirtschaftliche Leben zu übertragen, welches sich in Massenarbeitslosigkeit und Verwahrlosung äußert, die Arbeiterorganisationen zu vernichten.“

**Quack - Frankfurt:**

In den 10 Minuten möchte ich mir zuwiderstellen hervorheben. Wenn nicht eine uferlose Weltpolitik ohne Zusammenhang mit den wirklich treibenden kapitalistischen Kräften getrieben würde, dann würden wir Deutsche nicht die Beschäfte für andre besorgen und die Prügel dafür bekommen; an Stelle richtiger kapitalistischer Direktion wird Anfernenpolitik getrieben, und diese Weltpolitik führt zu einer erschreckenden inneren Verrohung. Wann haben wir früher Sympathie erlebt, wie sie deutsche Krieger jetzt nach Hause schreiben! Wann haben wir eine solche Verrohung des Tons in der nationalen Presse erlebt, wie seit dem Chinakrieg. Bei uns sehen wir dieselbe Erscheinung wie in England seit dem Transvaalkrieg, eine vollständig kulturelle Erniedrigung. In diesen zwei Punkten haben wir Sozialdemokraten den schärfsten Protest einzulegen, den schärfsten Widerspruch gegen die Verbarbarisierung der Welt.

**Dug - Vant:**

In dem Vorwurf gegen den Parteivorstand, daß er in dem Kampf gegen die Weltpolitik nicht die Initiative ergriffen hat, kann ich nicht einstimmen. Schon lange vor der Chinapolitik hat der Parteivorstand schätzenswerte Anregungen gegen die Weltpolitik gegeben. Es wäre doch auch für uns aus der Provinz ein Erkenntnisgewinn, wenn wir uns alles nur aus Berlin kommen ließe. Ebenso hat der Parteivorstand und der „Vorwärts“ während der China-Ereignisse in ausgezeichnete Weise die Führung übernommen. Von einer internationalen Ausdehnung, wie sie gefordert worden ist, kann ich mir auch keine besondere Wirkung versprechen. Die Chinapolitik arbeitet für uns Sozialdemokraten schon so ausgezeichnet. Profitieren muß an dieser Stelle werden gegen die Art und Weise, wie gegen die um ihr gutes Recht kämpfenden Werksarbeiter von der Marxverwaltung vorgegangen worden ist. Ich habe die feste Erwartung, daß die Fraktionsmitglieder, wenn sie Gelegenheit finden, auch diesen Punkt der Regierung gehörig unter die Nase reiben.

**Frohme** beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

**Stuger:**

Ich bin in der sehr erfreulichen Lage, feststellen zu können, daß die Diskussion die Uebereinstimmung sämtlicher Mitglieder des Parteitags, soweit sie zum Wort gekommen sind, ergeben hat, über die Notwendigkeit, scharfen, entschiedenen Widerspruch zu erheben gegen die heutige Weltpolitik im allgemeinen und gegen die vom Deutschen Reich getriebene Chinapolitik im besondern. Ich bin erfreut über diese Thatfache, obgleich sie mich nicht überrascht; denn das, was in der Partei auf diesem Gebiet bisher zum Ausdruck gekommen ist, ließ erkennen, daß in dieser Frage volle Einmütigkeit herrscht, und diese Einmütigkeit wird auch nicht beeinträchtigt durch irgend welche Gegenüberstellungen oder durch Gegenrungen einzelner Parteigenossen, die in schreibendem Widerspruch damit stehen. Ich komme dabei auf ein Wort zurück, das ich am Anfang meines Referats gesagt habe: die scheinbare Verschiedenheit der Meinungen in solchen Fragen wird gewöhnlich nicht hervorgerufen bei der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse, sondern

wird von den Gegnern auf Grund dessen konstatiert, daß wir einzelne Leute in unsern Reihen haben, die unter bestimmten Voransetzungen, die aber nicht zutreffen, solche Meinungen über die Behandlung politischer oder wirtschaftlicher Fragen zum Ausdruck bringen. Hier handelt es sich aber um die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse, und da darf ich es hervorheben — ich erachte es als einen Akt der Gerechtigkeit gegen einen Abwesenden — daß der von Ledebour citierte Parteigenosse in Bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse ganz unserer Meinung ist. Ich persönlich halte es allerdings mit Ledebour nicht für wünschenswert und richtig, daß in der Sozialdemokratie Auffassungen zur Geltung kommen, wie sie zum Teil vorgebracht sind. Aber es entspricht doch den Thatfachen, wenn wir das einstimmige Votum des Parteitags nach außen hin nicht dadurch beeinträchtigen lassen, daß man es so darstellen will, als ob der gegenwärtigen Welt-, Kolonial- und Chinapolitik in unsern Reihen irgend ein Verschwörer existierte.

Die Einwendungen und die Zusätze, die zu der von mir vorgeschlagenen Resolution gemacht worden sind, lassen Sie mich mit kurzen Worten berühren. Eine Resolution, die wir fassen, kann unmöglich alle auf diesem Gebiet einschlägigen Gesichtspunkte enthalten, denn sonst müßten wir eine Prosa schreiben. Für mich hat es sich nur darum gehandelt, die großen leitenden Gesichtspunkte der Weltpolitik der herrschenden Klassen und die Gründe dagegen zu entwickeln, für mich hat es sich darum gehandelt, die prinzipielle Stellung unserer Partei gegen die verwerfliche Weltpolitik, zu bekunden und in einer Resolution zusammen zu fassen. Ich habe wenig Wert darauf gelegt, alle einzelnen Schäden dieser Politik in der Resolution zum Ausdruck zu bringen. Dafür war die Diskussion der geeignete Ort. Indessen erlaube ich gern die Anregung eines Genossen als berechtigt an, daß nämlich infolge der Weltpolitik die sozialen Reformen im Innern vernachlässigt werden. Ich bin deshalb bereit, im Absatz 3 meiner Resolution hinter „zu Frage stellen“ die Worte einzufügen: „soziale Reformen im Innern zu verhindern“. Damit bin ich dem Wunsch des Genossen nachgegeben, aber prinzipiell habe ich diesen Gesichtspunkt auch schon selbst in meiner Resolution betont, denn zu den mühsam errungenen Kulturbewegungen, von denen ich sprach, gehören selbstverständlich auch die Reformen auf sozialem Gebiet. Indessen schadet es nichts, wenn man das nochmals ausdrücklich betont.

Andererseits stehe ich zu den Anträgen Adler und Kloth. Adler will, daß die Ungeklärtheit der Berufung des Grafen Waldersee besonders betont wird. Das ist ein Punkt, den man in der Diskussion zur Geltung bringt; aber wir als Sozialdemokraten sind doch nicht verpflichtet, der Regierung zu zeigen, wie sie klug sein soll. (Hellerkeit.) Die Regierung macht nicht die Politik der Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten machen nicht die Politik der Regierung. Wir haben in der Diskussion auf diese Ungeklärtheit der Berufung des Generalissimus hingewiesen, ich halte es aber nicht für unsere Aufgabe, das in der Resolution zu betonen, zumal da sie dadurch unnötig belastet würde. Was den Antrag Kloth betrifft, so kann man sehr zweifelhaft darüber sein, ob wirklich die Vergewaltigungen der Arbeiter eine notwendige Folge der Weltpolitik sind. Glauben Sie denn ernstlich, daß, wenn die Weltpolitik nicht betrieben würde, keine Vergewaltigungen der Arbeiter stattfänden? Nein, der Kampf zwischen Arbeiterklasse und herrschenden Gewalten, den wir seit 30 Jahren ohne Weltpolitik geführt haben, wird sich fortsetzen bis zum endgültigen Sieg der Sozialdemokratie mit oder ohne Weltpolitik. (Sehr richtig!) So berechtigt an sich die Verurteilung dieser Maßregeln ist, so wenig ist es geeignet, das in dieser Resolution zu betonen.

Die Annahme der Resolution Müller empfehle ich mit dem Zusatz Ledebour. Ich habe keinen Zweifel, daß auch der internationale Kongress in Paris, die gesamte internationale Sozialdemokratie, zu einem Urteil über die Transvaalpolitik gelangen wird. Aus diesem Grunde hätte ich nicht das Bedürfnis gehabt, den deutschen Parteitag mit dieser Frage in diesem Augenblick zu befaßten; nachdem aber die Resolution einmal gestellt ist, bitte ich, sie anzunehmen.

Schließlich noch ein Wort über die Ausführungen gegen die Thätigkeit des Parteivorstands in dieser Frage. Ich habe die Empfindung, daß der imposante Charakter der Manifestation, welche von hier ausgehen soll gegen die Weltpolitik, besser gewahrt worden wäre, wenn das, was gestern bereits genügend erörtert ist, nicht noch einmal, fast möchte ich sagen, mit in den Vordergrund der Diskussion gestellt wäre. Andererseits erblicke ich ein Zeichen der Kraft unserer Partei darin, daß hier die Kritik gegen das Verhalten der Führer so lebhaft einsetzt. Wir werden gern alle Anregungen mit Dank hinnehmen, aber so schämen, wie Zel. Luxemburg es gemacht hat, liegt die Sache dem doch nicht. So ganz war die Partei nicht in einen Dornröschenschlaf verfallen, so schweigsam war die Partei nicht, so wenig agil war auch die Parteileitung nicht. Gesehen wir doch nicht, daß unser vornehmstes Agitationsmittel, unsere Presse, Tag für Tag wiederholt von einer Beurteilung der Weltpolitik. Erwinnern Sie sich weiter der Diskussion im Reichstag bei den Marinenvorlagen beim Kolonialetat! Haben wir da nicht in schärfster Weise die Weltpolitik verurteilt? Daß eine Bewegung dagegen hervorgerufen werden soll, ist auch unsere Meinung. Das sagt auch meine Resolution.

In übrigen wird die lebendige Agitation, die das Votum dieses Parteitags einleitet und die das Votum des internationalen Kongresses verstärken wird, ihre Wirkung nicht verfehlen; sie wird zum Ausdruck bringen die Unversöhnlichkeit der Arbeiterklasse aller Länder mit der Raubpolitik, der Weltpolitik, und der Politik des Kapitalismus, dem heute alle Nationen unterworfen sind.

Ich hoffe, der Parteitag wird meine Resolution annehmen und dann können wir gestützt auf das Votum der stärksten Partei des Deutschen Reiches in den Kampf gegen die Weltpolitik ziehen. (Lebhafte Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

**Lebedour:** Ich habe nicht gegen Bernstein den Vorwurf erhoben, daß er für die heutige deutsche Weltpolitik sich erklärt habe. Ich habe einen Satz aus seinem Artikel verlesen und festgestellt, daß darin die prinzipielle Anerkennung der Weltpolitik liegt. Ich habe gefaselt, daß Bernstein einer kühneren Form der Weltpolitik seine Zustimmung geben würde.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

**Adler-Kiel** zieht seinen Zusatzantrag zurück. Es liegen vor: die Resolution Singer, dazu das Amendement Kloth und das Amendement Müller; zu diesem wieder ein Amendement Ledebour.

**Kiesel-Berlin** hält es für besser, die komplizierte Abstimmung morgen früh vorzunehmen. Vorstehender Ulrich widerspricht diesem Antrag: Wir müssen heute einen Abschluß haben. (Sehr richtig!)

**Lebedour** stellt fest, daß der Antrag Müller nicht ein Amendement zur Resolution Singer, sondern eine selbständige Resolution sei und daß Müller sein (Lebedours) Amendement acceptiert habe, so daß es in die Resolution Müller mit eingegangen sei.

**Ulrich:** Das erleichtert die Abstimmung.

Der Antrag Kiesel wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Singer mit den vom Referenten vorgenommenen Änderungen einstimmig angenommen. Das Amendement Kloth wird abgelehnt. Die Resolution Müller wird gegen einige Stimmen angenommen, die der Vorsitzende, der Einstimmigkeit konstatierte, überließ.

Damit endigen die heutigen Verhandlungen.

Schluß 7/4 Uhr.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)



# Waarenhaus Hermann Tietz.

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49.

**Neubau.**

Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

## Eröffnung nahe bevorstehend.

### Näheres demnächst.

# Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstrasse 132/133 • Rosenthalerstrasse 27/29 und 54 • Oranienstrasse 53/54.

## Der Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen  
vor der demnächstigen Eröffnung unserer Erweiterungsbauten Leipziger-Strasse 134/135, Voss-Strasse 31/32, Oranien-Strasse 52  
erstreckt sich auf sämtliche Abteilungen unsres Geschäfts.

### Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Da wir bei diesem niemals wiederkehrenden Extra-Verkauf nur tadellose Ware anbieten, so können wir diese Gelegenheit zum Einkauf besonders empfehlen.

Die Extra-Preise sind neben den bisherigen auf den Preiszetteln vermerkt.

### Der Extra-Verkauf dauert nur kurze Zeit.

#### Posamenten.

Plüschbesatz, schwarz u. farbig, ca. 2 cm breit	Meter	20 Pf.
Krimmerbesatz, schwarz, ca. 2 cm breit	Meter	17 Pf.
Seidenbesatz, schwarz u. farbig, ca. 2 cm breit	Meter	40 Pf.
Flitterbesatz, schwarz, ca. 1 cm breit	Meter	20 Pf.
Gardinenhalter mit Quaste	Stück 12 u.	25 Pf.

#### Kurzwaren.

Tailen-Verschlässe	Stück	10 Pf.
Schweissablätter	Paar	18, 20, 25 Pf.
Damenstrumpfhalter mit Gurt		45, 75, 85 Pf.
Bettflitze	Stück = 10 Meter	40 Pf.

#### Tapiserie.

Messertasche mit Borte eingefasst und Flanellfutter		1,35 Mk.
Tischdecke, Reinleinen mit Hohlbaum, vorgezeichnet		80 Pf.
Wandschoner, weiss, mit Hohlbaum, vorgezeichnet		70 Pf.
Frühstücksbeutel mit Borte eingefasst, vorgezeichnet		23 Pf.
Brotheutel mit Borte eingefasst, vorgezeichnet		45 Pf.

#### Putzartikel.

Reinseid. Taffetband, ca. 8 cm breit	Meter	42 Pf.
Reinseid. Hohlbaumband, ca. 8 cm breit	Meter	60 Pf.
Gitterschleier mit Punkten, ca. 45 cm breit	Meter 25 u.	35 Pf.
Plissierte Seidengaze, gutes Farbensortiment	Meter	60 Pf.
Schweifreither, einteilig, schwarz und weiss		1 Mk.

#### Weisswaren.

Japoneschleife mit Band besetzt		50 Pf.
Halsrüsche mit Chenille-Enden		3,35 Mk.
Japon-Kopftuch mit Spitze besetzt		1,85 Mk.
Surah-Lavallier mit Fransen		1 Mk.

#### Regenschirme.

Damen- u. Herren-Schirme, Gloria mit Futteral		2,75 Mk.
Damen-Schirme mit Futteral, Paragon-Gestell		3,60 Mk.
Damen-Schirme, Gloria mit Futteral und Silbergriff		3,90 Mk.
Damen- u. Herren-Schirme, Halbseide mit Futteral und Paragon-Gestell		3,20 Mk.

#### Tricotagen.

Normalhemden, Vigogne, 3 Grössen		1,45, 1,60, 1,75 Mk.
Normalbeinkleider, Vigogne, mit Ueberschlag, 3 Grössen		1,25, 1,40, 1,55 Mk.
Korsettschoner	18 Pf., mit Band durchzogen	33 Pf.

#### Strümpfe.

Damenstrümpfe, reine Wolle, engl. lang		70 Pf. u. 1,10 Mk.
Damenstrümpfe, gestrickt, Halbwole, deutsche Länge		70 Pf.
Herrn-Schweisssocken mit Ringeln		38 Pf.
Kinderstrümpfe, Wolle plattiert, 1 + 1 gestrickt, engl. lang.		
passend für das Alter von	1-2 2-3 3-4 4-5 5-6 6-7 7-8 8-10 10-12 12-14 Jahre	
	20 35 40 45 50 55 60 65 70 75 Pf.	

#### Korsetts.

Grau Drell	hohe Form	1,95, halbhoch 2,40 Mk.
Körperstoff	halbhoch	1,45, Empire-Form 1,70 Mk.
Grau Körper	halbhoch	halbhoch 3,00 Mk.

#### Wäsche.

Damenhemden, Priesenform mit Spitze		1,30 Mk.
Damenhemden, Achselschluss mit Spitze		1,45 Mk.
Damenjacken, Barchend mit Spitze		1,55 Mk.
Bettbezüge, Renforcé, Kissenbezug 90 Pf., Deckbezug		3,40 Mk.

#### Schürzen.

Wirtschaftsschürze, gestreift Satin mit Volant und Tasche		1,25 Mk.
Wirtschaftsschürze, weiss mit Spitzen-Ein- und Ansatz		1,20 Mk.
Tändelschürze mit bunt Soutach-Besatz		50 Pf.
Gingham-Achselschürze		1,10 Mk.

#### Baumwollwaren.

Elsasser Renforcé	Meter	33 Pf.
Elsasser Hemdentuch, kräftige Qualität	Meter	33 Pf.
Laken-Dowls, schwere Qualität, ganze Breite	Meter	72 Pf.
Bettmatt, Kissenbreite Meter 60 Pf., Deckbreite	Meter	95 Pf.

#### Tischzeuge.

Halbleinene Servietten, Zwirngewebe	Dutzend	3,90 Mk.
Halbleinene Stubenhandtücher, Zwirngewebe	Dutzend	4,60 Mk.
Küchenhandtücher mit buntem Rand	Dutzend 3 und 3,80 Mk.	
Reinleinen Wischtücher	Dutzend	2,30 Mk.

#### Taschentücher.

Linon mit buntem Rand, Dutzend 1,60, Halbleinen	Dutzend	2,40 Mk.
Weiss, reinleinen	Dutzend 3 und 4,90 Mk.	
Engl. Batist mit bunter Bordüre	Dutzend	1,95 und 2,90 Mk.



Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.) Mainz, 19. September 1900.

Dritter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Da die Mitglieder der Organisations-Kommission den Wunsch haben, an den Verhandlungen über Verkehrs- und Handelspolitik teilzunehmen, wird zunächst Punkt 11 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge

zur Verhandlung gestellt. Zunächst kommen die zur

Presse

gestellten Anträge zur Verhandlung, es sind die Anträge 28-45, 47, 75, 78 und 80. Hieran werden nur die Anträge 37, 41-44, 47, 75, 78 und 80 genügend unterstützt. Weiter wird folgende genügend unterstützte Resolution von Scheibe, Hartmannsdorf und Genossen gestellt:

In Erwägung, daß durch die ungeheuerliche Ausbeutung des deutschen Volkes seitens der Bergwerksbesitzer und ihren Agenten eine für weite Kreise der Bevölkerung nahezu unerträgliche Lage auf dem Kohlenmarkt geschaffen worden ist, spricht der Parteitag die Erwartung aus: a) daß die socialdemokratischen Abgeordneten diese Angelegenheit zur passenden Zeit im Reichstag bzw. in den Landtagen zur Sprache bringen, b) daß diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt wird, falls die Lage des Kohlenmarktes sich bis dahin nicht gründlich geändert hat, c) daß sich die Parteipresse eingehender als bisher damit beschäftigt und die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke näher ventiliert.

Es wird in die Diskussion der Anträge eingetreten. Den Antrag 37 erhebt Hoffmann-Berlin IV für erledigt zu erklären, da im Einverständnis mit dem Vorstand eine Regelung im Sinne des Antrags bereits im Gange ist. Der Antrag wird zurückgezogen. Antrag 41 wird ohne Diskussion abgelehnt.

Den Antrag 42 erhebt Fischer-Berlin abzulehnen. Der Parteisekretär hat die Mitteilung gemacht, daß die vor einigen Jahren schon beschlossene Herausgabe des Handbuchs demnächst erfolgen werde, es wird selbstverständlich von Zeit zu Zeit Ergänzungen erfahren, die man aber nicht jetzt durch Parteivorstand beschließen kann, ehe man etwas Bestimmtes vor Augen hat. - Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 43 wird angenommen.

Antrag 44 wird abgelehnt.

Den Antrag 47 begründet

Hug-Bant:

Der Antrag scheint offene Fragen einzurennen; es liegt auch bereits ein Beschluß des Stuttgarter Parteitags vor, aber es bedarf einer Interpretation und diese möchte ich in einem Amendement geben, um manche Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Parteipresse unmöglich zu machen. Der Antrag ist entstanden, weil wir in der Zeitung des Norddeutschen Volksblatts nicht anerkennen wollten, daß, wenn die Arbeiter einer Werkstatt die Arbeit niederlegen, ohne daß die Gewerkschaft es gut heißt, sie die Aufnahme von Inseraten und unterlagen können. In einem Konfektionsgeschäft in Büdelmühlengasse legten die Schneider die Arbeit nieder, weil die angelegte Entlohnung eines Zuschneiders nicht erfolgt war, und verlangten von uns, die Aufnahme einer Annonce dieses Geschäfts über Arbeiterpreise zu verweigern. Derartige Boykotts können die Gewerkschaften, die Partei und auch das Volk schwer schädigen. Wir ist durch eine Zufallsmehrheit der Auftrag erteilt, den Antrag 47 zu vertreten; ich bitte daher, ihn anzunehmen, aber mit folgendem Zusatz: Der Streik oder die Sperre muß von den dazu berechtigten Organen der Gewerkschaft erklärt oder erkannt sein.

Mollenbuhr:

Wir haben in unserem Parteiprogramm einen Satz, in dem wir fordern, daß alle Gesetze, durch die die freie Meinungsäußerung in irgend einer Weise eingeschränkt wird, abgeschafft werden sollen, und darunter befindet sich auch das Preßgesetz. Nun ist es eine ganz eigentümliche Erscheinung, daß fast auf allen Parteitag Anträge aufkommen, die eigentlich ein socialdemokratisches Preßgesetz herzustellen wollen. Jeden Streit an irgend einem Ort scheint man für eine ausreichende Unterlage für solche Anträge zu halten. Selbstverständlich ist es Pflicht der gesamten Parteipresse, den proletarischen Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln

37. Parteigenossen in Berlin I: Den „Vorwärts“ baldmöglichst in eigene Regie zu übernehmen und in eigener Druckerei herstellen zu lassen, sowie ferner nach der hierdurch eintretenden Verbilligung der Herstellungskosten eine Herabminderung des Abonnementsbetrags vorzunehmen.

Broschüren.

41. Parteigenossen im 20. sächsischen Wahlkreis: Die von der Partei zu Agitationszwecken herausgegebenen Broschüren sollen in kleineren Partien zu denselben Einzelpreisen an die Parteigenossen abgegeben werden, wie dies jetzt bei größeren Partien geschieht.

42. Parteigenosse Lebins, Dortmund: Der Parteivorstand wird beauftragt, alljährlich die Herausgabe eines politischen Handbuchs für die Parteireferenten nach Art der bekannten politischen ABC-Bücher zu veranlassen.

43. Parteigenossen in Remel: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Anweisung über das Vereins- und Versammlungsrecht neu herauszugeben und dabei die durch die Gesetzgebung und die richterliche Rechtsprechung notwendig gewordenen Änderungen vorzunehmen.

„Freie Stunden“.

44. Parteigenossen von Reichenbach-Neurode: Der Leiter der Buchhandlung Vorwärts soll veranlaßt werden, daß er eine vollständigere Auswahl der Romane für „Freie Stunden“ vornimmt. Der jetzt erscheinende Roman „Der Sohn des Rebellen“ kann trotz seines für deutsche Leute hochinteressanten Inhalts nicht als geeignet für das Volk gehalten werden.

Localpresse.

47. Parteigenossen in Pant-Wilhelmshafen: Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, bei welchen sich die Arbeiter im Streik befinden, oder über welche von der betreffenden Organisation die Sperre verhängt ist, für die Dauer dieses Streiks bezu. Sperre keine Geschäftsempfehlungen aufzunehmen.

75. Der Parteitag möge aussprechen, daß den Leitern der Arbeiterblätter aufgegeben wird, mehr wie bisher in den Ausführungen auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es von einigen Blättern bereits geschieht.

78. Dem Centralorgan der socialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“ (Berl. Volksbl.), ist allmonatlich eine Beilage, die kommunalpolitische und sonstige in dieses Gebiet gehörige Fragen erörtert und bespricht, beizulegen.

H. Habicht, Schmidt (Frankfurt a. M.).

80. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu lassen, welche in eingehender Weise und im Licht der materialistischen Geschichtsauffassung des Streben des katholischen Klerikals zum Erlangung der politischen, socialökonomischen und allgemeinen geistigen Weltbeherrschung behandelt.

H. Göller, Schmidt, H. Habicht, Frankfurt a. M.

zu unterstützen. Aber durch die Annahme solcher Anträge wird man Sachen, von denen man glaubt, daß sie nicht dazu dienen, nicht aus der Welt schaffen. Streik durchgeführt würde ja ein solcher Antrag in seiner äußersten Konsequenz darauf hinauslaufen, daß ein Parteiblatt gar keine Annoncen aufnehmen darf. (Sehr richtig!) In der Parteipresse finden Sie Anzeigen von großen Warenhäusern; wer will es kontrollieren, ob in diesem bunten Gewimmel von Waren nicht ein großer Teil von Waren vorhanden ist, die in irgend einem Geschäft hergestellt sind, wo gestreift wird und wo Streikbrecher die Hersteller waren. Wenn Sie aber aus den Etat unserer Zeitungen alle Einnahmen aus Annoncen streichen wollten, dann würde ein großer Teil unserer Presse überhaupt nicht mehr existenzfähig sein. Selbstverständlich ist, daß wenn in einem Orte ein Streik ausbricht, Arbeitseinsparungen von den betreffenden Geschäften nicht aufgenommen, und wenn ein Boykott unzweifelhaft vorliegt, die boykottierten Waren nicht empfohlen werden. Dazu braucht es solcher Anträge nicht. Stellen Sie alle diese Anträge zusammen, dann bekommen Sie ein Preßgesetz, umfangreicher als das Reichs-Preßgesetz, und schließlich werden wir noch einen Beschluß fassen müssen, das socialdemokratische Preßgesetz aufzugeben.

Hoffmann-Hamburg:

Mich veranlaßt noch ein anderer Grund, gegen den Antrag zu sprechen. Die großen Geschäfte schließen ihre Annoncenverträge mit den Zeitungsredaktionen meistens auf einen größeren Zeitraum ab. Wird der Antrag angenommen, so würden große Schwierigkeiten und weitere Streitereien entstehen.

v. Elm:

Die Ausführungen Mollenbuhrs gegen den Antrag klingen ja recht schön und nett, aber wir sind vorläufig nicht im Stande, unsere idealen Forderungen zu verwirklichen, wir leben in einer Zeit des Kampfes, und die Gegner üben uns gegenüber nicht die Rücksichtnahme, die Mollenbuhr ihnen gegenüber üben will. Den Gegnern fällt es durchaus nicht ein, in ihren Zeitungen Annoncen zu veröffentlichen, in welchen wir bekannt geben, daß eine Sperre verhängt ist. Sie benutzen ihre Presse unter allen Umständen zum Kampfe für den Kapitalismus. Und nun verlangt Mollenbuhr, daß wir uns demgegenüber auf den idealen Standpunkt zurückziehen sollen! Auch die Kontrolle ist nicht so schwer, die Streikzeitung könnte ja auch den einzelnen Lokalläutern von dem Streik Mitteilung machen. Wenn gesagt wird, daß die Kontrolle meist auf längere Dauer geschlossen sind, so haben wir es doch beim Abschluß der Kontrakte in der Hand, eine Klausel hineinzubringen, die derartige Fälle vorbeugt. Es liegt durchaus kein Grund vor, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern, wohl aber es liegen recht viele Gründe für den Antrag vor. Ich empfehle Ihnen die Annahme, schon um Differenzen an einzelnen Orten vorzubeugen.

Hoffmann-Berlin 4:

Ich schließe mich aus praktischen Erfahrungen heraus den Ausführungen Elm an. Wir haben diese Einrichtung auch beim „Vorwärts“ getroffen und sind dabei ganz gut gefahren. Selbstredend darf man hier nicht verallgemeinern, sondern muß von Fall zu Fall entscheiden. Für die große Masse unserer Parteigenossen wäre es unverständlich, wenn im redaktionellen Teil über eine Lohnfreiheit eine Entlohnung laut würde und im Annoncenteil eine Anzeige der betreffenden Firma stünde. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Geld nicht sinkt. Selbstverständlich kann sich der Antrag nur gegen die Firma richten, bei der die Streitigkeiten ausgebrochen sind, wir können aber nicht kontrollieren, wo die betreffenden Waren angefertigt sind. Auch damit, daß bei Annoncen-Kontrakten eine Klausel für derartige Fälle aufgenommen wird, bin ich einverstanden. Wir dürfen die im Kampf stehenden Arbeiter nicht schädigen. Davon, daß wir durch diesen Antrag ein neues Preßgesetz schaffen, kann doch keine Rede sein. Wir haben keine Ursache, schämevoller zu sein, als unsere Gegner. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Mollenbuhr:

Elm hat meine Ausführungen wohl nicht angehört, sondern sich von jemand erzählen lassen, ich hätte behauptet, wir denken gar nicht an Kampf. (Widerpruch.) Wer ihm das erzählt hat, der hat ihm einen gehörigen Bären aufgebunden, denn ich habe kein Wort davon gesagt. Ich halte es nur für sonderbar, daß wir in unserem Programm die Beteiligung der Preßgesetz fordern und hier fort und fort nach Beschränkungen der Presse rufen. Lieber die Mittel, die im wirtschaftlichen Kampf nötig sind, zu entscheiden, muß dem Volksgesühl der Leiter der Zeitungen überlassen bleiben; es möchte schon gar kein im Klassenkampf erprobter Mann sein, wenn er das nicht hätte, was im Interesse der Arbeiter liegt. Wenn Sie keine Leute haben, die dies empfinden besitzen, so werden sie auch durch Beschlüsse nichts daran ändern. Es wäre interessant, einmal die verschiedenen von uns geschaffenen Preßgesetze zu sammeln. Oft widersprechen sich diese Beschlüsse direkt und können in der Praxis gar nicht ausgeführt werden. Gewiß wäre es möglich, eine Streiklausel in jeden Annoncenkontrakt aufzunehmen. Aber es ist doch bedenklich, daß wir, die wir die Streiklausel als unzulässig bekämpfen, hier selbst solche Klausel beifügen. (Sehr wahr.) Wir geben damit einen Teil der Waffen aus der Hand, die wir sonst gegen die Einführung der Streiklausel brauchen, und wir legen uns damit dem Vorwurf der Heuchelei aus. Ich glaube auch nicht, daß die Annahme des Antrags an den bestehenden Zuständen etwas ändern wird. Heute nehmen wir ja schon bei Boykotts nicht nur keine Annoncen der boykottierten Firmen, sondern auch keine Annoncen solcher Firmen an, die ihren Bedarf bei boykottierten Firmen decken. Wir gehen also schon viel weiter, als es der Antrag verlangt. Nehmen Sie den Antrag an; er würde an den Verhältnissen nichts ändern und uns höchstens in der Öffentlichkeit schaden.

Scheidemann-Rürnberg:

Ich bitte, den Antrag 47 mit dem Amendement Hug anzunehmen. Das, was Mollenbuhr von dem socialdemokratischen Preßgesetz gesagt hat, hört sich ja sehr nett an, trifft aber nicht den Kern der Sache. In dem Hugschen Amendement bitte ich die Worte „oder örtliche“ zu streichen. Durch die Beschlüsse einer kleinen örtlichen Gewerkschaftsgruppe können die Redaktionen in unangenehme Situationen kommen. So ist es und in Nürnberg gegangen; eine große Fabrik, deren Waren boykottiert waren, schloß mit der großen Gewerkschaftsorganisation des Bezirks Verträge; alle Parteiblätter brachten nun wieder die Inserate der Fabrik, halbe Seiten groß, nur wir in Nürnberg durften es nicht, die örtliche Verwaltungsstelle der Organisation hat uns abgehalten. Wenn aber der Centralvorstand gesagt hat: es wird gemacht, dann darf die örtliche Verwaltung nicht sagen: es wird nicht gemacht. Ein Vorredner wies auf die längeren Verträge über Inseraten aufnahmen hin, die die Expeditionen manchmal eingingen. Das ist doch kein Hindernis, wenn ein solcher Vertrag besteht und daraufhin ein Inserat eines boykottierten Geschäfts aufgenommen werden muß und auf der vierten Seite steht, dann würde ich mich keinen Augenblick bedenken, auf der zweiten Seite im lokalen Teil zu schreiben: Lieber sind wir gewarnt, das Inserat aufzunehmen, aber, bitte, laßt bei dieser Gesellschaft nicht! (Heiterkeit.)

Vorsitzender Singer stellt fest, daß das Wort „örtlich“ im Amendement Hug nicht enthalten ist.

Engler-Freiburg i. B.:

Die Vorster schließen mit ihrem Antrage neben das Ziel. Gerade ihr Antrag wird Anlaß zu vielen Streitigkeiten geben. Wir sollten ihn ruhig ablehnen; wir ist kein Fall bekannt, wo die Redaktionen der Parteiblätter nicht alles getan haben, um streikende Arbeiter zu unterstützen. In den Gewerkschaften wird jetzt Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Partei verlangt. Andererseits fordern sie

beständig jede Dienstleistung und kräftige Unterstützung von der Partei. Wenn man aber die eigene Unabhängigkeit so betont, dann sollte man auch die Unabhängigkeit der Redaktionen anerkennen. Die Redaktionen thun ihre Pflicht, mehr als manche Gewerkschaften der Partei gegenüber.

Mozorowski-Stuttgart:

Der Boykott ist ein wesentliches Kampfmittel. Schlimmer noch als die Aufnahme des Inserats einer Firma, bei der gestreift wird, ist die Aufnahme der Geschäftsempfehlung einer inserierenden Firma, die boykottiert ist. Ich bitte den Antrag 47 mit dem Amendement Hug anzunehmen.

v. Elm:

Mollenbuhr muß mich mißverstanden haben. Ich habe nicht sagen wollen, Mollenbuhr denke gar nicht an einen Kampf. Mollenbuhr: Aber gesagt hast Du es! Wenn die Expeditionen der Zeitungen es immer selbst richtig gemacht hätten, dann würden solche Streitigkeiten nicht entstanden sein. Mollenbuhr wird wissen, daß in seinem Orte bereits recht erhebliche Differenzen zwischen der Arbeiterpresse und der Zeitung entstanden sind, weil diese sogar ganz direkte Bekämpfe für das boykottierte Geschäft gemacht hatte. Also so was ist durchaus möglich. Der Hinweis auf unsern Kampf gegen die Streiklausel ist nicht angebracht: es ist ganz etwas anderes, ob es sich um einen kommunalen oder staatlichen Vertrag oder um eine private Abmachung handelt. Es mag sein, daß der Antrag nicht immer wirksam sein wird; selbstverständlich hat die Streikzeitung die Pflicht, die Redaktion rechtzeitig aufmerksam zu machen, sonst kann sie sich nicht beschweren. Wenn ein Genosse sich auf die Gewerkschaften gegenüber der Partei beruft, so ist das ein ganz falscher Standpunkt; hier handelt es sich doch um Arbeiterblätter, die auch von den Gewerkschaftsmittgliedern gelesen werden sollen. Es ist hier ein Gegenständigkeitsverhältnis vorhanden; es wird einfach von den Arbeitern nicht verstanden, wenn während eines Kampfes die Zeitung die betreffende Firma im Annoncenteil noch empfiehlt. Es wäre ja nicht ganz so schlimm, wenn alle Arbeiter die ganze Zeitung lesen würden, aber wie viele lesen nur den Annoncenteil, und diese indifferente Masse müssen wir berücksichtigen und ihre nicht boykottierten Geschäfte empfehlen; auch das ist ein Grund zur Annahme des Antrags.

Schäfer-Stuttgart:

Auch ich erlaube mir Annahme des Antrags. Es geht nicht an, daß das Arbeiterblatt die Arbeiterpresse in ihren Kämpfen in dieser Weise behindert. Wir nehmen ja auch unzulässige und Heiratsannoncen nicht an.

Hug-Bant ändert sein Amendement dahin ab: „Der Streik oder die Sperre muß von den Centralorganen der Gewerkschaften erklärt und anerkannt werden.“ Mit diesem Amendement wird der Antrag 47 angenommen.

Den Antrag 75 begründet

Frau Greifenberg-Berlin:

Dieser Antrag spricht schon für sich selbst. Ich bitte Sie aber, auch im Interesse der Zeitungen selbst ihn anzunehmen, weil die Frauen eine Zeitung viel eher lesen, wenn sie unterhaltsam und für sie Wichtiges darin finden. Wie oft ist mir gesagt worden: was in der Zeitung steht, verstehen wir nicht. In der großen Mehrzahl der Arbeiterpresse wird nichts für die Frauen geschrieben. Ich erlaube mir Annahme des Antrags, aber auch nachher dafür zu sorgen, daß er ausgeführt wird.

Wider-Riel:

Ursprünglich plante der Antrag eine besondere Frauenbeilage. Das wäre verfehlt. So aber erlaube ich mir Annahme des Antrags, schon um den Frauen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kommt darauf an, vollständig und leicht verständlich zu schreiben. Das ist dann nicht nur auf die Frauen berechnet, sondern überhaupt auf diejenigen, die sich noch nicht zum socialdemokratischen Verständnis durchgerungen haben.

Schöpflin-Chemnitz:

Zweifellos wäre es agitatorisch sehr gut, wenn die Arbeiterpresse von den Frauen mehr gelesen wäre, aber um für die Frauen zu schreiben, müssen wir doch Material haben. Es müssen Frauen da sein, die populär schreiben und uns das zur Verfügung stellen. Daron fehlt es aber; die „Gleichheit“ ist ja ein Frauenblatt, ist aber nicht für die Masse der Frauen. Das statistische Material wird nicht einmal von einem großen Teil der Leserinnen der „Gleichheit“ verstanden. Annehmen können wir den Antrag ja, aber so lange und nicht Material gegeben wird, ist er überflüssig.

Der Antrag wird angenommen.

Den Antrag 78 begründet

Habicht-Frankfurt a. M.:

Es würde für unser Vertreter in den kleinen Kommunen von großem Wert sein, wenn sie das Material zur Hand haben, um in ihrer kommunalen Ämterpolitik dahin zu wirken, daß die Straßenbahnen billige Arbeitertarife einführen, daß Lokale gebaut werden für alle Parteien. Wie z. B. hier die Stadthalle, in Bezug auf die Errichtung von Wärdern usw.

Wanusch:

In der vorliegenden Form erlaube ich um Ablehnung des Antrags. Wollen Sie ihm näher treten, dann überweisen Sie ihn dem Parteivorstand zur Erwägung. Der „Vorwärts“ hat in den letzten zwei Jahren eine ziemlich ausgiebige Angelegenheit erfahren, und das geschieht ja jetzt auch weiter. Die Verhältnisse in den großen Gemeinden lassen sich aber meistens gar nicht auf die kleinen Gemeinden insbesondere die Landgemeinden übertragen, man kann nicht skalieren. Wenn unsere Vertreter in den kleinen Gemeinden Aufklärung für ihre Wirksamkeit in ihren Gemeindevestretungen brauchen, so können sie entweder bei der Agitationskommission der Provinz oder wenn da nicht zugänglich, bei der Parteileitung Auskunft erhalten.

Scheibe-Hartmannsdorf:

Als Gemeindevertreter in einer ländlichen Gemeinde bitte ich dringend, den Antrag anzunehmen oder ihn wenigstens dem Parteivorstand zu überweisen. Solches Organ ist für die Gemeindevertreter recht notwendig. Gerade in kleinen Gemeinden können mancherlei Dinge vor, die sich mit dem Programm nicht vertragen; da kann ein solches Organ sehr nützlich wirken, auch wenn es etwas als monatliche Beilage dem „Vorwärts“ beiliegt.

Antrag 88 wird hierauf dem Parteivorstand zur Erwägung überwiehen.

Antrag 80 begründet:

Göller-Frankfurt a. M.:

Schon in Stuttgart regte ich bei Wanusch die Herausgabe eines solchen Buchs an. Er sagte mir, man habe sich schon mit Bollmer über die Abfassung einer solchen Schrift verständigt. Es ist aber nichts geschehen, und doch ist ein solches Werk ein dringendes Bedürfnis. Der Militarismus ist überall mächtig im Vordrücken begriffen, während der Liberalismus in Deutschland an Boden verliert. Da müssen wir viele Leute mit besserem Rüstzeug versehen. Wie ich höre, schreibt Hoch eine Broschüre über das volkreiterische Verhalten des Centrums im Parlament. Das genügt aber nicht, das Wesen des Militarismus muß in seinen innersten Tiefen aufgewiesen werden. Die ganze Frage muß wissenschaftlich und historisch behandelt werden. Als gestern über die Westpolitik verhandelt wurde, ist es manchem aufgefallen, daß der Militarismus des Kapitalismus, der Missionare, gar nicht gedacht wurde. Das eine Beispiel zeigt schon, wie notwendig ein solches Werk ist.

**König-Bochum:**

In meinem Bezirk dominiert der Katholicismus. Wir, die wir die Bewegung dort fördern sollen, müssen mit Mission verfahren werden. Wenn wir gegen den Ultramontanismus ankämpfen, dann spielen die Pfaffen die Frage auf das religiöse Gebiet herüber. Deshalb brauchen wir eine Broschüre gegen das Centrum. Für billiges Geld muß sich auch der minderbemittelte Arbeiter eine solche Schrift kaufen können. Bisher liegen nur Bruchstücke vor. Da haben wir die Schrift von Lütgenau: 'Natürliche und sociale Religion'. Auch in der 'Geschichte des Socialismus' ist hierüber manches enthalten. Einige empfehlen auch den 'Pfaffenpiegel', aber solche Sachen eignen sich nicht, um katholische Arbeiter für uns zu gewinnen (Sehr richtig!) und doch müssen wir der schwarzen Garde energisch auf den Leib rücken. Wir haben in Westfalen manches leuchtende Licht gehabt, das den Kampf gegen den Katholicismus führen wollte. Leider sind die Sterne bald verblüht und die Agitation liegt ausschließlich auf den Schultern der Arbeiter. Um so nötiger ist eine kurze, billige Broschüre für die Arbeiter.

**Fischer-Berlin:**

Das, was der Vordrucker ausführte, war nicht die Begründung des Antrags, denn der Antrag verlangt ja nicht eine Agitationsbroschüre, sondern eine wissenschaftliche Widerlegung der ganzen ethischen und politischen Auffassung des Katholicismus, des Christentums überhaupt. Nun sage ich gewiß nicht, daß wir eine solche Schrift nicht brauchen können, aber von dem Gedanken, eine solche Schrift unter dem Gesichtspunkt der Agitation für den politischen Tageskampf, namentlich in kleinen Städten und auf dem Lande, zu verlangen, müssen wir absehen. Wenn wir einen Schriftsteller finden, der diese Aufgabe zu lösen geneigt und fähig ist, so spricht gewiß nichts gegen die Herausgabe einer solchen Broschüre. Viel wirksamer aber für die Agitation ist eine Broschüre, die an Hand altertümlicher Materialien, an Hand der tatsächlichen Aktionen des Centrums nachweist, wie sehr die Handlungen dieser Partei in Widerspruch zu seinen Reden und Versprechungen stehen. Eine solche, von Genossen hoch verachtete Schrift wird schon in den nächsten Tagen erscheinen; es wird darin aus den Vorgängen der letzten Session nachgewiesen, in welchen Widerspruch Theorie und Praxis des Centrums steht, selbst bei der Behandlung von Petitionen, die aus Arbeiterkreisen gekommen sind. Diese Broschüre wird als Massenbroschüre zu billigem Preise abgegeben, damit sie in die Kreise der katholischen Arbeiter hineingeworfen werden kann, um auch bei ihnen das Massenbewußtsein zu wecken und ihnen zu zeigen, daß sie in eigenem Interesse gemeinsame Sache mit den socialdemokratischen Arbeitern gegen die katholischen Ausbeuter und Geschäftspolitiker zu machen haben. (Sehr wahr.) Solche Broschüre halte ich für wirksamer als eine theoretische Schrift, aus der unsre Leute vielfach mangels der nötigen Vorbildung einige Schlagworte herausgreifen und in der Hitze des Gefühls die Gefühle der katholischen Arbeiter verletzen und damit das thun, worauf die Pfaffen in erster Linie spekulieren. Wir müssen den katholischen Arbeiter bei seinem Klasseninteresse pöden, die philosophische Schulung kommt dann später nach. (Sehr richtig.)

Hiermit schließt die Debatte, der Antrag wird abgelehnt.

Die Resolution betr. die Kohlennot begründet

**Scheibe-Hartmannsdorf:**

Ich will Ihre Zeit und Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Der 13. und 16. sächsische Wahlkreis hat mich beauftragt, die Resolution zu vertreten. Es ist doch selbstverständlich, daß der Parteitag sich mit der Lage des Kohlenmarktes beschäftigt, denn die Verteuerung der Kohlen hat eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Grubenbesitzer und ihre Agenten haben es so darzustellen, als seien die Streiks der Bergarbeiter die Ursache der Kohlennot und diese Ansicht ist leider auch unter manchen Arbeitern verbreitet. Daß die Kohlenfrage im Reichstage zur Sprache gebracht werden soll, hat ja Stammler neulich schon betont. Wir brauchen unsre Abgeordneten gewiß nicht an ihre Pflicht zu erinnern, sie erfüllen sie von selbst. Aber die Parteipresse hat ihre Pflicht vernachlässigt, bürgerliche Blätter haben weit eher auf die Kohlennot hingewiesen. Erst durch die künstliche Nachfrage ist die Not gesteigert worden. Darauf hätte die Presse hindeuten müssen. Verschiedene bürgerliche Journalisten erklären sich für die Verstaatlichung, umso mehr sollten wir dazu Stellung nehmen und nach vorausgegangener Erörterung in der Presse auf dem nächsten Parteitag darüber sprechen.

**Schöpsin-Chemnitz:**

Auch ich bitte um Annahme der Resolution. Es ist leider wahr, daß unsre Parteipresse in dieser Beziehung nicht auf dem Posten war, neben der Kritik der Kohlennot hätte unsre Presse auch Mittel zur künftigen Verhütung solcher Katastrophen vorschlagen sollen. Das ist nicht geschehen, selbst der 'Vorwärts' hat sich nur mit der bekannnten an ihm gewohnten Vorsicht mit ein paar Federstrichen mal für die Verstaatlichung der Bergwerke ausgesprochen. In Sachsen ist die Kohlennot auf das höchste gestiegen, die Paule ist künstlich hervorgerufen. Es ist notwendig, daß wir diese Frage einmal eingehend erörtern; in welcher Form das geschieht, ist Nebensache. Durch ein Referat auf dem nächsten Parteitag würde unsre agitatorisch tätigen Genossen schätzenswertes Material an die Hand gegeben werden. Fürchten Sie nicht, daß durch die Verstaatlichung der Bergwerke etwa die Grubenarbeiter geschädigt werden! Nehmen Sie die Resolution an, auch wenn sie einen staatsocialistischen Beigeschmack hat!

**Fischer-Berlin:**

Wenn ich Schöpsin richtig verstanden habe, so hat er es gewissermaßen gemißbilligt, daß der 'Vorwärts' die Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben zu vorsichtig behandelt habe. Ich bin im Gegenteil der Meinung, das unser Centralorgan die Pflicht hat, diese Frage sehr vorsichtig zu behandeln. (Sehr richtig!) und daß wir alle Veranlassung haben, daß Schlagwort von der Verstaatlichung der Bergwerke heute mit aller Reserve in Volksversammlungen zu behandeln. (Sehr wahr!) So plausibel diese Forderung in der Theorie erscheint, so dürfen wir doch die praktischen Verhältnisse und die politische Lage nicht außer acht lassen. Wir brauchen uns nur der Zustände in den sächsischen Gruben und der Haltung der Regierung beim Streik im Saarrevier zu erinnern, wir brauchen nur daran zu denken, wie die ganze Sozialpolitik in Deutschland immer vom Gesichtspunkt der Großindustriellen, der Kohlenjunker und Grubenbarone betrieben wird, dann haben wir allen Grund zur Vorsicht in der Behandlung dieser Frage. Der 'Vorwärts' hat also recht daran getan, daß er nicht in die große Agitationstrompete einstimmt; er hat durchaus die Aufgabe erfüllt, die ihm als Centralorgan gestellt ist. Wenn einmal ein Eifer des Kampfs in einem kleinen Parteiblatt der Provinz solch Schlagwort mehr in den Vordergrund gestellt wird, als es praktisch angeht, so ist der Schaden nicht so groß, aber das führende Organ darf nicht nur nach Augenblicksstimungen handeln. (Sehr richtig.) Es kommt doch bei dieser Frage auch die politische Abhängigkeit Tausender von Arbeitern in Betracht, wir dürfen uns nicht von einem bloßen Schlagwort leiten lassen und in das entgegengelegte Extrem verfallen, in dem die Partei sich früher bewegt hat, wo wir gegen jede Verstaatlichung waren. Heute müssen wir uns immer fragen, in welche Lage die Arbeiter dadurch kommen, wie ihre politische und sociale Abhängigkeit der Regierung gegenüber unter Umständen erhöht wird und endlich auch, ob nicht gerade durch diese Verstaatlichung die Macht der Regierung, ihre Unabhängigkeit dem Parlamente gegenüber gestärkt, die Volksvertretung aber noch mehr in ihren Rechten und Einflüssen geschwächt wird, als dies heute schon der Fall ist. Wir werden uns ja nachher über die Votumsfragen unterhalten und da werden die Gegner der Wahlbeteiligung sich fragen müssen, ob sie nicht gerade an der Hand dieser Betrachtung ihre Ansichten zu revidieren gezwungen sind.

**Sache Zwidau:**

Gegen eine Auffassung Scheibes muß ich Verwahrung einlegen. Schon vor dem Streik ist ein Preisausschlag erfolgt und

nach dem Streik, der, wie ich, ausdrücklich hervorhebe, verloren gegangen ist, bei dem die Bergarbeiter nichts erreicht haben, haben die Bergwerkbefitzer die Preise ganz gewaltig in die Höhe geschraubt. In Westfalen ist ja in den hauptsächlichsten Kohlenrevieren gar nicht gestreikt worden, ebensowenig in Sachsen, sondern nur in Sachsen. Allerdings ist dort 10-15 Pf. Schichtlohn zugelegt, aber für die Lohngestaltung bedeutet das gar nichts, denn gearbeitet wird so gut wie gar nicht im Schichtlohn, sondern im Gebirge, d. h. im Accord. Die Verdienste der Bergarbeiter sind allerdings gestiegen, aber nicht durch Lohnerhöhung, sondern durch Ueberhörsichten, Verhörsichten und namentlich durch kolossale Erweiterung der Sonntagarbeit. Die nächste Abrechnung der sächsischen Aktiengesellschaften zeigt, daß die Kohlenverwertung ist nur vergrößert durch den Raubzug der Vereine für die Interessen der Bergwerkbefitzer. Trotz des verlorenen Streiks ist im Zwidauer und Eugauer Revier der Preis am 1. April um 25 Proz. gestiegen. Aber eine andre Frage ist nicht gestreift worden: Trotz der Kohlennot hat die Regierung an eine Verringerung der ermäßigten Ausfuhrtarife nicht gedacht. In den Nachbarländern wird unsre Kohle um 20 Mark per Doppelwagen billiger gekauft als in Deutschland; es ist dieselbe Ercheinung wie in der Eisen-, Zunderindustrie usw., auch dagegen muß die Arbeiterpresse protestieren. Die Resolution verlangt ja glücklicherweise nicht die Verstaatlichung der Bergwerke, sonst könnte ich ihr nicht zustimmen. Fischers Ausführungen unterschreibe ich vollkommen. Wir müssen der Verstaatlichung der Bergwerke gegenüber sehr vorsichtig sein. Die internationalen und unsre Bergarbeitertage haben sich nicht entschieden können, die Verstaatlichung der Bergwerke zu fordern. Das Koalitionsrecht der Bergarbeiter, das jetzt schon so gut wie gar nicht existiert, würde dann ganz vernichtet werden. Sind denn die Kohlen in den staatlichen Betrieben billiger? Mit nichten. Die Frage ist noch nicht spruchreif, sie muß erst reichlich ventilirt werden. Der Staat bemächtigt sich nicht der Produktion, um eine Verteilung oder gerechte Verteilung der Ware herbeizuführen, sondern nur der Fiskus würde sich dadurch eine neue Einnahmequelle eröffnen, wie es ja auch mit den Eisenbahnen geschehen ist. Ich kann Ihnen die Resolution allerdings zur Annahme empfehlen, weil sie etwas Bestimmtes nicht anspricht, aber bitten möchte ich, diese Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen.

**Frohme:**

Es ist eine recht unangenehme Ercheinung, mit der ich mich kurz beschäftigen will. Gestern erlebten wir, daß Frau Lugenburg ohne Kenntnis der Thatfachen behauptete, unsre Presse habe in der Verleumdung der Welpolitik nicht ihre Schuldigkeit getan, und heute erleben wir dasselbe bezüglich der Kohlenfrage von Schöpsin. Er muß unsre Parteipresse gar nicht verfolgt haben, sonst müßte er wissen, daß zur Frage des Kohlenwunders und allem, was damit zusammenhängt, die Parteipresse in der ausgiebigsten Weise Stellung genommen hat. Es ist mir nicht ein einziges Parteiblatt in Erinnerung, von dem sich sagen ließe, daß es dieser überaus wichtigen und die weitesten Volkskreise erregenden Frage nicht die gefällendste Aufmerksamkeit geschenkt hat in einer Weise, die den berechtigten Interessen des Volks und unsren Grundfragen in vollem Maße entspricht. Es macht keinen angenehmen Eindruck, wenn solche Vorwürfe an die Presse gerichtet werden, die sie nicht verdient, und ehe man in der glücklichen Unwissenheit solche Vorwürfe anstellt, sollte man sich informieren. Auch unsre Proleten hat diese Angelegenheit in ausgiebiger Weise in wiederholten Malen im Reichstage behandelt, sie hat ihre Schuldigkeit ebenso getan wie unsre Presse. Auf die zutreffenden Darlegungen der beiden Vordrucker näher einzugehen, erübrigt sich.

**Schöpsin-Chemnitz:**

Was Frohme mit einer Rede, um die ihn ein Staatsanwalt beneiden könnte, herausschüttelt hat, ist mir nicht eingefallen zu sagen. Ich habe einfach verlangt, daß Leute, die die Sache kennen, sich mit ihr gründlich beschäftigen. Direkt eine Verstaatlichung habe ich noch nicht verlangt. Wie kommt Frohme zu seinem väterlichen Ton, mit dem er mir gänzliche Unwissenheit vorwirft? Ich lese die Parteipresse ebenso wie er und verstimmt mich ich noch mehr. Gewiß hat sie kritisiert, aber was ich vermisst habe, das sind Mittel und Wege zur Abhilfe. Ta muß mehr gesehen und deshalb wünsche ich eine eingehende Beratung auf dem nächsten Parteitage.

**Düvel-Essen:**

Auch ich muß es für grundföhllich erklären, daß die Kohlenverwertung durch den sächsischen Streik mit verursacht ist. Wenn man das behauptet, liefert man ja gerade den Unternehmern Waffen in die Hand. Es ist auch nicht einmal wahr, daß der Arbeitermangel Schuld ist, denn Hunderte von hochlohnerten Arbeitern laufen beschäftigungslos zwischen den Bergwerken herum. Es ist auch nicht wahr, daß die gestiegenen Löhne der Arbeiter die Kohle verteuert haben. Der Dortmund-Handelskammer-Bericht stellt ja ausdrücklich fest, daß die 200 000 Arbeiter des Dortmunder Ober-Bergamtsbezirks im vergangenen Jahre dieselbe Förderung an Kohlen erzielt haben, dazu aber eine um 15 Proz. höhere Förderung der teureren Nebenprodukte. Also den Arbeitern irgendwie die Schuld aufzubaden zu wollen, widerspricht direkt den Thatfachen. Auf der andren Seite aber liegt eine planmäßige Einschränkung der Produktion vor, indem die Kohlenladore Grubenfelder angekauft haben, aber nicht erschließen.

**Fran Dunser-Leipzig:**

Hier haben wir einen Stoff, der sich zur Agitation in den weitesten Kreisen eignet. Die Kohlenverwertung kommt kleinen Leuten in den eufertesten Dörfern, in den entlegensten Bezirken zum Bewußtsein. Wo sonst unsre Agitation nicht zu fassen kann, die Empörung über die starke Belastung durch die Kohlenverwertung hat auch die Hausfrauen ergriffen, an die wir sonst schwer herankommen. Wir müssen nur statistisches Material in die Hand bekommen, wie es die Ausführungen Sachsés bieten. Die Kohlenpreise sind an einzelnen Orten um 50 Proz. gestiegen, so daß die kleinen Budgets stark belastet werden. Die Behauptung, daß der Streik der Grubenarbeiter die Erhöhung der Kohlenpreise bewirkt habe, ist vom Antragsteller nicht ausgesprochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen haben sie ausgeheckt, und für die Grubenbesitzer war es ein gemildertes Pressen. Der Kohlennot müssen wir auf andrem Wege entgegenzutreten als durch die Verstaatlichung der Bergwerke. Sollen wir die Kohlengräber, die jetzt schon unter dem Privatkapital schwer gedrückt sind, ganz zu Staatsbürgern zweiter Klasse, zu Staatsarbeitern machen? Ein besseres Mittel gegen die Kohlennot ist die Tarifherabsetzung. (Zustimmung.)

**Scheibe-Hartmannsdorf:**

Ich habe absolut nicht behauptet, daß der Streik die Kohlenverwertung hervorgerufen hat, einen solchen Unfug sollte mir doch Düwel nicht zutrauen. Wohl aber ist es unbestreitbar, daß in den zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter diese Meinung vorhanden war und von uns bekämpft werden mußte. Die Frage der Verstaatlichung habe ich in der Resolution sehr vorsichtig behandelt. Die Resolution wird angenommen.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf

**die Agitation**

beziehen. Es sind die Anträge 46, 48-51. Unterstützt wurde nur der Antrag 48, der allein zur Verhandlung gelangt.)

**Eichhorn-Namhheim:**

begründet den Antrag kurz; es hat besonderes Gewicht, wenn der Parteitag einen solchen Antrag annimmt.

\*) 48. Parteigenossen in Heidelberg: Der Parteivorstand wird ersucht, eine umfangreiche Agitation gegen eine etwaige Verschlechterung des Krankenversicherungs-Gesetzes einzuleiten.

**Mollenbühr:**

Der vorliegende Antrag ist in der Form nicht sehr glücklich. Wir können nicht in jeder Vorlage ohne weiteres eine Verschlechterung erblicken. Im Gegenteil, die meisten Änderungen, die am Krankenversicherungs-Gesetz vorgenommen werden müssen, werden Verbesserungen sein; das jegige Gesetz ist so schlecht, daß es überhaupt nicht mehr verschlechtert werden kann. Eine solche Verbesserung, die durch die Umstände bedingt ist, ist die Verlängerung der Unterstüßungsdauer von 13 auf 26 Wochen, um den Anstich der Krankenrente an die Invalidenrente herbeizuführen. Es ist aber sehr notwendig, daß die Leute, die im Krankenversicherungsweien Erfahrung haben, die Mängel der bestehenden Gesetzgebung schon jetzt klarlegen. Ich weiß, daß nach objektiver Prüfung solcher Vorlagen eine Fülle von Material an Arbeiterkreisen geholt werden kann, das auch nicht ganz unberücksichtigt bleibt, wenn es rechtzeitig in die Hände der Abgeordneten kommt. Wir dürfen nur mit der Agitation nicht erst dann beginnen, wenn die Vorlage da ist, sondern schon vorher auf die Mängel der bestehenden Gesetzgebung aufmerksam machen. So wie der Antrag lautet, sieht es aus, als wollten wir überhaupt gegen die ganze Reform Front machen; das wäre ein Fehler. In den Verbesserungen rechne ich auch die Vereinfachung der Versicherung, zu der die Regierung entschlossen ist. Der Verringerung der freien Hilfsklassen lömte ich allerdings nur zustimmen, wenn die Versicherungsspflicht soweit ausgedehnt wird, daß für sämtliche Personen, für die ein Bedürfnis der Versicherung vorliegt, Raum in den Zwangsclassen geschaffen wird. Ebenso wenig dürfen die freien Hilfsklassen geopfert werden, wenn die Betriebsklassen fortbestehen; alle Gründe, die offiziell gegen die freien Hilfsklassen angeführt werden, treffen gleichzeitig auch die Betriebsklassen.

**Eichhorn-Namhheim:**

Mollenbühr hat unsren Antrag nicht so verstanden, wie er gemeint war. Es steht auch ausdrücklich darin: etwaige Verschlechterungen. Wir wollten keineswegs jede Vorlage als eine Verschlechterung hinstellen, sondern wünschen nur, daß jetzt schon die Agitation eingeleitet wird.

Damit schließt die Diskussion. Antrag 48 wird angenommen. Es folgen die Anträge 57 und 58. Beide finden aber nicht genügende Unterstützung. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 4 und 77, die sich mit dem Programm beschäftigen.

**Punkt 10 der Tagesordnung.**

Der Parteitag beschäftigt sich nun mit der Frage, an welchem Orte der nächste Parteitag tagen soll. Es liegen hierzu die Anträge 59, 60, 61, 67, 81, 85 vor, von denen die Anträge 60 und 61 nicht genügend unterstützt werden. Als Ort des nächsten Parteitags werden vorgeschlagen: Magdeburg, Bremen, Dresden, Lübeck.

**Haupt-Magdeburg:** Die geographische Lage von Magdeburg ist ebenso günstig, wie die von Dresden und günstiger als die von Bremen. Auch liegt uns ein genügend großes Lokal zur Verfügung und die Behörden verhalten sich wenn auch nicht wohlwollend, so doch objektiv; ich bin überzeugt, sie werden sich in Magdeburg alle wohl fühlen.

**Reichmann-Bremen:** Ich bitte Sie aus agitatorischen Gründen, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten. Wir werden sie dort mit Freuden begrüßen.

**Sindermann-Dresden:** Sehen sie von der Gewohnheit, keine Parteitage in Sachsen abzuhalten, ab! Man hat früher gesagt, was in andren Landestellen möglich ist, ist in Sachsen nicht möglich. Aber in Sachsen finden doch auch unsre Landeskonferenzen statt und dort nehmen wir energisch Stellung gegen die Politik der sächsischen Regierung. Geographisch liegt Dresden günstig und wir haben auch ausreichende Säle dort zur Verfügung.

**Singer:** Es scheint sich ein sächsischer Wettstreit um den nächsten Parteitag zu entwickeln (Heiterkeit), mir geht eben noch ein Antrag zu, der wünscht, daß der Parteitag in Sachsen abgehalten wird. Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt, also mit zur Debatte gestellt.

**Friedrich-Lübeck:** Der Antrag 85 ist zeitlich zuerst gestellt. Bereits im vorigen Jahre haben wir Sie eingeladen, nach Lübeck zu kommen, aber Sie haben Süddeutschland vorgezogen. Kommen Sie jetzt einmal an die nordische Küsterrante. Die Lage von Lübeck ist ebenogut, wie die von Hamburg, wo Sie vor 2 Jahren gewesen sind und unsre Partei ist so gut organisiert, daß sie sich ein allen Anprüchen genügendes Lokal hat bauen können. Auch die Behörde befehligt uns nicht.

**Grenz-Leipzig:** Einen Parteitag in Sachsen abzuhalten, ist ein Experiment. Deshalb müssen wir, wenn wir Sachsen wählen, wenigstens eine Stadt wählen, die uns in die Lage versetzt, nötigenfalls den Parteitag sofort zu verlegen. Das ist in Dresden nicht möglich. Von Leipzig aus aber können wir sofort bequem nach Halle gehen. Wollen Sie also schon ein Experiment machen, so wählen Sie Leipzig.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt. Auf Vorschlag von Singer wird die Wahl durch Stimzettel gleichzeitig mit der später vorzunehmenden Wahl der Parteileitung vollzogen.

Der Parteitag geht zur Beratung derjenigen Anträge über, die sich auf die

**Tagesordnung des nächsten Parteitags**

beziehen. Es sind das die Anträge 62 und 70, die die Alkoholfrage auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen und ein Antrag, der die Wohnungfrage erörtert wissen will. Die Unterstützung dafür reicht aus.

**Erdmann-Böln:**

Der vorige Parteitag ist über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Damals meinte Bebel, es sei für eine politische Partei nicht angängig, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, er hat die Alkoholfrage mit der Trunksucht verglichen. Aber das ist nicht angebracht, denn die Trunksucht ist in der That eine wissenschaftliche, medizinische Frage, während das für die Alkoholfrage nicht zutrifft. Es ist Thatsache, daß der Alkohol sehr schädliche Wirkungen hat und weiter, daß gerade in Arbeiterkreisen dem Sünnapsgenuß am meisten geschadet wird. Bebel hat weiter auf dem vorigen Parteitag gemeint, die Partei dürfe sich nicht mit Kleinram abgeben. Aber die Alkoholfrage ist kein Kleinram. Es fragt sich, ob die Trunksucht oder die Schwindsucht mehr gesundheitliche Opfer erfordert. Das jedoch steht fest, daß der Alkoholismus erhebliche stitliche Schäden im Gefolge hat. Natürlich denken die Antragsteller nicht daran, gemeinsame Sache mit den Temperenzlern zu machen. Wir rechnen uns keineswegs zu den Fanatikern oder Pflichtbewahrern. Nun wird man wieder anführen, daß die Socialdemokratie schon durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse genug zur Eindämmung des Alkoholismus thut; aber es ist nicht richtig, daß durchweg die materielle Not den Menschen zwingt, sich der Trunksucht hinzugeben. Vielfach ist es Unkenntnis der gefährlichen Folgen des Alkoholismus oder mangelndes Pflichtbewußtsein, und da kann durch Stellungnahme der Partei etwas geschehen. Bei dem Einfluß unsrer Partei auf die Arbeiter würde es günstig wirken, wenn der Parteitag sich gegen den übermäßigen Alkoholgenuß ausspricht. Auch würden wir uns dadurch den Dank und die Anerkennung der Frauen erwerben. Ebenogut wie wir uns in Götta bei der Ausdebatte über Fragen unterhalten haben, die mit der Partei nur entfernt zusammenhängen, können wir uns auch einmal einige Stunden über den Alkoholismus unterhalten.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Singer verliest ein Telegramm von Frau Katalie Liebnecht: 'Für die ergreifende Beileidspende unsren herzlichsten Dank.' Schluß 12 1/2 Uhr.

# Berliner Partei-Neuigkeiten.

**Der sechste Reichstags-Wahlkreis** tritt nunmehr in die Agitation für die am 30. Oktober stattfindende Erstwahl ein. Am kommenden Sonntag früh acht Uhr findet eine Flugblattverteilung statt; es ist Ehrenpflicht jedes Parteigenossen, sich daran zu beteiligen. Die Verbreitung geschieht von den bekannten Stellen, außerdem von folgenden Centralstellen aus: Noabit: Johann Pfarr, Putzstr. 10; Wedding: Krause, Müllerstraße 7a; Oranienburger Vorstadt: Schulz, Schwarztopfstraße 15; Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: Hoppe, Adlerstr. 21, Kofin, Müppingerstr. 42, Vogtgänger, Schwimmländerstr. 34, Herrmann, Putzstr. 45, Abendroth, Badstr. 42/43. Schönhauser Vorstadt: Schönfeld, Fehrbellinerstraße 9. Zahlreiche Beteiligung erwarten Die Vertrauensleute.

**Zur Lokalliste.** Folgende Lokallisten stehen der Arbeiterkraft zu Verfügung: In Berlin C. Eberts Restaurant zum Storch, Müllerstr. 161, in Oberschöneweide die Lokale von Küster (früher Siebenbaum) und Jakob Wenzel. Die Lokalkommission.

**Der Wahlverein des fünften Reichstags-Wahlkreises** hält heute abend 8 1/2 Uhr im Alten Schützenbaue, Linnestr. 5, seine Monatsversammlung ab. Genosse Robert Schmidt spricht über politische Tagesfragen.

**Charlottenburg.** Heute abend 8 1/2 Uhr ist in der Gambinustrauerei, Wallstraße 94, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins für Teltow-Deeslow zc.

**Friedrichsfelde.** Heute, Donnerstag, im Restaurant „Hoppegarten“, Berlinerstraße 18, Volksversammlung. Frau Dr. Wehl spricht über „Politische und unpolitische Gewerkschaften“.

## Tokales.

„Es ist geradezu unglücklich, wie die „Genossen“ von ihren Parteibüdern ausgebeutet und dem wirtschaftlichen Niedergang zugeführt werden.“ Also schreibt die „Tägliche Rundschau“ im Anschluß an die gestern auch von uns erwähnte Mitteilung über den schiefgeschlagenen Antrag auf Erlass eines Ortsstatuts gegen die Schankworte in Schöneberg.

Wir gönnen jedem die nützliche Beschäftigung, sich über die Schäden des Wirtschaftsbereichs zu verbreiten und können voll und mitunter, wenn die „Tägliche Rundschau“ eines guten Morgens besonderen Drang verspürt, die verheerenden Wirkungen des Alkohols auf tiefster Seele zu beklagen. Aber sich in solchem erschütternden Moment hinstellen und auf die völlig unbeteiligten sozialdemokratischen Parteibüder schimpfen, das ist pharisäerhaft und erinnert bedenklich an den Brauch gewisser Leute, recht laut „Haltet den Dieb“ zu rufen. Vielleicht belehrt uns die „Tägliche Rundschau“ eines andern, aber vorab halten wir an der Vermutung fest, daß ihre Redakteure schon deshalb keine Gelegenheiten hatten, bei Parteibüdern sozialpolitische Studien zu treiben, weil diese Lokallisten meist schon zu recht früher Stunde, wenn man anderswo noch gar nicht aus Nachhausegehen denkt, ihre Räumlichkeiten schließen müssen. Von Ausbeutung möchte zur guten alten Zeit gar nicht werden können, als noch keine Sozialdemokratie die Arbeiter darüber belehrte, daß sie zu etwas Besseren da seien, als sich auf Zunftbergen vollzutrinken. Würde die Redaktion der „Tägliche Rundschau“ heute eine Prüfung ihrer Behauptung vornehmen, so würde sie finden, daß von allen Gastwirten die sozialdemokratischen am wenigsten auf Kosten gebettet sind und daß sie sich ihrer haltlosen Demagogie zu schämen hätten.

**Die neueste Mordgeschichte.** Ein im Verleumdern der Arbeiter-Schaft besonders eifriges Blatt, die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, verbreitet folgende Schauerromanze: Ein Opfer des Streiks. Zu erschließen versuchte sich heute vormittag der 21 Jahre alte Buchbindergehilfe Hermann Junck, der Sohn eines Handelsmanns aus der Schönholzerstraße, der in der Veteranenstr. 17 in Schlafstube wohnte. Junck hörte am Sonnabend in einer Fabrik, in der er längere Zeit beschäftigt war, zu arbeiten auf und wollte am Montag, wie er seiner Wittiv erzählte, eine neue Stelle antreten. Am Montagmorgen ging er mit seinem Handwerkszeug weg, lehrte aber bald wieder zurück und berichtete, daß er auf der neuen Stelle nicht anfangen könne. Dort sei die Arbeit niedergelegt worden und er fürchte, daß man ihm die Knochen im Leibe zerhacken werde, wenn er arbeite. Da er bisher nichts gefpart hatte, so war der junge Mann ohne Mittel. Gestern brachte er seinen Sonntagsgang zum Pfandleiher und lauschte sich für den Erlös eines Revolvers. Heute vormittag um 10 Uhr wollte er sich auf dem Abort eine Augen in die Brust jagen. Seine Hand hat aber wohl sehr gezittert, denn das Geschöß ging nicht in die Brust, sondern am Unterleib in den Oberschenkel. Ein Arzt der nächsten Rettungswache ließ den Verwundeten nach dem Noabiter Krankenhaus bringen.

Wir können die Nichtigkeit dieser neuesten Streikbrechergeschichte zur Stunde nicht nachprüfen, aber Inhalt und Fassung sehen ganz danach aus, als ob sie der berühmten Zuchtbanderlitschitz vorjährigen Angebendens entnommen wären. Ken ist allerdings die Variation, daß der „Arbeitswille“ aus Furcht vor den ausgesperrten Arbeitern sich selber imzubringen sucht; gewöhnlich versuchen sich in den modernkapitalistischen Schauerromancen die von gewissenlosen Agitatoren verhetzten Streikbrüder im Himmorden der für den Staat besonders nützlichen Elemente.

**Das vom Berliner Polizeipräsidenten im § 1 der Polizeiverordnung vom 17. März 1898 erlassene Verbot der sogenannten Mälabfuhr nach den Vororten ist nach einer Entscheidung des Kammergerichts rechtsunwirksam.** Der § 1 jener Verordnung bestimmt: „Die mittels Fuhrwerks, Handwagen und Karren erfolgende Beförderung von allen aus dem Gebiet der Stadttheile Berlin und Charlottenburg herrührenden Äschen- und Fleischabfällen, Haus- und Marktabgängen, Müll, Aische, Schladen, Abraum, Schlutt, Schlamm, Schlacke, Kanalisationschlamm, Scherben, Fabrikabgängen und andern ähnlichen, sowie allen abfrierenden Stoffen ist verboten.“ Der § 1 enthält danach fernerhin das Verbot, Abfälle, Schlutt zc. aus Berlin in die fraglichen Vororte zu transportieren. Ein Verbot in solcher Allgemeinheit entbehrt aber, wie das Kammergericht in einem in der „Vf. für Rechtspf.“ veröffentlichten Erkenntnis ausgesprochen hat, der materiellen Giltigkeit, weil es in dieser Allgemeinheit in den §§ 6 und 12 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung keine Stütze findet. Denn unter das Verbot des § 1 fällt jeder Transport von Abfällen zc. aus Berlin nach den fraglichen Vororten, auch wenn er die Ordnung, Sicherheit und Reinlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und das Leben und die Gesundheit, sowie den Bestand der Felder und Wiesen und dergleichen in keiner Weise gefährdet. Auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 kann wohl die Art der Beförderung der fraglichen Stoffe beschränkt, der Transport aber mittels Fuhrwerk, Handwagen und Karren aus Berlin nach den fraglichen Vororten nicht ganz allgemein verboten werden.

**Die Invertus-Jagd.** Die alljährlich am 8. November, dem Gedenktag des heiligen Hubertus, am Jagdschloß Grunewald abgehalten zu werden pflegte, wird in diesem Jahre dort nicht stattfinden und, wie es heißt auch in den folgenden Jahren nicht mehr. Die Veranlassung hierzu hat, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, das von Jahr zu Jahr zunehmende rohe, bösewärtige Betragen eines Theils des Publikums gegeben, das die Umhänge an dem vom Schlosse nach Paulshorn führenden Wege an den Jagdtagen belagerte und von hier aus das aus dem Jagdschloß ausziehende rote Feld mit wüstem Geschloß und dem in Wien, deren Zielscheibe einzelne Offiziere waren, empfang. Die Mitteilung über Zunahme der Ausschreitungen ist wohl nicht ganz richtig, denn die seit Jahren

übliche Roheit und Bösewärtigkeit der „Jagdgäste“ war wirklich keiner Steigerung mehr fähig.

**Der Goethebund** zinkert noch schlaftraumen die Augen. Er sendet die Redaktionen diese Mitteilung:

Die in der letzten Zeit sich häufenden **Beauslandungen und Verbois von Büchern durch die Theaterverwaltungen** haben in weiten Kreisen lebhaften Entrüstung erregt. Der Goethebund hat Schritte gethan, um in Besitz des diesen Vorgängen zu Grunde liegenden Materials zu gelangen. Er behält sich vor, demnächst auf Grund dieses Materials mit Schriften vor die Öffentlichkeit zu treten, dazu bestimmt, die bedrohte Freiheit literarischer Produktion mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen.

Also der Goethebund beginnt doch auch schon etwas zu bemerken von den neuesten Thaten des Pringschines. Warum aber sagt der Goethebund nichts zu der Meldung der „Vf. für R.“, nach der sich die Sachverständigen-Kommission des Goethebunds in Harmonie mit dem Polizeipräsidenten für Entfernung der im Schaufenster von Wendler in der Wilhelmstraße ausgestellt gewesenen Bilder des Malers Prof. Koch erklärt habe?

**Unter unerträglichen Belästigungen** leiden schon seit längerer Zeit die Bewohner einiger Häuser am Schiffbauerdamm sowie das Personal des Neuen Theaters. Auf dem Grundstück Schiffbauerdamm 6 befindet sich eine von mehreren Kerkern geleitete Politleit., in der auch visuellistische Versuche vorgenommen werden. Die Tiere, welche hierzu benützt werden, heulen oft jämmerlich Tag und Nacht, so daß den Bewohnern der benachbarten Häuser der Aufenthalt in ihren Wohnungen völlig verleidet wird. Auf eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten wurden Erhebungen angestellt, auf Grund deren das Polizeipräsidium die Antwort erteilte, daß ein Anlauf zum Einschreiten nicht vorliege, weil die geringsten Uebelstände als beseitigt gelten können. Trotzdem aber dauert das Geheul der Hunde nach wie vor an, so daß neuerdings das Personal des Neuen Theaters sich veranlaßt sah, sich an den Tierquäl-Verein mit der Bitte um Hilfe zu wenden.

**Auf dem Van schwer verunglückt** ist der 64 Jahre alte Maurer Ernst Winkelschiel aus der Dunderstraße 88. Der Mann verlor am Montagmorgen auf dem Neuen Leipzigerplatz Nr. 14 bei der Arbeit im zweiten Stock das Gleichgewicht, stürzte Herab und fiel auf einen Schuttkübel. Anschließend innerlich und am Kopf nur unbedeutend verletzt, wurde er, nachdem er auf der nächsten Unfallstation einen Verband erhalten hatte, von einem Arbeitsgenossen nach Hause gebracht. Gestern aber verschlimmerte sich sein Zustand so sehr, daß man ihn in ein Krankenhaus überführen mußte. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von sechs Kindern im Alter von 1-17 Jahren; fünf Kinder sind noch unter dem schulpflichtigen Alter. Die Frau ernährt die Familie durch Nähen.

**Öffentliche Verlobung.** Der Polizeipräsident, in Vertretung Friedheim, erläßt folgende Bekanntmachung: „Der Monteur Paul Jahn, wohnhaft Neue Hofstr. 37 hierseits, hat am 16. Juni d. J. gelegentlich eines Brandes im Hause Adlerstr. 48 mittels einer Leiter die Rettung einer Frau aus dem dritten Stockwerk bewerkstelligt. Für des hierbei bewiesene thatkräftige, unselfische und besorgene Handeln wird Jahn hierdurch öffentlich belobt.“

**Der Selbstmord eines Studenten** wird aus der Philippsstraße gemeldet. Hier bewohnte ein Wächter Emil S., der seit einigen Semestern an der hierzuland Hochschule studierte, ein möbliertes Zimmer in dem Hause 18. Der junge Mann befand sich in der letzten Zeit in einer großen Aufregung. In einer Angelegenheit, die in seiner Heimat spielte, war er wegen einer falschen Anknüpfung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Als er auf ein Guadengenieß vor zwei Tagen einen ablehnenden Bescheid erhielt, beschloß er, sich das Leben zu nehmen. Gestern nachmittag erschöß er sich.

**Eine Reichs-Feier** war am Dienstag im Saale des Kräftelethaus von den Herren Dr. Rudolf Steiner und Kurt Solm veranstaltet worden. Die als „Erster moderner Vortragabend“ eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen einleiten sollte; der Besuch war leider nur mäßig. Den ersten Teil des Programms bildete ein Vortrag Dr. Steiners: „Reichs-einige Geisteswanderung“. Im zweiten Teil wurden Dichtungen von Reichs durch Herrn Holm recitiert. Die Auswahl dieser Gedichte war eine vorzügliche; sie erfüllten eine Beinträchtigung nur dadurch, daß man unwillkürlich Vergleiche zwischen der Vortragweise des Herrn Holm mit der des Herrn Dr. Müng, der kürzlich im „Verein zur Förderung der Kunst“ gleichfalls Gedichte von Reichs recitiert hatte, anstellen mußte, die leider nicht zu Gunsten des Herrn Holm ausfielen. Da der Vortragweise dieses Herrn Müng, das Ungelächelte und Katholische des Herrn Dr. Müng abgeben. Die Feier selbst verlief würdevoll; einen schönen Eindruck machte besonders ein Blattschmuck-Arrangement, in dessen Mitte die Büste des verstorbenen Philosophen prangte.

## Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** Für den Klub-Ladenschluß wird auch in unserm Ort eifrig agitiert. Zunächst waren es natürlich die Handlungsgehilfen, die dafür eintreten, daß die in den neuen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung enthaltene Handhabe beseitigt und durch Verordnung über den zum 1. Oktober in Aussicht stehenden Neunh-Ladenschluß noch hinausgezogen werde. Dann beschloß sich der Verein Rixdorfer Kaufleute der Kolonialwarenbranche mit der Angelegenheit. Nach reiflichen Erwägungen sprach sich dieser Verein ebenfalls für den Aufschub aus. Die Herren veranstalteten eine Versammlung von Geschäftsleuten aller Branchen. Es wurde ein Beschluß zu Gunsten des Aufschubes gefaßt und der genannte Verein beantragt, bei der Behörde unter Vorlegung der erforderlichen Unterschriften eines Drittels der Rixdorfer Geschäftsinhaber zu beantragen, sie möge gemäß § 139 und den folgenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung das Weitere veranlassen. Das heißt, die Behörde soll zunächst einmal eine Umfrage veranstalten, um festzustellen, ob Zweidrittel der ortsansässigen Inhaber offener Verkaufsstellen das Verlangen der Antragsteller teilen, und wenn das der Fall, eine entsprechende Verordnung erlassen.

**Die Abgabe von Coals** durch die Rixdorfer Gasanstalt sollte nach einem in der Stadt umlaufenden Gerücht dort erfolgen, daß zunächst zwei Großhändler befreit werden, und andre unter Gewährung von Vorzugspreisen. Dieses Gerücht, das natürlich zu Klagen über die Gasanstalts-Verwaltung führte, entspricht nicht den Thatfachen. Wichtig ist allerdings, daß die Anstalt mit 2 Großhändlern arbeitet. Diese Geschäfts-Verbindung stammt aus der Zeit, wo der Anstalt der Coalsabgabe fast unmöglich war. Damals wurde den Großhändlern die Verpflichtung auferlegt, den in der städtischen Anstalt produzierten Coals abzunehmen und mit ihren Gespannen nach dem eigenen Lager zu befördern. Mit Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse gewährte man ihnen eine Preisermäßigung. Jenes Vorzugsverhältnis ist nun aber beim Eintreten der Coalsnot gelöst worden. Die Großhändler müssen jetzt ebensoviele wie der Kleinhandel zahlen und bekommen nur noch Coals, wenn nach Abgabe der kleinen Kosten welcher verfügbar ist. Es ist auch erwogen worden, ob nicht die Preise für die kleinen Mengen herabgesetzt werden sollten. Wegen der Schwierigkeit einer ausreichenden Kontrolle befürchtete die Verwaltung jedoch, daß die Händler ihren Bedarf dann ebenfalls in kleinen Mengen beziehen würden, um der Preisermäßigung teilhaftig zu werden! Man hat deshalb von dem Schritte Abstand genommen. — Und erscheint es sehr zweifelhaft, ob jenes Bedenken die Unterlassung einer Maßregel rechtfertigt, die vielen armen Leuten bei der herrschenden Teuerung recht willkommen gewesen wäre.

Die Kleinbahn Rixdorf — Mittenwalde wird voraussichtlich Ende dieses Monats eröffnet werden. Der Betrieb sollte

schon am 15. September beginnen, die Fertigstellung hat sich aber etwas verzögert.

Für die kommenden Stadterordnetenwahlen rüsten bereits die Grundbesitzervereine. Der Verein Rixdorfer Grundbesitzer will wieder mit den andern Kommunalvereinen gemeinsame Sache machen. Unsern Parteigenossen kann es schon recht sein. Die dritte Abteilung wird, soweit sie bei den Ergänzungswahlen in Betracht kommt, nur Sozialdemokraten wählen. Es gehört ungeschmälert der Arbeiterpartei.

**Der Gemeindevorstand zu Neu-Weißensee** hat, mit Unterstützung der Lehrer, eine Liste derjenigen Kinder aufgestellt, welche die dortigen Gemeindegemeinden besuchen, obgleich ihre Väter in Berlin beschäftigt sind und hier Steuern zahlen. Im Hinblick auf die noch schwebende, in gleicher Weise bezugnehmende Klageforderung Rixdorfs gegen Berlin wurde beschloffen, ebenfalls gegen die Reichshauptstadt auf Gewährung eines Zuschusses zu den Schullasten Klage zu werden. Der geforderte Zuschuß bezieht sich auf 80 000 M.

## Soziale Rechtspflege.

**Unfall bei der Feuerlöschhilfe als Betriebsunfall.** Der Bauarbeiter K., der im Auftrage seines Meisters an einer Oefabrik Reparaturarbeiten vorzunehmen hatte, beteiligte sich bei den Löscharbeiten, als in der Fabrik ein Feuer ausgebrochen war. Der Inspektor des Betriebs hatte ihn und andre dazu aufgefordert. Er verunglückte bei den Rettungsarbeiten und beanspruchte von der Berufsgenossenschaft, bei der der Fabrikbetrieb versichert ist, eine Unfallrente, ohne mit seinem Antrag Erfolg zu haben. Das Schiedsgericht wies ihn ebenfalls ab, indem es ausführte: Allerdings habe Klager einer Aufforderung Folge geleistet und fraglos die Löscharbeiten dem Fabrikbetrieb, indem sie ihm nützlich waren. Er sei jedoch erst nach dem Eintreffen der Feuerwehre verunglückt, also zu einer Zeit, wo diese auf Grund öffentlich rechtlicher Verpflichtung die Löscharbeiten zu besorgen hatte. Private Hilfeleistungen hätten daneben unterbleiben können. Das Reichs-Versicherungsamt als Rekursinstanz verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Renteengewährung und führte begründend aus: Der Begriff des Betriebs sei von den Bestimmungen verlannt und viel zu eng ausgelegt worden. K. habe nicht außerhalb des Betriebs gestanden. Maßgebend sei, daß er sich zu den Rettungsarbeiten als Bauhandwerker besonders geeignet habe und zur Teilnahme daran von dem Fabrikinspektor aufgefordert sei, der nach den Abmachungen zwischen seinem Meister und der Betriebsleitung über ihn zu verfügen hatte. Es sei ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes anzunehmen.

## Gewichts-Beitrag.

**Ein sechs Jahre alter Strafprozess gegen unsren Genossen Stadthagen** wurde gestern vom Reichsgericht in Leipzig endgültig erledigt. Es handelte sich um eine Verleumdungs-Klage, die wegen Stadthagens Teilnahme an den Reichstags-Verhandlungen mehrmals auf längere Zeit zurückgestellt werden mußte. Das Urteil, gegen welches unser Genosse Revision eingelegt hatten, war am 25. Oktober 1898 vom Landgericht IV in Berlin gefaßt und lautete auf 300 Mark Geldstrafe. Die früheren in dieser Sache ergangenen Urteile, welche sämtlich vom Reichsgericht aufgehoben worden waren, hatte auf 3 Monate, dann auf einen Monat Gefängnis und zuletzt auf 300 M. Geldstrafe gelangt. Weidlich hat der Angeklagte nach den Feststellungen des Landgerichts die Richter des Landgerichts Magdeburg und den wegen seiner Sozialisten-Einlichkeit bekannten Bürgermeister Reinhardt in Staffurs. Im Jahre 1892, als er noch Rechtsanwalt war, verurteilte Stadthagen vor dem Schwurgericht Magdeburg unsren wegen Meinungs-angeregten Parteigenossen Matthes und schrieb ihm einen Brief, in welchem er ihm nicht nur Mißbilligung gab, sondern auch eine Reihe von Parolitäten gegen die Magdeburger Richter und den erwähnten Kleinstadt-Bürgermeister erhob. Da der Adressat in Untersuchungshaft war, kam der Brief zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft. Das Landgericht hat in dem letzten Urteile angenommen, daß Stadthagen ein berechtigtes Interesse wahrnahm, wenn er die Verleumdungen kritisierte, aber es hat aus der gewählten Form die Absicht der Verleumdung entnommen. — In seiner Revision führte Stadthagen an, der Brief sei auf unzulässige Weise in die Hände des Staatsanwalts gekommen, und die Einstellung des Verfahrens wäre das einzig richtige gewesen. Ferner behauptet er, daß die von ihm gebrauchten Ausdrücke (gewissenlos, ans Eignung die Gerechtigkeit zur Dime herabwürdigend, Annullationsfähigkeit, Schwärz, Mißbrauch der Amtsgewalt, Kalauerhaftigkeit) Schimpfwörter seien; das Gericht hätte angeben müssen, welche andren Ausdrücke er an Stelle der erwähnten hätte gebrauchen sollen. — Das Reichsgericht hielt keine der erhobenen Klagen für beachtlich und verwarf diesmal die Revision.

**Geordnete Ordnungsjahre.** In Lauterburg (Unter-ess) ereigt die Verurteilung des seit Jahren ansässigen Rentamanns Schreiber, eines in Krieger- und Flottenverzeine hervorstechenden Patrioten, berechtigtes Aufsehen. Der Rixdorfer Bürger hatte, obwohl seit langem verheiratet, dem Dienstmädchen seiner Familie nachgestellt und es auch zu verführen gewußt. Als sich nach einiger Zeit die Folgen dieses Verkehrs bei dem Mädchen einstellten, begann Schneider, dasselbe in rohester Weise zu mißhandeln. Infolge eines Zutritts, den er seinem wehrlosen Opfer verweigerte, erfolgte Anfang Juni die verurteilte Niederkunft des Mädchens, zu der eine Hebamme hinzugezogen werden sollte. Schneider verwies dieser jedoch mit barschen Worten das Haus und ließ sie, als sie auf ihrer Zulassung zu der Wöchnerin bestand, die Treppe hinunter. Diese Thaten, insbesondere die schwere Mißhandlung des Dienstmädchens, brachten dem sauberen Patron wegen erschwerter Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von drei Monaten ein. Mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung und den Bildungsgrad des Angeklagten wurde ihm vom Gericht die Zubilligung mildernder Umstände verlangt.

## Vermishtes.

**Die Pest in Glasgow.** Dem gestrigen Bulletin zufolge sind keine weiteren Pestfälle vorgekommen. Im Hospital verbleiben 21 Pestranke. Fünf von den 110 in Beobachtung befindlichen Personen sind heute entlassen worden.

**Ueber ein Baumglied wird aus Pforzheim berichtet:** Mittwochs vormittag stürzte ein Pfeiler eines Neubaus in der Linnestr. ein. Elf Arbeiter wurden verletzt, zwei davon lebensgefährlich, ein Arbeiter wurde verschüttet und ist noch nicht aufgefunden worden.

**Der Orkan an der amerikanischen Küste** hat auch das Seebad High Island in der Provinz Jefferson zerstört. Von den ungefähr tausend Häusern des Orts, in welchem sich zahlreiche Badegäste befanden, blieb nicht eins verschont. Hilfslotenen, welche in High Island eingetroffen sind, fanden 400 Leichen auf.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. N. O. 14. Die Expedition des „Konfessionar“ ist Riederwallstr. 38. Adressen 4. Eine Volksbibliothek nach Ihren Wünschen finden Sie Alexandrinerstr. 2, dergleichen enthalten die Verhältnisse Neue Schönhauserstraße 13, Mohrenstr. 41 und Rauenstraße wohl die von Ihnen verlangten Bücher. Wegen eines Nachhubs in Elektrolyt und Maschinenbau wenden Sie sich abends 7-8 Uhr an Viktor Drechmann, Unter der Gornallstraße; in der städtischen Fortbildungsschule derselben ist der Unterricht umsonst.

# A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. \* SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.

## Ausnahme-Preise für Putz- und Weisswaaren.



**Motrosenhut**  
mit Moiréband garnirt . . . **90**,



**Amazonenform**  
weich, durchweg gesteppt, in  
allen Farben . . . . . **1 60**



**Reise-Hut, Herrenform**  
mit farbig gestepptem Rand  
und Ripsband-Garnitur . . . . **1 70**



**Matrosen-Hut**  
mit gestreiftem Sportband  
garnirt . . . . . **1 25**



**Neueste Buffaloform**  
m. gestreift. Sammetband  
und Federpose garnirt . . . **1 95**



**Toque aus Fantasiestoff**  
mit Chenille durchzogen  
mit chicer Garnitur . . . **4 85**



**Kinder-Hut**  
mit Sammet-Streifen und  
Pompons garnirt . . . . **1 55**



**Sammet-Toque**  
in allen Farben, mit farbiger  
Untergarnitur und Federposen  
garnirt . . . . . **3 55**



**Neuester Damenhut**  
mit Seidenrosette und  
shwalsartiger Garnitur . . . **2 95**



**Elegante Fantasiefeder**  
zweifarbige . . . Stück **23**

**Feder-Pompons**  
schwarz und naturfarbig **15** ⚡

**Flitter-Rosetten**  
für Capotten . . . **7 u. 14** ⚡

**Flitter-Stutz**  
für Hutgarnitur . . . **8 u. 14** ⚡



**Buffaloform**  
mit breitem Rand und eleganter  
zweifarbiger  
Fantasiefeder . . . . . **2 15**

**Federposen**  
in diversen Farben . Stück **2** ⚡

**Natur-Pelikanposen**  
3 Grössen  
zum Aussuchen **5, 11, 16** ⚡

**Neuester Garnirstoff**  
für Hüte, mit Chenille  
durchzogen . . . Meter **75** ⚡



**Fantasie-Stutz**  
für Capotten mit Flittern be-  
setzt, schwarz und weiss . . **15** ⚡



**Pompadour**  
Blumenmuster mit  
Bügel . . . . . **85** ⚡

**Solange  
der Vorrath reicht**

**Farbige Schleier**, gemustert,  
einfach und doppelt  
breit, zum Aussuchen **18** ⚡

**Gelegenheitskauf**, schwarzes  
Sammetband mit Atlasrücken  
No. 50 60 130  
Mtr. **18 18 40** ⚡

**Blenden-Stehkragen**, aus  
Taffetaline in ver-  
schieden. Farb. Stck. **55** ⚡

### Gelegenheitskauf

**Kronen-Reiher**, weiss und schwarz:

8 Stiel **48** ⚡      12 Stiel **70** ⚡

**Tüll-Shwals**, gestickt, beurre und  
weiss . . . . . Stück **48** ⚡

**Sehr vortheil-  
haftes Angebot**

Ein grosser Posten breiter  
Hut- und Cravattenbänder  
zum Aussuchen  
Meter **48, 65, 95** ⚡



**Pompadour**  
Seidenstoff in allen  
Farben . . . . . **1 65**

**Hals-Rüschenboas** aus schwarzem Tüll mit Band-  
ansatz, elegant confectionirt Stck. **3 25**

**Schwarze Federboas** circa 125 cm lang . . . **85** ⚡

**Wasch-Spitzen für Unterröcke**  
ca 9 cm ca 12 cm ca 18 cm  
Meter **15** ⚡      **20** ⚡      **28** ⚡

**Spachtelstoff** weiss, crème, beurre . . . . . Meter **1 25**



**Elegante Seidenschleife**  
im Carton, schönes Farben-  
sortiment . . . Stück **75** ⚡

**Strauss-Federboas** schwarz, grau, beige . . . Stck. **7 85**

**Lavalliers** aus gestreiftem Band, mit geknüpften Franzen  
Stück **95** ⚡

**Spitzenstoff** zum beziehen von Taillen, weiss, crème,  
beurre . . . . . Meter **65** ⚡

**Damen-Gürtel** gold- u. silberartig, mit eleganter Schnalle **35** ⚡

**Schleife aus Japon-Seide** Stück **48** Pf. in allen Farben.

### Glacé-Handschuhe für Damen

weiss 4 Knopf lang **1,25 1,60 2,00** ⚡  
coul. mit Ausstattung u. Druckknöpfen **1,35 1,65 1,85** ⚡

Wir garantiren für guten Sitz und Haltbarkeit dieser Qualitäten.

**Damengürtel** aus fantasie-silberartigem Bande mit  
moderner Schnalle . . . . . **55** ⚡

**Damengürtel** aus schwarz Moiréband . . . . . **35** ⚡

**Weisse Ledergürtel** . . . . . **35 u. 58** ⚡

**Leder-Sporttaschen** zum Einhängen . . . **42** ⚡

# Achtung, Gewerbegerichts-Wahl!

## Am Freitag, den 21. September, von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends, findet die Gewerbegerichts-Wahl in Berlin statt.

Die Weisiger aus dem Kreise der Arbeitgeber werden mittels Wahl der Arbeitgeber, die Weisiger aus dem Kreise der Arbeiter mittels Wahl der Arbeiter bestellt.

Das Wahlrecht ist nur in Person und durch Stimmzettel auszuüben, welche handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung hergestellt sind und nicht mehr Namen enthalten sollen.

Parteienoffen! Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß ein Teil der Arbeiter in der Voraussicht, daß die socialdemokratischen Vertreter doch gewählt werden, den Wahlen zum Gewerbegericht gleichgültig gegenüberstehen. Dadurch ist der Uebelstand eingetreten, daß von vielen die Einzeichnung in die Wählerlisten versäumt wird. Diesen Umstand beschuldigen unsere Gegner, die Christlich-Socialen wie die Gewerkschafter, für sich auszunutzen. Sie haben sich an der Einzeichnung beteiligt und glauben nun, in den schwach besetzten Bezirken ihre Kandidaten durchzubringen. Das wird eine leere Hoffnung für sie bleiben, wenn wir unsere Pflicht erfüllen.

### Darum versäume niemand, sein Wahlrecht auszuüben! Die Wahl ist geheim und findet mittels Stimmzettel statt!

Am Tage der Wahl sind in Berlin Wahlbüros von der unterzeichneten Kommission eingerichtet und zwar für den 1. Wahlbezirk bei Mörsehl, Jüdenstr. 35/36; für den 4. Wahlbezirk bei Werner, Bülowstr. 59; für den 7. Wahlbezirk bei Quandt, Belle-Alliancestr. 74; für den 10. Wahlbezirk bei Müller, Gräfelstr. 31; für den 13. Wahlbezirk bei Rehner, Staligerstr. 59; für den 16. Wahlbezirk bei Stramm, Ritterstr. 123; für den 19. Wahlbezirk im Restaurant „Gewerkschaftshaus“; für den 22. Wahlbezirk bei Haselof, Landsbergerstr. 8; für den 25. Wahlbezirk bei Zabel, Frankfurter Allee 90; für den 28. Wahlbezirk bei Preuß, Neue Friedrichstr. 20; für den 31. Wahlbezirk bei Bernau, Schwedterstr. 23/24; für den 34. Wahlbezirk bei Augustin, Schönhauser Allee 73; für den 37. Wahlbezirk bei Neumann, Brunnenstr. 150; für den 40. und 46. Wahlbezirk bei Fr. Bergmann, Pasewalkerstr. 3; für den 43. Wahlbezirk bei Fischer, Beusselstr. 9.

### Das Centralbureau befindet sich Engel-Ufer 15, 1 Treppe, Zimmer Nr. 8. Telephon: Amt VII Nr. 3733.

Genossen, welche am Tage der Wahl helfen wollen, melden sich im Centralbureau Engel-Ufer 15, 1 Treppe, Zimmer Nr. 8, bis vormittags 9 1/2 Uhr. Die Wahl beginnt mittags 12 Uhr.

Die Wahl erfolgt in den nachstehend bezeichneten Wahlbezirken und zwar in getrennten Räumen für Arbeitgeber und Arbeiter unter Leitung je eines Wahlbüros.

- 1. Wahlbezirk** (enthaltend Stadtbezirke 1-10).
  1. Stadtbezirk: Bischoffstr. 2-27, Burgstr. 1-7, Heiligengeiststr. 23 bis 33, Hoher Steinhof, Jüdenstr. 1-11 und 55-60, Köpcke 1-25 und 41-60, Marienkirchhof 5-11, Wollener 8-9, Nicolai-Kirchhof 1-3 und 12-14, Pöhlstr. 1-15 und 21-31, Kleine Poststr. 1-7 und 9-13, Prager Straße, Hofmannstraße, Siederer 3-18, Spandauerstr. 15-39 und 47-63A.
  2. Stadtbezirk: Giergasse, Großer Jüdenhof, Jüdenstr. 12-54, Am Krögel, Rottmannstr., Rottmannstraße (ausschließlich 8 und 9), Nicolai-Kirchhof 4-11, Potzdammstraße, Poststr. 16-20a, Spandauerstr. 40-46, Straalenstr. 16-46.
  3. Stadtbezirk: Alexanderstr. 18, Neue Friedrichstr. 1-20 und 83-109, Brunnenstr., von der Stadtbahn bis zur Neuen Friedrichstraße, Klosterstr. 30-78, Königsstr. 20a, Siederer 1 und 2, An der Straalenbrücke, Straalenstr. 1-15 und 47-58, Kleine Straalenstraße, Wolkenstraße.
  4. Stadtbezirk: Bischoffstr. 1 und 28, Neue Friedrichstr. 21-42 und 61-82, Gontardstraße, Kaiser Wilhelmstr. 10-15 und 12-32, Kalands-gasse, Klosterstr. 1-2, 4-29 und 79-101, Königskolonnenstr., Königsstr. 26 und 27-49, Marienkirchhof 12-23, Neue Wache, Panoramastraße, Köpcke 7 bis 14, Schmale Gasse 3-5, Spandauerbrücke 1-3 und 10-18, Stadtbahnhof „Alexanderplatz“.
  5. Stadtbezirk: Burgstr. 8-31, Neue Friedrichstr. 42-63, Hinter der Garnisonkirche, Ostdeutscher Platz, Heiligengeiststr. 23-33, Kaiser Wilhelmstr. 1-9 und 33-49, Klosterstr. 3, Marienkirchhof 1-4, Neuer Markt, Kleine Poststr. 8, Kleine Präsidentenstr. 6 und 7, Neue Promenade 9 und 10, Rosenstraße, Schmalgasse 1-2 und 6-8, Spandauerstr. 1-17 und 64-81, Stadtbahnhof „Börse“, St. Wolfgangstr.
  6. Stadtbezirk: Dreierstraße, Praderstraße, Gantian-Platz, Friedrichsgracht 51-62, Gertraudenstr. 1, Kleine Gertraudenstr. 2, Am Volkspark, Am Wühlengraben, Neumannstraße, Wühlengraben, Kleine Wühlengraben, Petrisplatz, Schützenstraße, An der Schanze, Das Königl. Schloß, Schloßfreiheit, Schloßplatz, Spreierstraße, An der Stadtbahn.
  7. Stadtbezirk: Ritterstraße, Ritterstraße, Friedrichsgracht 1-16, Köpcke Friedrichstr., Köpcke Friedrichstr., Wühlengraben einschließlich Schleusen-gasse und Wühlengraben, Schloßfreiheit 1-3 und 5-8.
  8. Stadtbezirk: Friedrichsgracht 17-50, Gertraudenstr. 2-27, Kleine Gertraudenstr. 1 und 3-5, Grünstraße, Petrisplatz, Ritterstraße, Schloßfreiheit, Schloßplatz, Spreierstraße, An der Stadtbahn.
  9. Stadtbezirk: Kleine Jägerstraße, ausschließlich 1, Kreuzstraße, Karlsruher 14-26 und 30-40, Kleine Karlsruh. 1-8, 10-12 und 18, Alte Zeugnisstraße, Niedermwallstr. 5-23 und 26-38, Oberwallstr. 10-14, Hauptstr.
  10. Stadtbezirk: Adlerstraße, Falkenbergstraße, Am Festungsgraben, Franzosenstr. 33b-38e, Hinter dem Giechhaus, Hausvogelpl.-Platz, Holz-gartenstraße, Jägerstr. 32-44, Kleine Jägerstr. 1, Jerusalemstr. 23-24, Gasse hinter dem Kommandantur-Gebäude, Kurstr. 1-13 und 41-51, Rottmannstr. 7a-40, Wühlengasse, Niederlagstraße, Niedermwallstraße 1-4 und 20, Oberwallstraße, Pringensgasse, Schinkel-Platz, Unterwallstraße, Werderischer Markt, Werderische Rosenstraße, Werderstraße, Am Zeughaus, Hinter dem Zeughaus, Platz am Zeughaus.

als Weisiger in der betreffenden Wahlhandlung zu wählen sind. Die zu Wählenden müssen genau (mit Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung) bezeichnet sein.

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Personen, deren Aufnahme in die Wählerlisten in der Zeit vom 16. bis einschließlich 20. Juni d. J. beantragt und nicht verjagt worden ist.

Das Stimmrecht ist in demjenigen Wahlbezirk aus-

zuüben, in welchem der Wähler zur Zeit der Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerliste gewohnt hat.

Derjenige Wahlberechtigte, welcher außerhalb des Gemeindebezirks Berlin wohnt, hat in demjenigen Wahlbezirk zu wählen, in welchem er zur Zeit seiner Aufnahme in die Wählerliste eine gewerbliche Niederlassung hatte oder beschäftigt war.

Jeder Wähler muß sich auf Erfordern des Wahlausschusses über seine Person ausweisen.

Das Stimmrecht ist in demjenigen Wahlbezirk auszuüben, in welchem der Wähler zur Zeit der Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerliste gewohnt hat.

Derjenige Wahlberechtigte, welcher außerhalb des Gemeindebezirks Berlin wohnt, hat in demjenigen Wahlbezirk zu wählen, in welchem er zur Zeit seiner Aufnahme in die Wählerliste eine gewerbliche Niederlassung hatte oder beschäftigt war.

Jeder Wähler muß sich auf Erfordern des Wahlausschusses über seine Person ausweisen.

45. Stadtbezirk: An der Kopselkirche, Frobenstr. 1-11 u. 32-41, Kurfürststr. 29-45 und 139-152, Potsdamerstr. 49-56 und 97-103a, Zietenstr. 25-28.
46. Stadtbezirk: Bülowstr. 8-26 und 85-103, Frobenstr. 12-18 und 21-31, Potsdamerstr. 57-67 und 89-96b, Schwerinstr. 1-19, Zietenstr. 18-24.

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 4 Weisiger; Wahllokal: 157/164, Gemeindefschule, Derfflingerstr. 18a, Konferenzzimmer part.
  - b) von den Arbeitnehmern 4 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 107. Gemeindefschule, Genthinerstraße 4.
- Kandidaten der Arbeitnehmer des 4. Bezirks sind:
- Ulbert Faber, Buchbinder, Elsholzerstr. 11.  
Emil Verkhahn, Schreiner, Jochenstr. 11.  
Adolf Köfner, Zimmerer, Kurfürststr. 41.  
Ferdinand Köfner, Stuccateur, Steglitzerstr. 71.

7. Wahlbezirk (Stadtbezirke 54, 55, 57-63).
  54. Stadtbezirk: Nordseite der Barndorferstraße, Belle-Alliancestr. 1-12 und 91-107, Pflückerplatz 1-2 und Ostliche Kirchhof, Pankowstraße, Teltowstr. 1-11 und 63-65, Tempelhofer Ufer 1-6a.
  55. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 10-18 und 77-85, Teltowstr. 12-27 und 30-62, Tempelhofer Ufer 7-24.
  57. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 19-27a und 63-76, Wartenburgstr. 1-14 und 10-29.
  58. Stadtbezirk: Hornstraße, ausschließlich 14, Wartenburgplatz, Poststr. 1-14 und 80-90.
  59. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 13-26, Großbeerenstr. 38-41 und 43-62, Fagelbergerstr. 1-16 und 41-57, Poststr. 79.
  60. Stadtbezirk: Fagelbergerstr. 17-40, Möderstr. 51-92, Poststr. 15-24 und 66-78.
  61. Stadtbezirk: Ragowstraße, Kreuzbergstr. 26-59, sowie die Verlängerung bis zur Straße C, Möderstraße von Kreuzbergstraße bis zur Reichsblutgrenze (Westseite), Platz B, Straße C, Straße D (Abt. III) von Möderstraße westlich, Poststr. 25-34 und 57-64.
  62. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 27-52, Großbeerenstr. 42, Kreuzbergstr. 1-26, 60-78 und Victoriapark, Wühlengrabenstraße, Möderstraße von Kreuzbergstraße bis zur Reichsblutgrenze (Ostseite), Kleine Poststraße, Straße D (Abt. III) von Möderstraße östlich, Wühlengraben.
  63. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 53-90, Jüdingerstr. 1 und 45, Gneisenauerstr. 1, Am Tempelhoferberg (Westseite).

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 4 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 43. Gemeindefschule, Wartenburgstraße 12.
  - b) von den Arbeitnehmern 4 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 108./116. Gemeindefschule, Fagelbergerstr. 34.
- Kandidaten der Arbeitnehmer des 7. Bezirks sind:
- Emil Schmidt, Buchdrucker, Dajensbrücke 48 1. Seitenfl. 3 Tr.  
Emil Statky, Kohlerger, Kleinbeerenstr. 25.  
Karl Glashagen, Hausdiener, Belle-Alliancestr. 85.  
Josef Hartmann, Metallarbeiter, Liegnitzerstr. 16.

10. Wahlbezirk (Stadtbezirke 76-78).
  - 76a. Stadtbezirk: Campdenstraße, Friederichstraße, Fontane-Promenade, Gräfelstr. 43, Follenheide 39-60, Urbanstr. 25-30.
  - 76b. Stadtbezirk: Gräfelstr. 30-42 und 44-65a, Grimmstr. 26, Follenheide 21-38, Schötenstr. 20-21, Urbanstraße 31-51, 109-129 und 127-137.
  - 76c. Stadtbezirk: Follenheide 1-20, Nahstraße, Urbanstr. 52 bis 81 und 84-108.
  77. Stadtbezirk: Boedstr. 1-12 und 45-55, Dielenbachstr. 1 bis 19 und 57-76, Grimmstraße, ausschließlich 25, Wühlengasse 1-9 und 12-20, Planufer 75-94, Am Irbau, Urbanstr. 138-150.
  - 78a. Stadtbezirk: Boedstr. 17-20, Dielenbachstr. 20 und 27-56, Gräfelstr. 12-29 und 66-81, Wühlengasse 10-11, Schötenstr. 3-19, Urbanstr. 126.
  - 78b. Stadtbezirk: Köpcke, Follenheidenplan, Kottbuscher Damm 13-43, Postmannstraße, Schötenstr. 22-34, Urbanstr. 82-83.
  - 78c. Stadtbezirk: Boedstr. 13-16 und 21-44, Gräfelstr. 1-11 und 82-93, Kottbuscher Damm 1-12a, Planufer 95-97, Schötenstr. 1-2.

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 5 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 83./93. Gemeindefschule, Dielenbachstr. 40/61.
  - b) von den Arbeitnehmern 5 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 163./192. Gemeindefschule, Dielenbachstr. 51.
- Kandidaten der Arbeitnehmer für den 10. Bezirk sind:
- Paul Köhler, Mechaniker, Rigdorf, Kaiser Friedrichstr. 247 D, 4 Tr.  
Karl Spahn, Weber, Al. Andreasstr. 8 1 Tr.  
Gustav Wolter, Rüstmacher, Boedstr. 39.  
Albert Jander, Schneider, Rammstr. 64 Seitenfl. 4 Tr.  
Fritz Jocher, Transporthelfer, Rigdorf, Wilmannsstr. 10.

13. Wahlbezirk (Stadtbezirke 95-104).
  95. Stadtbezirk: Mantuffelstr. 34-43 und 85-98, Rammstr. 1 und 91, Oranienstr. 1, Staligerstr. 41-45 und 97-107.
  96. Stadtbezirk: Langener Platz 1-6 und 14-18, Mantuffelstr. 39-33 und 99-100, Paderstr. 32, Staligerstr. 96, Waldemarstr. 2-9 und 71-78.
  97. Stadtbezirk: Mariannenplatz 6a-17, Mariannenstr. 51 bis 53, Waldemarstr. 37, Rammstr. 2-13, Waldemarstr. 10-22 und 62-70.
  98. Stadtbezirk: Mantuffelstr. 20-31 und 101-111, Waldemarstr. 24-35 und 38-49.
  99. Stadtbezirk: Köpcke, 21-29 und 143-158, Mantuffelstr. 17, Mariannenplatz 18-28, Mariannenstr. 32-48, Waldemarstr. 96, Waldemarstr. 1-15 und 122-137.

100. Stadtbezirk: Köpcke 18-20a und 159-164, Mantuffelstr. 1-16, 18-19 und 112-130, Waldemarstr. 16-18 und 121.
101. Stadtbezirk: Eisenbahnstr. 24-25, Köpcke 16-17 und 165-172, Paderstr. 1-15 und 48-61.
102. Stadtbezirk: Waldemarstr. 18-23 und 50-58, Paderstr. 16-31 und 33-47, Waldemarstr. 12-22 und 113-120.
103. Stadtbezirk: Eisenbahnstr. 1-23 und 26-48, Langener Platz 12-13, Waldemarstr. 14a-17 und 59-62, Waldemarstr. 23-24 und 111-112.
104. Stadtbezirk: Langener Platz 7-11, Waldemarstr. 1-14 und 63-70, Staligerstr. 84-96a, Waldemarstr. 20a-21, 100-110, Zeughausstr. 11-23.

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 4 Weisiger; Wahllokal: 80. Gemeindefschule, Waldemarstraße 125, Konferenzzimmer part.
  - b) von den Arbeitnehmern 5 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 46. Gemeindefschule, Langenerplatz 9.
- Kandidaten der Arbeitnehmer für den 13. Bezirk sind:
- Fritz Fröhlich, Fabrik, Staligerstr. 66, Hof 2 Tr.  
Gustav Lubatsch, Schlosser, Paderstr. 29.  
August Schulz, Drechslermeister, Gurlitzerstr. 70, Quergeb. 4 Tr.  
Friedrich Wolter, Schneider, Mantuffelstr. 75 b. Krause.  
Germann Wohl, Kohlenarbeiter, Rammstr. 2, Hof 4 Tr.

16. Wahlbezirk (Stadtbezirke 114-121).
  114. Stadtbezirk: Fährstr. 1 und 24, Gieselerstr. 32-70, Lüttenstr. 47-57, Pringensstr. 1-5, Wasserthorstr. 1-16 und 58-76.
  115. Stadtbezirk: Brandenburgerstraße 1-2 und 82, Gieselerstr. 19-31 und 71-85, Rottstr. 1-11 und 14-24, Pringensstr. 6-16 und 103-119, Sedauer von der Fährwaldbücke bis zur Englischen Gasanstalt einschließlich, Wasserthorstr. 17 und 56-57.
  116. Stadtbezirk: Brandenburgerstr. 3-17 und 64-81, Rottstr. 12-13, Wasserthorstr. 18-55.
  117. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 1-13 u. 117a-128, Gieselerstr. 1-18 und 81-108, Neuenburgerstr. 20a-21, Sedauer von der Englischen Gasanstalt bis zur Wühlengasse.
  118. Stadtbezirk: Gieselerstr. 13-18 und 20-28, Alte Jakobstr. 1-10, 137-147 und 160-175, Neuenburgerstr. 1a-20 und 22-41.
  119. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 14-18 und 113-117, Gieselerstr. 1-12 und 29-43, Simeonstr. 1-14 und 18-32.
  120. Stadtbezirk: Feinerstraße, Alte Jakobstr. 2-26 und 118 bis 126, Ritterstr. 32-50 und 61-69, Simeonstr. 15-17.
  121. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 19-37a und 92-112, Rottstr. 10 und 11, Ritterstr. 37-51 und 70-84.

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 5 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 57./72. Gemeindefschule, Brandenburgerstr. 78/70.
  - b) von den Arbeitnehmern 4 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 112./120. Gemeindefschule, Wasserthorstr. 31.
- Kandidaten der Arbeitnehmer für den 16. Bezirk sind:
- Oswald Fickweiler, Gärtler, Admiralstr. 3, 2 Tr.  
Paul Freter, Schneider, Admiralstr. 18b.  
Emil Laß, Weber, Friedrichsgracht 20.  
Karl Heine, Schneider, Gieselerstr. 33, Quergeb. 3 Tr.

19. Wahlbezirk (Stadtbezirke 136-142).
  136. Stadtbezirk: Neue Jakobstr. 1-14 und 17-28, Inselstr. 13-13a, Reanderstr. 2-16 und 19-37, Schloßstr. 2-14, Schindstr. 11b-36.
  137. Stadtbezirk: Franzstr. 1-10, Joesstr. 1-15, Michaelisplatz 17-24, Schindstr. 1-11a und 36a-46.
  138. Stadtbezirk: Köpcke 24-34 und 57-66, Engelstr. 6b bis 21, Reanderstr. 1-46, Michaelisplatz 1-12.
  139. Stadtbezirk: Köpcke 35-56, Engelstr. 1-6a, Köpcke 30-44 und 129-142.
  140. Stadtbezirk: Köpcke 45-59 und 110-128, Michaelisplatz 13-16, Michaelisplatz, Wühlengasse 13-1a.
  141. Stadtbezirk: Köpcke 60-75 und 105-118, Ohmstraße, Rammstr. 12-27, Wühlengasse 1-12 und 15-21.
  142. Stadtbezirk: Fährstr. 1-16, Inselstr. 1-1b und 10-12, Am Köpcke, Köpcke 76-104, Reanderstr. 1 und 38, Rängestr. 3-11a und 7a-37, Wasserthorstr.

- Zu wählen sind:
- a) von den Arbeitgebern 5 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schindstr. 38.
  - b) von den Arbeitnehmern 4 Weisiger; Wahllokal: Turnhalle der 29. Gemeindefschule, Köpcke 123.
- Kandidaten der Arbeitnehmer für den 19. Bezirk sind:
- Gustav Vauer, Fäbrik, Weinmeisterstr. 7.  
Oskar Fiebig, Roblerger, Rammstr. 28.  
Julius Scheller, Klebner, Alte Jakobstr. 4.  
Adolf Schulz, Schneider, Alte Jakobstr. 147.

22. Wahlbezirk (Stadtbezirke 152-156, 158-159).
  152. Stadtbezirk: Planufer 12-14, Große Frankfurterstr. 49-69 und 71-89, Rottstr. 30, Karlsruhstr. 1-8 und 16-25, Wühlengasse 10-34.
  153. Stadtbezirk: Rottstr. 45-46, Blumenstr. 42, Große Frankfurterstr. 90-127, Rottstr. 35 und 53, Rammstr. 1, Rottstr. 29.
  154. Stadtbezirk: Gieselerstr. 1 und 65-66, Paderstr. 1 und 12, Wühlengasse 31a-37, Wühlengasse 3-35 und 38-53.
  155. Stadtbezirk: Wühlengasse 10-11, Paderstr. 2-11, 13-29 und 88-103, Straußbergerstr. 9-10 und 34-35.
  156. Stadtbezirk: Große Frankfurterstr. 32-48, Fährwalderstr. 2-23, Straußbergerstr. 11-33, Weberstr. 1-5 und 64-66.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 20. Sept. Opernhaus. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Der Widerspenstigen Zähmung. Der eingebildete Kranke. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Oper-Theater (Kroff). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Verliner. Prinz Friedrich von Homburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leitung. Die Ehre. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Revue. Der Kirchgang. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Weiten. Madama. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Faust. (1. Teil). Anfang 8 Uhr.  
Secessionsbühne. An des Reiches Pforten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Donna Diana. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss. Müller und Schulte auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.  
Volk-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ling. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Semis auf Erden. Anfang 8 Uhr.  
Valeff. Spezialitäten-Vorstellung. Buffonmischen. Ant. 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Invalidenstr. 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
Zandstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

### Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: Faust.  
Tragödie von Wolfgang Goethe. 1. Teil, zweiter Abend.  
Freitag, abends 8 Uhr: Die Orientreise.  
Sonabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmale: Die goldne Eva.

### Secessions-Bühne.

Alexanderstr. 40.  
Heute, Donnerstag, zum erstenmale:

### An des Reiches Pforten.

Carl Weiss-Theater  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Novität. Riesen-Erfolg.  
Müller und Schulte auf der Pariser Weltausstellung. Aufsatzungspose mit Schaum in fünf Bildern von Carl Weiss u. J. Dill. Musik von A. Widder.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Derselbe Vorstellung.

### Thalia-Theater

Dresdenerstrasse 72/73.  
Heute und folgende Tage:  
Der Liebes Schlüssel.  
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.

### Central-Theater

Heute u. täglich Ant. 7 1/2 Uhr:  
Der griechische Sklave.  
(A Greek Slave).  
Kundstaltung: Operette in 3 Akten von Sidney Jones.  
Morgen und folgende Tage: Der griechische Sklave.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu baldem Verleihen: Der Bettelknecht von G. Müllner.

### Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr.  
Der größte Operettenerfolg d. Saison: Eduard Steimberger als Kap.  
Der Mandarin von Tsing-ling-ling, sowie das vollständig neue September-Specialitäten-Programm.  
Blanca & Desroche. Charmeroy Radinoff.  
Ant. 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

### Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

### Cirkus Busch

Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

### Cirkus Busch

Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

### Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

### Cirkus Busch

Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

### Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

### Cirkus Busch

Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

## URANIA

Taubenstr. 48/49.  
Im Theater  
abends 8 Uhr:

Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Invalidenstr. 57/58.  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

## CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.  
Neu! Die schöne Neu! Schlangen-Cleopatra Bändigerin. Pytho- mit ihren 14 Riesens-, Pytho- und Aesculap-Schlangen!! Sensationell, in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptiliendressur! Die russische Konzertkapelle. Der deutsche Sessoidat und die Boxer.  
Feldmarschall Graf Waldersee zc.

Passage-Panopticum.  
Nur noch kurze Zeit!  
Marokkaner  
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).  
Vorstellung  
stündlich.  
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:  
Théâtre varié.

Palast-Theater  
früher Fein-Palast, Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Das Riesen-September-Programm!  
Neu! Puffschautchen! Neu! Große Poffe mit Gesang u. G. Boume. Buff, Klempnerwerk: Dir. R. Winkler.  
Nini Bülow, Chansonette. Die Garry-Truppe, Grand-Grandes: Bantamhühner. Holi Veroh, Centric-Chansonette. The Bernards, Wiesen-Lustig. Mr. Bobbi mit seiner großartigen Hundente. Außerdem nur erstklassige Künstler und Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Num. Pl. 1 Mt.

Apollo-Theater.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Venus auf Erden.  
Luis Medon, Spink und Spink. Adele Moraw.  
Mr. Vandy, Fanny Morton. Erna Bertholdi.  
Robert Steidl, Thero Amaranth. The three Avolos.  
Der Kosmograph etc. etc.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Gossmanns Konzertgart.  
Kreuzbergstr. 48 an d. Angbachstr.  
Jeden Sonntag:  
Garten-Freikonz.  
und  
Gr. Ball.  
Jeden Montag u. Freitag:  
Norddeutsche Sänger.  
Anfang 8 Uhr: Radler: Kränzchen. Alle! Versammlungen u. Festlichkeiten.

Sanssouci  
Kottbuserstrasse.  
Jeden Sonntag,  
Montag und Donnerstag:  
Hoffmanns Nordd. Sänger.  
Fausts Nachlass.  
Anfang Sonntag 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Anfang Montag 8 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
Nach jeder Solire:  
Tanzkränzchen.  
Montag und Donnerstag: Tanz stel. Alle andern Tage sind die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Versammlungen, ebensol. Vereins-Vorstellungen und Matineen (Hoffmanns Nordd. Sänger) bestens empfohlen.

Reichshallen.  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 30 Pfennig.  
Souverän 40 Pf.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

# Freie Volksbühne

IV. Abteilung: Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr, im Lessing-Theater: Die Nacht der Finsternis.

Gleichzeitig im für die I. Abteilung: Ueber unsre Carl Weiss-Theater  
von Bjornstjerne Bjornson. Inszeniert vom Ober-Regisseur Adolf Steinert. Ensemble zusammengestellt für die Freie Volksbühne vom Ober-Regisseur Steinert. - Für die Mitglieder der I. Abteilung muss der Oktober-Beitrag bis zu diesem Sonntag entrichtet sein. Mitglieder zur 7. Abteilung können sich in allen Zahlstellen melden.  
Die neuen Mitgliedskarten liegen in den Zahlstellen zum Abholen bereit.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Strasse No. 27c:  
Vortrag des Schriftstellers Dr. R. Steiner:  
Moderne Kultur und moderne Bildung mit besonderer Rücksicht auf die arbeitenden Klassen.

Nach dem Vortrag: Gemütl. Beisammensein u. Tanz.  
4/19\* Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf.

## Vergnügungs-Verein „Formerbund“.

Sonabend, den 22. September, in Kellers Festsälen (Zuhaber Reichert), Bergstr. 68:  
\*\* 29. Stiftungsfest. \*\*  
Anfang 8 Uhr. Herren 50 Pf. Damen 30 Pf. [27/3\*

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

## Dresdener Kasino.

Umklele meine Säle, 800 Personen fassend, zu Versammlungen, für Vereine und zu Privatfestlichkeiten. Martin Horzberg.  
Dresdenerstr. 96.

## Feuersteins Festsäle, Jakobstr. 75.

Alte  
Jeden Sonntag: Oeffentlicher Tanz.  
Reine auf das eleganteste renovierten Festsäle, 150, 300 und 400 Personen fassend, stehen den Vereinen zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen stets zur Verfügung. Versammlungszimmer 40 bis 120 Personen fassend.

## Oeffentlicher Herren-Vortrag über Männerleiden und ihre Folgen

am Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Entrée 15 Pf. Referent: H. Müller, Naturheilpraktiker. - Sprechzeit im Naturheilbad Magazinstr. 17 von 2-4, 6-8 Uhr. Sonntags 10-12 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16.  
Heute, Donnerstag, 20. September:  
Sie weiß etwas!  
Schwanz in 4 Aufzügen v. R. Kneisel.  
Nach der Vorstellung:  
Tanzkränzchen.

## Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.  
Lebenswellen. Volks- fisch mit Gesang und Tanz. Sou- vrette auf dem Ruedrad Henriette Donneux. Kultur. d. Grottedand-Duettist. Gebr. Millard, Taums-Quartett, The Miltons, Turner am dreifachen Red, Florus Raponet, Kunstspieler u. Tier- stimmen-Imitator, The Herwoods, Regor-Gentricos. - Konzert.  
Anfang 4 Uhr. - Eintritt 30 Pf.  
Num. Pl. 50 Pf. Kalbo.

## Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 30 Pfennig.  
Souverän 40 Pf.

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische 4 Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch  
Heute, Donnerstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Prämiere.  
Zum erstenmale:  
Berliner Landpartien.  
Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kavallerien u. vorzügliches Programm.

Victoria-Brauerei.  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
Norddeutsche Sänger  
(Hühmann, Gorch, Walbe).  
Anfang: Sonntag 7, Wochen- tag 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Souverän 40 Pf.  
Familien-Billet 3 Stück 1 Mt.  
Sond nur in der Woche gültig.  
Sonntag und Donnerstags:  
Tanzkränzchen.

## Charlottenburg. Socialdemokratischer Wahlverein für Cettow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Heute, Donnerstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambrius-Brauerei, Wollstr. 94:

Mitglieder-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Victor Fränkl über: „Aus der Geschichte des Sozialismus.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden auf 8-10 des Statuts aufmerksam gemacht. 250/13

## Buchbinder!

Heute, Donnerstag, den 20. September, abends 8 Uhr, in Kellers großem Saal, Koppenstraße 29:

Gr. öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und verw. Betrieben besch. Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen erscheint alle vollständig in dieser sehr wichtigen Versammlung.  
Alle freistehenden und angefertigten Kollegen und Kolleginnen müssen heute abend zur Stelle sein.  
Die Lohnkommission.

## Goldschmittmacher!

Morgen Freitag, den 21. September 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
Branchen-Versammlung aller Goldschmittmacher Berlins.  
Tages-Ordnung:  
1. Was bietet uns die Organisation? Referent: Kollege Th. Völker. 2. Verschiedenes. 25/16  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann.

## Achtung! Maurer!

Donnerstag, den 20. September cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Schwedterstraße Nr. 23/24:  
Mitglieder-Versammlung des Centralverbands der Maurer, Bezirk Norden.  
Tagesordnung: Vortrag und Gewerkschaftliches. 159/17

## Achtung! Maurer! Achtung!

Donnerstag, den 20. September, abends 8 Uhr:  
Zwei Mitglieder-Versammlungen der Zahlstelle Berlin II des Centralverbands der Maurer etc.  
Für den Osten in den Andreas-Schiffen, Andreasstraße Nr. 21.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fritzsche. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 159/17\*  
Für den Wedding im Lokale des Herrn Bergmann, Papestr. 3.  
Tagesordnung: Vortrag, Diskussion und Gewerkschaftliches.  
Um regen Besuch bittet  
Die Verbandsleitung.

## Verband der Sattler und verw. Berufsgen. Branchensammlungen der Berliner Mitglieder.

Filiale I. Geschirr-, Wagen- und Galanterie-Sattler.  
Sonabend, 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Neue Wollstraße 3.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jool: Wissenschaft und Welt- untergang. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 160/12  
Filiale III. Koffer- und Taschenbranche.  
Dienstag, den 25. d. M., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Die Versammlung tagt im Seitenflügel 1 Treppe.  
Filiale IV. Militäreffektenbranche.  
Jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.  
Mitglieder werden in allen Versammlungen aufgenommen.  
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch ersuchen  
Die Vorstände.

## Central-Verband der Zimmerer.

Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr, im Saale der Arminhallen, Kommandanten-Strasse 20:  
Versammlung der Mitglieder der Zahlstellen des Verbands Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Friedrichsberg, Weißensee, Pantow, Steglitz und Groß-Lichterfelde.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Bauarbeiterstand in Preußen, die Stellungnahme der Regierung zu demselben und die neuesten Maßnahmen des Bau-Arbeitgeberverbandes. Referent: G. Link.  
2. Wahl zweier Delegierter (Bezirk 3 und 8).  
3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch ersucht  
Die Verbandsleitung. J. U. H. Knipfer.  
Referent der Mitglieder zum Kenntnis, das sich das Bureau und der Arbeitsnachweis vom 21. September ab im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 3 Tr., Zimmer 32, befindet. Berichtsprüfer: Kant VII, Nr. 760.

## Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlichter, Konditoren, Friseur, En gros - Detail.  
D. Wurzel & Co.,  
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse. 5001L\*

## Möbel, neu u. gebr. Müller, Hühste-billig

Decorateur für ein feineres Möbelmagazin in Breslau.  
Decorateur, der gleichzeitig vertrieblicher Verkäufer sein muss, wird für ein feineres Möbelmagazin in Breslau zum sofortigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. d. Mts., im Hotel Monopol, Berlin, Zimmer 111, zwischen 12 und 2 Uhr mittags. (35/10)

## Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlichter, Konditoren, Friseur, En gros - Detail.  
D. Wurzel & Co.,  
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse. 5001L\*

## Möbel, neu u. gebr. Müller, Hühste-billig

Decorateur für ein feineres Möbelmagazin in Breslau.  
Decorateur, der gleichzeitig vertrieblicher Verkäufer sein muss, wird für ein feineres Möbelmagazin in Breslau zum sofortigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. d. Mts., im Hotel Monopol, Berlin, Zimmer 111, zwischen 12 und 2 Uhr mittags. (35/10)

## Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlichter, Konditoren, Friseur, En gros - Detail.  
D. Wurzel & Co.,  
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse. 5001L\*

## Möbel, neu u. gebr. Müller, Hühste-billig

Decorateur für ein feineres Möbelmagazin in Breslau.  
Decorateur, der gleichzeitig vertrieblicher Verkäufer sein muss, wird für ein feineres Möbelmagazin in Breslau zum sofortigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. d. Mts., im Hotel Monopol, Berlin, Zimmer 111, zwischen 12 und 2 Uhr mittags. (35/10)

## Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlichter, Konditoren, Friseur, En gros - Detail.  
D. Wurzel & Co.,  
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse. 5001L\*

